

PROTOKOLL

Begrüßung

von Weizsäcker

Darf ich Sie im Namen des Bergedorfer Gesprächskreises herzlich willkommen heißen. Dieser Gesprächskreis ist eine private Initiative, die sich als mitverantwortlich für die Analyse und für die Erkundung von Perspektiven der internationalen Beziehungen versteht. Dabei gehen wir von der Erfahrung aus, daß die Erörterung solcher Themen ohne große Publizität die nötige Offenheit bietet, um einander näherzukommen und die Argumentation und die Beweggründe der Beteiligten besser kennen- und verstehen zu lernen. Entsprechend wird in den Gesprächsprotokollen nur abgedruckt, was von den Teilnehmern ausdrücklich autorisiert worden ist.

Der Bergedorfer Gesprächskreis ist auch in diesem Land kein Unbekannter. Seit 1970 tagte er achtmal in der Sowjetunion respektive in Rußland, zuletzt 1991 in Moskau und 1994 in St. Petersburg. Es gibt nach wie vor viel zu besprechen in diesem Kreis, der, wenn ich mich hier umschaue, sehr viele politische Facetten repräsentiert, besonders auf seilen unserer russischen Gäste. Dazu tagen wir im Hotel "Präsident" in eben jenem Saal, in dem die für mein Land so bedeutungsvollen Zwei-plus-vier-Verträge unterzeichnet worden sind.

Und lassen Sie mich in diesem Zusammenhang besonders erwähnen, daß mit Herrn Reiter und Herrn Smolar zwei Repräsentanten des Rußland und Deutschland gemeinsamen polnischen Nachbarn unter uns sind, der in der Vergangenheit so häufig die bittere Erfahrung machen mußte, daß sich Deutsche und Russen hinter ihrem Rücken und auf ihre Kosten verständigt haben. Heute sprechen wir als gleichberechtigte Partner mit ihnen zusammen über Dinge, die uns alle angehen und die vielleicht dem einen oder dem anderen Probleme bereiten, jedenfalls nicht so leicht zu akzeptieren sind.

Wir haben für dieses Gespräch einen Zeitpunkt gewählt, der es uns erlaubt, offen und ohne besondere innenpolitische Rücksichten miteinander zu reden. Die Wahlen in Rußland und in den Vereinigten Staaten liegen hinter uns. Daß die inneren Angelegenheiten in unseren Ländern zur Zeit primär die Aufmerksamkeit beschäftigen, ist sicher nicht nur Ausdruck der innenpolitischen Schwierigkeiten, mit denen unsere Staaten konfrontiert sind, sondern auch ein gutes Zeichen dafür, daß die internationalen Spannungen zwischen uns relativ gering sind. Alle bekunden wir nachdrücklich, von außen nicht bedroht zu sein.

Die Kontakte, die wir untereinander pflegen, sind enger als jemals zu früheren Zeiten. Das gilt für die Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Telekommunikation und der Umweltpolitik ebenso wie auf den Gebieten der Nonproliferation von ABC-Waffen, der Bekämpfung von internationaler Kriminalität und von Terrorismus. Wir sind Mitglieder im Europarat, und unsere inneren Verfassungen nähern sich einander an. Deshalb wäre es schwer verständlich, wenn wir lediglich auf einem Feld, dem der internationalen Sicherheit, weiterhin an den alten Konzepten festhalten wollten - wo wir uns doch alle glaubhaft versichern, uns gegenseitig nicht zu bedrohen oder bedroht zu fühlen.

Ich freue mich auf dieses Gespräch, das unter der bewährten Leitung von Herrn Meyer-Landrut steht, der die hier vertretenen Länder, insbesondere unser Gastland Rußland, gut kennt. Seien Sie so gut, uns sicher durch die Stromschnellen zu führen.

Meyer-Landrut

"Was bewegt Rußland? Der Westen auf der Suche nach einem Partner." Die Themenstellung zeigt an, daß es offensichtlich an konzeptioneller Klarheit in unseren Beziehungen mangelt, die für das gegenseitige bessere Verständnis dringend geboten erscheint. Das betrifft nicht zuletzt das Bild, das in den westlichen Medien von Rußland gezeichnet wird. Viel zu wenig wird immer noch der Tatsache Rechnung getragen, daß sich die Bedingungen der internationalen Politik grundlegend geändert haben und die alten Konzepte, wie Herr von Weizsäcker sagte, in der Tat nicht mehr tragfähig sind. Das heißt, wir müssen uns von einem Denken verabschieden, das unser Bewußtsein und unser Verhalten über Jahrzehnte bestimmt hat.

Kein Zweifel, daß sich Rußland heute in einer schwierigen Übergangszeit befindet. Was uns im Westen - wenn ich diesen Begriff vereinfachend weiter verwenden darf - natürlich besonders interessiert, ist, ob es Rußland darum geht, seine zukünftige Rolle als global player in der Welt zu finden, oder ob es ihm primär um die eigenen inneren Angelegenheiten zu tun ist. Wie steht es beispielsweise um das Verhältnis zu den Ländern, die vormalig der Sowjetunion angehörten und die sich jetzt um eine eigenständige Politik bemühen? Wie sieht sich Rußland in seinen Beziehungen zu Europa, vor allem aber zu den USA? Gemeinsam gehören wir verschiedenen europäischen und Weltorganisationen an - Herr von Weizsäcker erwähnte den Europarat. In der kommenden Woche findet der OSZE-Gipfel in Lissabon statt, und wenige Tage später tagt die NATO in London. Insofern ist es zweifellos wichtig, daß wir uns hier auch über sicherheitspolitische Fragen unterhalten müssen. Meine Hoffnung ist, daß wir uns dabei nicht zum wiederholten Male nur an der NATO-Erweiterung festbeißen, sondern Konturen einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur diskutieren können.

In diesem Zusammenhang möchte ich aus einem Aufsatz, der vor kurzem von Graham Allison, Karl Kaiser und Sergej Karaganow veröffentlicht wurde, einen Satz zitieren: "Die Unsicherheit nach dem Ende des kalten Krieges und die Verwirrung in der politischen Strategie der ehemaligen Gegner dieses Konfliktes führen zu fehlgeleiteter Beschäftigung mit alten, aber nicht mehr existierenden Gefahren, zum Verkennen neuer Herausforderungen und zu verpaßten Gelegenheiten, die wahren Interessen der Menschen in der nördlichen Hemisphäre zu schützen und durchzusetzen." Ich sehe in dieser Feststellung auch für unsere Diskussion eine gute Basis.

Ein weiteres Thema, das uns ebenfalls beschäftigen sollte, betrifft die internationale Wirtschaftspolitik und die immer stärkere Integration in eine sich schneller entwickelnde Weltwirtschaft. Hier ist noch völlig offen, wie sich Rußland verhalten wird, ob es die Weichen in Richtung weltweiter Makroökonomie stellt oder sich nach wie vor schwer damit tut. Jedenfalls müssen wir feststellen, daß die Bedingungen, unter denen ausländische Firmen in Rußland arbeiten können, immer noch alles andere als günstig sind.

Ich möchte jetzt zunächst Sir Rodric Braithwaite und Sergej Baburin bitten, uns ihre einleitenden Statements vorzutragen.

Braithwaite

Wenn ich hier über das Thema spreche "Was bewegt Rußland? Der Westen auf der Suche nach einem Partner", dann werde ich mich vornehmlich auf den zweiten Teil des Titels konzentrieren. Denn eine Reihe der Teilnehmer wissen sehr viel mehr als ich darüber, was Rußland bewegt. Einige von ihnen versuchen selbst, Rußland zu bewegen, und ich bin gespannt darauf, was sie dazu zu sagen haben. Im übrigen möchte ich deutlich machen, daß ich die Feststellung "Der Westen auf der Suche nach einem Partner" für die falsche Formulierung halte.

In den Jahren nach dem kalten Krieg wurde viel über eine strategische Partnerschaft zwischen Rußland und dem Westen geredet. Das war eine attraktive Vorstellung; denn die für uns alle lebensbedrohende atomare Konfrontation war überwunden. Wir hatten die Vision, unter dem Banner von liberaler Demokratie und liberaler Marktwirtschaft vorwärts zu marschieren. Gemeinsam würden wir die neuen Bedrohungen von Terrorismus, Kriminalität, Umweltzerstörung und Weiterverbreitung von Atomwaffen angehen, über die Herr von Weizsäcker gesprochen hat.

Das war sicherlich eine anziehende Idee. Aber sie war auch naiv und verkannte die historische Erfahrung von vielen der betroffenen Länder. Tatsächlich gab es von Anfang an nur eine sehr geringe Basis für eine echte Partnerschaft. Auf die Gründe dafür werde ich noch eingehen.

Im Westen gab es eine Menge schöner Worte, von denen viele wahrscheinlich durchaus ernst gemeint waren, die jedoch auch ein gut Teil an Scheinheiligkeit enthielten. Und es war ohne Zweifel

schwierig für den Westen, sich nach dem Ende des kalten Krieges jeder Äußerung von Siegesfreude zu enthalten.

Noch schwerer für den Westen war, seine Grundeinstellungen zu ändern und eine ganz neue Politik für radikal veränderte Gegebenheiten zu entwickeln. Der Westen hat sich statt dessen für den leichteren Weg entschieden. Die NATO und die Europäische Union haben Westeuropa während des kalten Krieges zu Stabilität und Wohlstand verhelfen. Es schien also ein logischer Schluß zu sein - leider ein zu einfacher;- , daß sie das gleiche für die neuen Demokratien in Osteuropa leisten könnten.

Ich meine, diese Herangehensweise war konfus, kurzsichtig und vielleicht sogar schädlich. In einem anderen Zusammenhang habe ich westliche Politiker mit Schlafwandlern verglichen, die einem vagen Ziel entgegentaumeln und sich immer wieder an Hindernissen stoßen, von deren Existenz sie zwar wußten, die sie aber hofften, ignorieren zu können.

Die gleichen westlichen Politiker vertreten jetzt die Ansicht, daß sich Rußland gegenwärtig nicht in einer guten Verfassung befindet, um als gleichwertiger Partner behandelt zu werden, und sie haben dafür auch eine Begründung. Rußland sieht sich einer dreifachen Revolution gegenüber: politisch, wirtschaftlich und, wie ich vereinfacht sagen würde, postimperialistisch. Es wird noch lange dauern, bis hier Stabilität einkehrt, und mittlerweile denke ich auch, daß das Trauma eines Veränderungsprozesses, der in vieler Hinsicht schmerzhaft sein wird, keine gute Grundlage für eine Partnerschaft ist.

Trotz allem scheinen sich die Dinge etwas zu beruhigen. Nach erfolgreich verlaufenen Wahlen gab es erste erfolversprechende Operationen. Ich habe den Eindruck, daß Rußland unter Jewgenij Maksimowitsch Primakow seine außenpolitischen Interessen deutlicher formuliert und sie stringenter und geschickter verfolgt. Damit wird die russische Politik berechenbarer, und das können wir im Westen nur begrüßen.

Aber einige russische Führer - die sogenannten "djerzhavniki" (Anhänger der Großmachtsidee) - wollen die nach 1989 entstandene neue Landkarte Europas nicht akzeptieren. "Za djerzhavu obidno", würde General Lebed sagen. Diese Leute sprechen von "Reintegration" der früheren Sowjetrepubliken. Nun ist es sicher richtig, daß die ehemaligen Sowjetrepubliken und auch die Länder Osteuropas von engerer wirtschaftlicher, politischer und vielleicht sogar von einer gewissen militärischen Zusammenarbeit mit Rußland profitieren würden. Die Schwäche der Position der "djerzhavniki" - jedenfalls von außen gesehen - besteht jedoch darin, daß diejenigen, die die alten Beziehungen wiederherstellen wollen, nicht immer klar genug zum Ausdruck bringen, daß jeder Prozeß der "Reintegration" völlig freiwillig vor sich gehen müßte. Wenn diese Freiwilligkeit gegeben ist, kann es dagegen von unserer Seite, so meine ich, keine legitimen Einwände geben.

Es ist sicher nicht überraschend, daß Rußlands Nachbarn - ob zu Recht oder zu Unrecht ein Wiederaufleben der aggressiven russischen Politik befürchten, die ihnen in der Vergangenheit so viel Schaden zugefügt hat. Ich halte es für einen Fehler, wenn Russen, wie sie es mitunter tun, diese ganze Geschichte für unerheblich erklären.

Das Konzept der Partnerschaft;

Worauf ich in erster Linie eingehen will, ist, daß ich das Thema dieser Konferenz "Der Westen auf der Suche nach einem Partner" für total irreführend halte. Es impliziert, daß alle Hindernisse und Schwierigkeiten dieser Partnerschaft auf der russischen Seite zu finden sind. Das ist meiner Meinung nach absolut falsch. Sicher wäre eine Partnerschaft unmöglich, falls die "djerzhavniki" mit ihren extrem rückwärtsgewandten Ideen in Moskau an die Macht kämen. Aber davon gehe ich nicht aus.

Die Russen werden aber noch eine ganze Zeit brauchen, bevor sie auf die Frage, die Schewardnadse 1990 in seiner Wahlrede auf dem Parteikongreß gestellt hat, eine eindeutige Antwort geben können: "Wer sind wir, und was wollen wir sein: eine Nation, die man fürchtet, oder eine Nation, die man respektiert?"

Mein Eindruck ist, daß der Westen in den letzten Jahren überraschend wenig getan hat, um eine echte Partnerschaft anzustreben. Es ist vielleicht nicht ganz fair, wenn ich ein ehemaliges Mitglied der Regierung Bush zitiere, der jetzt ein angesehener Wissenschaftler ist und der kürzlich geschrieben hat: "Der wichtigste Punkt für die europäische Sicherheit ist, ob Rußland Teil der Hierarchie der westlichen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtstrukturen wird, die von den USA, Deutschland, Großbritannien und Frankreich geführt werden." Ich halte solche Äußerungen für vollkommen absurd; denn sie scheinen davon auszugehen, daß der Westen die Tagesordnung festlegt und die Antworten diktiert, während Rußland die Bedingungen für seine Mitgliedschaft nur dadurch erfüllen kann, daß es den westlichen Vorgaben kritiklos folgt.

Einige Kommentatoren sind der Meinung, Rußlands abwartende Haltung zu Bosnien, Irak, Iran oder dem Nahen Osten zeige, daß es für eine Partnerschaft ungeeignet sei. Dazu kann ich nur sagen: Wer behauptet, die westlichen Länder würden ihrerseits im Hinblick auf Bosnien, Iran, Irak oder den Nahen Osten übereinstimmen, ist sehr schlecht informiert. Es ist aus meiner Sicht klar, daß eine westliche Politik gegenüber Rußland, die sich auf derart hoffnungslos wirklichkeitsfremde Vorgaben beruft, nicht die leiseste Aussicht auf Erfolg hat. Ganz sicher kann sie keine Basis für eine dauerhafte Partnerschaft bilden.

Die russischen Teilnehmer hier mögen entschuldigen, daß ich über ihre Angelegenheiten rede - sie können mir widersprechen;- , aber ich meine, Rußland wird eine solche Haltung des Westens nicht akzeptieren. Es wird fordern, daß seine Stimme beim internationalen Krisenmanagement ernst genommen wird. Die Russen werden ihre Interessen so vertreten, wie sie von ihnen selbst und nicht wie sie im Ausland verstanden werden.

Ich denke, die einsichtigeren westlichen Politiker haben das auch begriffen. Aber selbst diese - nimmt man zumindest ihre öffentlichen Äußerungen - erscheinen mitunter kurzsichtig, ungeduldig, schlecht informiert und gelegentlich überheblich in bezug auf die russischen Angelegenheiten. Und das ist keine gute Basis für eine Partnerschaft.

Illusionen westlicher Politik

Ich möchte mich nun den Unzulänglichkeiten der westlichen Politik in Europa näher zuwenden. Wie gesagt, beruht diese Politik auf der Illusion - ich halte dies jedenfalls für eine Illusion;- , daß die in den fünfziger Jahren entwickelten westlichen Institutionen problemlos den ganz neuen Aufgaben und den völlig neuen Mitgliedern angepaßt werden können. Entsprechend dieser Logik würde die Europäische Union erweitert werden, um die jungen Demokratien Osteuropas aufzunehmen und ihnen die gleichen Vorteile politischer Stabilität und wirtschaftlichen Wohlstandes zu gewähren, von denen die bisherigen Mitglieder bereits profitieren.

Ich halte die Erweiterung der EU für ein außerordentlich erstrebenswertes Ziel. Aber eine solche Erweiterung wird die Entscheidungsstrukturen der EU und auch ihre zentrale Landwirtschafts- und Regionalpolitik von Grund auf ändern. Solche Veränderungen stoßen auf den massiven Widerstand sehr starker politischer Lobbygruppen in den Mitgliedsstaaten - keinesfalls nur in Großbritannien, wie ich unseren deutschen Freunden gegenüber betonen möchte. Je mehr sich die EU in Richtung auf eine Wirtschafts- und Währungsunion bewegt - mit entsprechenden sehr komplizierten technischen, wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen;- , desto schwieriger werden diese Veränderungen zu erreichen sein. Deshalb kann ich mir nicht vorstellen, daß die Erweiterung der EU schnell und problemlos vor sich gehen wird, so sehr ich dieses Ziel an sich unterstütze.

Nun zur NATO-Erweiterung: Ihre Befürworter behaupten, daß sie dazu beitragen werde, den Frieden zwischen den neuen Mitgliedsstaaten zu sichern und ihnen die hohe Kunst der Demokratie und der freien Marktwirtschaft beizubringen. Weniger lautstark und mehr im Hinterkopf glauben die Osteuropäer, die NATO werde sie verteidigen, falls der russische Bär je wieder zu knurren beginnt. Meiner Meinung nach ist die Erweiterung der NATO jedoch weit Ungewisser und sicherlich risikoreicher als die Erweiterung der Europäischen Union.

Schon jetzt zeigen die Mitglieder der NATO wenig Enthusiasmus, wenn es um die neuen Aufgaben geht, denen sich die Organisation verschrieben hat, wie Terrorismusbekämpfung, Kontrolle der europäischen Außengrenzen und die Befriedung ethnischer Konflikte innerhalb Europas. Ein wichtiger Grund dafür ist, daß Amerikaner wie Europäer immer weniger bereit sind, ihre Söhne zu entsenden, damit diese für irgendwelche noblen Ziele in fernen Ländern sterben. Wenn es zum Schwur kommt, könnten westliche Parlamente es ablehnen, die Kosten zu tragen, um die Sicherheit neuer Mitglieder zu garantieren, wenn diese Punkte zum Beschluß anstehen, was bisher noch nicht der Fall war. Die öffentliche Meinung im Westen hat sich mit diesem Problem überhaupt noch nicht auseinandergesetzt. Ich gehe davon aus, daß es eine erste Welle der NATO-Erweiterung geben wird schon deshalb, weil die politischen Folgen einer Nichterweiterung schwer zu ertragen wären. Ob dem noch eine zweite Welle folgen wird, halte ich aber für sehr unwahrscheinlich.

Wahrscheinlich ist also, daß sich beide Institutionen, NATO und EU, moderat erweitern werden, ohne daß sie praktisch in der Lage wären, alle Länder aufzunehmen, die ihnen beitreten wollen. Anderenfalls würden sie zur Bewegungsunfähigkeit anschwellen und platzen wie der bekannte Ochsenfrosch in der Fabel. Das bedeutet, daß eine ganze Reihe von Ländern in keine der beiden Organisationen aufgenommen werden wird. Wir werden neue Trennungslinien in Europa schaffen - trotz der Nachteile, die dies zur Folge haben wird, und trotz der besänftigenden Worte derer, die das

Gegenteil behaupten. Wenn wir nicht sehr viel Glück haben, kann es durchaus sein, daß Osteuropa in Zukunft nicht mehr Stabilität gewinnt, als dies zwischen den beiden Weltkriegen der Fall war.

Aber welche Rolle spielt Rußland dabei? Ich kann mir nicht vorstellen, daß Rußland Mitglied der NATO oder der EU wird. Rußland - genau wie die USA - ist viel zu groß, um Mitglied der Europäischen Union zu werden. Es würde die Organisation schlicht erdrücken. Ich vermag auch nicht zu sehen, wie Rußland Mitglied der NATO werden sollte, wenn dieses Militärbündnis, das einst gegründet wurde, um Rußland östlich der Elbe zu halten, nicht total umgeformt werden sollte. Manche Leute sind davon überzeugt, daß eine totale Veränderung möglich ist. Das mag ja schön und gut sein, aber es wäre dann nicht mehr die NATO, sondern irgendeine andere Organisation.

Selbst im Zustand der gegenwärtigen Verworrenheit ist Rußland immer noch die größte der europäischen Mächte, und eines Tages wird es wieder stark genug sein, um seiner Stimme bei der Regelung europäischer Angelegenheiten Gehör zu verschaffen. Es ist zwar wenig wahrscheinlich, aber nicht undenkbar, daß die Männer, die dann in Moskau die Führung innehaben, wenn Rußland seine Stärke zurückgewinnt, es darauf anlegen, die russische Macht in den Grenzen des alten Imperiums wiederherzustellen. Damit dies nicht geschieht, muß der Westen seinen ganzen Mut zusammennehmen und für Rußland das tun, was er einst für Frankreich und Deutschland getan hat. Eine passive Politik der bloßen Erweiterung reicht nicht aus, sondern es bedarf entsprechender Mittel, aber auch eines strukturellen Rahmens, innerhalb dessen Rußland eine zufriedengestellte Statusquo-Macht im neuen Europa werden kann.

Im Gegensatz zu Befürchtungen, die im Westen laut wurden, glaube ich nicht, daß dies bedeutet, Rußland kann die Bedingungen dieses Status quo diktieren - sowenig wie die europäische Ordnung nach 1815 und 1945 allein von Frankreich und Deutschland festgelegt wurde. Aber die entsprechenden Vereinbarungen haben Frankreich und Deutschland in den Kreis der europäischen Nationen zurückgeführt trotz des Mißtrauens, das nach 1815 und 1945 unvermeidlich noch jahrelang nach dem Krieg bestehen blieb.

Ich habe mich bislang eher kritisch über westliche Politiker geäußert. Aber natürlich sind die Politiker der NATO nicht so töricht und kurzsichtig, wie ich dargestellt habe. Mit der Rußland angebotenen Charta und den darin vorgesehenen festen Vereinbarungen über regelmäßige Konsultationen und gemeinsame Unternehmungen haben sie bereits einen Schritt in die richtige Richtung getan. Es ist allerdings ein eher zaghafter Schritt, und ich habe noch niemanden in westlichen politischen Entscheidungszentren und Organisationen getroffen, der mir sagen konnte, was die Charta tatsächlich beinhalten wird. Jedenfalls sollen durch sie die bestehenden Vereinbarungen über militärische Zusammenarbeit zwischen Rußland und dem westlichen Bündnis gestärkt werden. Der Wert solch interessanter Ideen wird leider dadurch ein wenig fragwürdig, daß sie inhaltlich noch völlig unbestimmt sind, aber auch durch die wiederholten - wie ich meine, unnötigen - Verlautbarungen, die Erweiterung sei kein Thema, zu dem Rußland das Recht habe, eine Meinung zu äußern.

Wenn meine Analyse zutrifft und die Erweiterung nicht sämtliche beitrittswilligen Länder einschließen kann, die den beiden westlichen Organisationen beitreten wollen, dann ist diese doppelte Erweiterung nicht die richtige Antwort für die bestehende Problematik. Was wir brauchen, ist eine Vielzahl von lockeren Vereinbarungen. Dazu gehören etwa kurzfristige Absprachen, um die Sicherheit der baltischen Länder zu stärken, den Frieden auf dem Balkan zu sichern, regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern und so weiter.

Wir könnten, so hoffe ich, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa stärken, die in der kommenden Woche ihr Gipfeltreffen in Lissabon abhalten wird. Natürlich hat die OSZE viele Mängel, und es ist einfach, sie zu kritisieren. Aber sie ist die einzige gesamteuropäische Sicherheitsorganisation, in der Rußland vollgültiges Mitglied ist. Ich meine, daß nur die OSZE die zumindest geringe Chance hat, sich zu einer Institution zu entwickeln, die sämtliche europäischen Länder umfaßt und die wir dringend benötigen.

Fazit

Baburin

Ich möchte unterstreichen, daß Rußland im Augenblick schwere Zeiten durchlebt; aber diese Zeiten gehen irgendwann vorüber. Was bewegt Rußland heute; worin wird es von seinen Partnern und Nachbarn nicht richtig verstanden? Wonach wir schon immer streben, ist eine eigenständige Entwicklung unseres Staates und unserer Gesellschaft, und auf diesem Wege suchen wir natürlich Partner zur gegenseitigen Unterstützung. Wie nie zuvor wird die russische Außenpolitik heute geprägt von internen Problemen und eben diesem Streben nach einer eigenständigen Entwicklung. Unsere

Außenpolitik gleicht entsprechend einer Analogie, die seit den Zeiten John Lockes und Herbert Spencers geläufig ist - dem Antlitz eines Menschen, auf dem sich die inneren Krankheiten deutlich wie nie zuvor widerspiegeln.

Deshalb möchte ich mich zunächst den inneren Problemen und Herausforderungen zuwenden, welche die Beziehungen zu unseren Partnern wesentlich mitbestimmen. Rußland steht vor der Aufgabe, zum einen einen geeigneten Weg für einen sozialen Kompromiß und zum anderen für ein gedeihliches Miteinander seiner vielfältigen Nationalitäten zu finden. Dies bedeutet für Rußland heute, daß der Antikommunismus eine der größten Gefahren für die Gesellschaft darstellt, da er den Empfindungen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, die mit den Idealen der sowjetischen Epoche aufgewachsen ist, zuwiderläuft. Zugleich besteht die Gefahr des nationalen Separatismus, der die Einheit der Gesellschaft untergräbt sowie soziale und wirtschaftliche Probleme nur auf ethnische Divergenzen zurückführt. Von daher möchten wir zwar einerseits auf die Erfahrungen zurückgreifen, die Deutschland und andere europäische Länder mit dem Aufbau friedlicher ziviler Gesellschaften über Jahrhunderte hinweg gemacht haben, dabei aber andererseits diese Erfahrungen im Lichte unserer eigenen Traditionen und den Besonderheiten des heutigen Rußlands sehen.

Wir stehen vor der Notwendigkeit einer Wirtschaftsreform, was bedeutet, daß wir den Umwandlungsprozeß weiterführen müssen, der bereits lange vor dem Jahr 1985 begonnen und seit 1985 die Form der "Perestroika" angenommen hat. Niemand in Rußland hat die Notwendigkeit struktureller Veränderungen in der Wirtschaft je bezweifelt, die Frage war nur, wo das Schwergewicht dieser Veränderungen liegen soll. Die "Perestroika" war ein Weg, der letztendlich leider nicht sehr erfolgreich war. Die Gründe für die heutige Wirtschaftskrise sollte man jedoch nicht allein in den schlechten Ratschlägen von außen suchen, die es gewiß vielfach gegeben hat, sondern in erster Linie in unseren eigenen Irrtümern sowie in dem Bestreben, überkommene Strukturen zu erhalten und schließlich dem zügellosen Experimentieren mit neuen Formen in der Wirtschaft.

Die Folge all dieser Fehlentwicklungen war, daß die Produktion in Rußland - verglichen mit dem Niveau von 1990 - um mehr als 50 Prozent zurückgegangen ist, was sich unweigerlich auf unsere Außenwirtschaftsbeziehungen mit den Nachbarländern auswirkt. Wir kommen deshalb nicht darum herum, uns Gedanken über gewisse soziale und wirtschaftliche Traditionen zu machen und dabei auch Elemente eines moderaten Protektionismus in Rußland in Erwägung zu ziehen. Dies ist notwendig zum Schutz der neu entstehenden Wirtschaftsstrukturen in Rußland, die natürlich nicht mit den mächtigen westlichen Wirtschaftssystemen konkurrieren können, die sich schon seit langem herausgebildet haben. Um zu gleichberechtigten Partnern zu werden, müssen unsere Strukturen erst einmal eine gewisse Festigkeit erlangen.

Des weiteren muß Rußland sein Augenmerk auf seine außergewöhnliche demographische Situation richten. Seit 1992 sinkt die Bevölkerung in der Russischen Föderation, da weit mehr Menschen sterben als geboren werden. Sogar der amtlichen Statistik zufolge verstärkt sich diese Tendenz noch. Nach der offiziellen Statistik lag im Jahre 1992 die Sterbezahl um 200.000 höher als die Geburtenzahl, während es 1993 750.000 und 1994 fast eine Million waren, und diese Tendenz ist ungebrochen. Die demographische Entwicklung bedingt, daß Rußland eine neue Strategie in den Beziehungen vor allem zu seinen südlichen Nachbarn, zu China und einer Reihe muslimischer Staaten Mittel- und Zentralasiens ausarbeiten muß. Denn wir sind von dorthier mit einer ethnischen Expansion auf das Territorium Rußlands konfrontiert, die inzwischen immer schärfere Formen angenommen hat. Das heißt, wir müssen die territoriale Integrität Rußlands sicherstellen.

Gegen die Erscheinungen von regionalem und nationalem Separatismus können natürlich in erster Linie die Bemühungen um den Aufbau der föderalen Struktur Rußlands als Einheitsstaat Abhilfe leisten. Die Verfassung von 1993 und die auf ihrer Grundlage erarbeiteten Gesetze, welche die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Zentralmacht und den Föderationssubjekten regeln, war in dieser Hinsicht sowohl von Erfolgen als auch von Fehlschlägen begleitet. Dabei messen wir der Entwicklung der lokalen Selbstverwaltung als Garant der territorialen Integrität Rußlands erhebliche Bedeutung zu, wobei sich das Parlament und andere Machtorgane bei der Ausarbeitung ihrer Dokumente wesentlich an der Europäischen Charta der lokalen Selbstverwaltung orientiert haben.

Diese und viele andere Faktoren bestimmen nicht zuletzt auch das außenpolitische Profil Rußlands, wie es möglicherweise von seinen Nachbarn wahrgenommen wird. Hatte die Außenpolitik Rußlands bis zum Jahre 1991 bei objektiver Betrachtung an der Ausnahmestellung einer Supermacht gekrankt, als in einer bipolaren Welt vornehmlich die Konfrontation zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika andere außenpolitische Wahrnehmungen in den Hintergrund drängte, so hat sich dies nach 1991 für Rußland ebenso wie für die übrige Welt radikal geändert.

Leider gibt es in der Russischen Föderation viele politische Kräfte, die Rußland nicht als gleichberechtigten und gleichwertigen Partner in der internationalen Politik sehen wollen, sondern eher der Politik der Vereinigten Staaten von Amerika folgen. Gerade diese Einstellung nährt Zweifel an der Behauptung, daß Rußland sich tatsächlich in Richtung Europa orientiert. Rußland blickt zwar nach Westen, doch dabei sieht es heute über Europa hinaus jenseits des Atlantischen Ozeans. Das ruft in der russischen Gesellschaft ernsthafte Spannungen hervor und hat in zahlreichen Parlamentsdebatten zu scharfen Auseinandersetzungen insbesondere gegenüber dem vormaligen Außenminister Kosyrew geführt. Das hat sich mit dem Amtsantritt von Außenminister Primakow geändert. Aber im Parlament sind längst nicht alle außenpolitischen Fragen ad acta gelegt. Denn das wichtigste Kriterium ist für uns die Möglichkeit einer eigenständigen Entwicklung. Aber so wie sich viele unserer Partner uns gegenüber verhalten, erinnert dies an die alte chinesische Praxis, die Füße eines Kindes so stark einzubinden, daß die organische Entwicklung behindert wird. Eine solche Beeinträchtigung wollen wir möglichst vermeiden. Deshalb legen wir großen Wert darauf, daß die Entwicklung unseres Wirtschafts- und politischen Systems ohne Druck und Bevormundung von außen stattfindet.

Das zentrale Problem für Rußland bleibt, wie Sir Rodric Braithwaite zu Recht bemerkt hat, die Integration auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Das bedeutet nicht die Wiedererrichtung der Sowjetunion. Kein vernünftig denkender Mensch in Rußland - vor allem diejenigen nicht, die sich ernsthaft mit Politik und Wirtschaft beschäftigen;-, will jenes nationalstaatliche Gebilde wiederbeleben, das uns in den 90er Jahren in die Krise und Tragödie geführt hat. Aber für die Mehrheit der Bewohner der ehemaligen Sowjetunion, vor allem der Russischen Föderation, haben Weißrußland und zumindest die Ost-Ukraine die gleiche Bedeutung wie Ostdeutschland für die Bundesrepublik Deutschland. Wir halten die gegenwärtige Abtrennung für unnatürlich. Das bedeutet nicht, Korrekturen mit allen Mitteln herbeizuführen. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß alle Fragen der Integration ohne Zwang gelöst werden müssen. Nur eine freie Entscheidung der Staaten oder Völker kann hierfür als Grundlage für unsere neue gemeinsame Staatlichkeit dienen. Die Integration auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR findet deshalb im Rahmen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und auf verschiedenen Ebenen statt, was sowohl Präsident Jelzin und Ministerpräsident Tschernomyrdin als auch das Parlament mehrfach unterstrichen haben.

Mit Staaten wie Lettland, Litauen und Estland sind wir bestrebt, freie und gleichberechtigte Beziehungen aufzubauen. Was wir selbstverständlich bedauern und darüber auch mehrfach unsere Besorgnis ausgedrückt haben - ich möchte das hier unterstreichen;-, ist die Tatsache, daß sich in Lettland und Estland gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung politische Apartheidsregime herausgebildet haben, was den Ausbau normaler Beziehungen zwischen Rußland und diesen Ländern stark belastet. Denn Rußland wird sich niemals damit abfinden, daß russischsprechende Menschen in diesen Nachbarländern zu Menschen zweiter oder dritter Klasse abgestempelt und in ihren Bürgerrechten, vor allem was das Recht auf Eigentum und bestimmte politische Rechte angeht, beschnitten werden.

Eine höhere Integrationsstufe haben wir heute mit Weißrußland, Kasachstan und Kirgisien, die zusammen mit Rußland das vierseitige Abkommen unterzeichnet haben. Mit Weißrußland, das einen besonderen Vertrag über die Bildung der Gemeinschaft mit Rußland unterzeichnet hat, haben wir besondere Beziehungen. So wie ich sind sehr viele Politiker in Rußland der Meinung, daß die staatliche Vereinigung Rußlands und Weißrußlands die Stabilität in Europa nachhaltig fördern würde, denn sie würde helfen, die Krise im nach wie vor verbundenen Wirtschaftsraum zu überwinden und zu einer Verstärkung der Beziehungen unserer Völker beitragen. Das Streben nach staatlicher Einheit des russischen und weißrussischen Volkes ist für uns historisch legitimiert und wird den Frieden in Europa weiter festigen.

Es gibt hier sicher noch viele offene Fragen und Probleme, und die Entscheidungen, die heute getroffen werden, können nicht immer so durchdacht und ausgewogen sein wie die Entscheidungen von Maastricht und Schengen für West- und Zentraleuropa. Wir wollen uns aber nicht von dem Integrationsprozeß, der heute überall in Europa stattfindet, ausschließen. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß die Teilhabe an der europäischen Integration für uns nicht weniger wichtig ist als für Sie. Dies war auch der Grund, warum nahezu alle politischen Kräfte Rußlands - von wenigen Ausnahmen abgesehen - den Parlamentsbeschluß über den Beitritt Rußlands zum Europarat einhellig gebilligt haben. Wir sehen uns als gleichberechtigte Partner in diesem Prozeß, der der gegenseitigen Ergänzung unserer Gesellschaften zugute kommt.

Was die Pläne der NATO-Osterweiterung angeht, so ist es sicher kein Zufall, daß es bei uns in der Ablehnung einen Konsens aller politischen Parteien gibt. Der Grund ist nicht, daß sich Rußland vor einer Aggression von außen fürchtet. Ungeachtet aller heutigen Schwierigkeiten und Probleme - auch

im Hinblick auf unsere Verteidigungsfähigkeit;- sind wir davon überzeugt, daß Rußland jeder Aggression, von wem sie auch ausgehen mag, widerstehen kann. Aber die NATO-Osterweiterung ist nicht nur ein unfreundlicher Akt gegenüber Rußland und seinen Nachbarn auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion - zumal die NATO ihren militärischen Charakter nicht geändert hat;-, sondern dieser Schritt steht eindeutig im Widerspruch zu allen anderen Integrationsbemühungen in Europa. Er ist ein Überbleibsel des kalten Krieges und hat zur Konsequenz, die andere Seite zur Schaffung eines Gegengewichtes zu drängen.

Ich bin sicher, daß in Rußland keinerlei Einwände gegen die Erweiterung hochgekommen wären, wenn sich die NATO in eine politische Organisation umgewandelt hätte. Dann könnte sie sich in jede beliebige Richtung ausdehnen. Da sie aber als militärische Organisation weiterbesteht, sehen wir für uns eine Bedrohung; denn westliche Atomwaffen, die etwa auf dem Territorium Polens, Tschechiens und Ungarns stationiert werden, rücken näher an die Grenzen Rußlands heran - eventuell sogar auf dem Gebiet des Baltikums, was natürlich niemand in Rußland - auch keine dem Westen wohlgesinnte Organisation gutheißen würde. Angenommen, der russische Präsident oder die russische Regierung würden ihr Einverständnis zur NATO-Erweiterung geben oder ihren Widerstand dagegen aufgeben - schließlich betrifft dies die innere Angelegenheit von Staaten, die dort gern beitreten wollen;- hätte dies unweigerlich zur Folge, daß Präsident und Regierung sich sofort mit der Forderung konfrontiert sähen, die Rüstungskonversion einzustellen und mit der Reduzierung der Armee aufzuhören. Hinzu kommt, daß einer Organisation wie der OSZE, die dazu berufen ist, Frieden und Zusammenarbeit in Europa zu fördern, jegliche Grundlage entzogen würde, weil sie von der NATO vom Schauplatz des politischen Geschehens verdrängt werden würde.

Mit anderen Worten: Im Falle einer NATO-Osterweiterung wird Rußland günstigenfalls aus den Verträgen zur gemeinsamen Rüstungsbeschränkung aussteigen, die Überprüfung weiterer Konzepte von START II durch das Parlament ablehnen, sich aus den Vorbereitungen für START III zurückziehen sowie seine Beteiligung an der OSZE einfrieren. Damit würde sich der Schwerpunkt in Europa auf die bilateralen staatlichen Beziehungen verlagern.

Daß wir so heftig auf die NATO-Erweiterung reagieren, hat, wie hier bereits zu Recht gesagt wurde, historische Gründe. Die Bedrohungen, die Rußland unter anderem im 19. Jahrhundert und zweimal im 20. Jahrhundert erfahren hat, müssen tief in unserem Bewußtsein verankert bleiben. Es gibt auch andere Überlegungen, nach denen die russische Außenpolitik sich heute eher auf bilaterale Beziehungen hin orientieren sollte. Im übrigen sollte man sich davor hüten zu meinen, die Gestaltung Europas sei endgültig festgelegt. Viele der hier Anwesenden werden sich daran erinnern - einige haben selbst aktiv am Helsinki-Prozeß teilgenommen;-, daß man im Jahre 1975 auch geglaubt hatte, Europa habe seine endgültige Form gefunden. Nichts ist endgültig. Deshalb ist es wichtig, daß sich alle Entwicklungen im Einklang mit dem Dokument von Helsinki vollziehen, das heißt auf der Grundlage freiwilliger Beschlüsse der Völker.

Aus diesem Grunde wäre es höchst bedauerlich, wenn irgendwelche Politiker in Europa die Integration auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR nur als Bestreben Rußlands oder seiner Politiker betrachten würden. Die Integration ist vielmehr ein objektiver Prozeß. Obwohl ich nicht zu den Anhängern der regierenden Mehrheit zähle - meine Organisation ist politisch links vom Zentrum angesiedelt, ohne eine wirklich linke Organisation zu sein;-, will ich deutlich sagen, daß wir für Stabilität und Kontinuität in der russischen Außenpolitik eintreten und in vieler Hinsicht mit dem Präsidenten und der Regierung keine Meinungsverschiedenheiten haben. Woran wir interessiert sind, ist, daß die westliche Politik nicht mit derjenigen der Vereinigten Staaten identisch ist, wie das heute der Fall ist. Von daher möchte ich betonen, daß Rußland Partner des Westens sein kann und will - nicht nur eines bestimmten Landes, sondern all jener Länder, die an der Entwicklung ihrer Beziehungen zu Rußland interessiert sind. Unser Ziel ist eine gemeinsame Entwicklung in einer Atmosphäre des Friedens und der gegenseitigen Zusammenarbeit.

Meyer-Landrut

Sie können sicher sein, Herr Baburin, niemand an diesem Tisch wünscht sich eine Entwicklung Rußlands mit zugebundenen Füßen nach alter chinesischer Art. Was wir uns wünschen, ist ein europäisches, weltwirtschaftlich integriertes, prosperierendes Rußland.

Lebed

Ich möchte mit einem kleinen Einwand zu Herrn Braithwaite beginnen. Wenn ich davon spreche, "es tut einem leid um die Großmacht", dann meine ich dies in einem ganz anderen Sinn. Die gesamte Geschichte Rußlands ist eine Geschichte des Krieges. Rußland ist ungeheuer groß und ungeheuer

reich und immer noch unfähig, sein Leben zu organisieren. Wie reich Rußland ist, zeigt zumindest die Tatsache, daß es immer wieder ausgeraubt wurde, ohne daß es gelungen wäre, es völlig auszuplündern.

Wir haben uns allein in diesem Jahrhundert in zwei Weltkriegen und 52 regionalen Kriegen müdegekämpft. Diese Kriege und die Repressionen der 30-er und 40-er Jahre haben uns etwa 70 Millionen Menschenleben gekostet. Wir haben ungeheure Mittel vergeudet für die Unterstützung von allen möglichen "progressiven" Regimen, die in ihrem Wesen noch reine Menschenfresser waren. Wir haben sie gewissermaßen aus dem Feudalismus in den Sozialismus gehoben, ohne selbst zu wissen, was Sozialismus eigentlich ist. Und wir haben alle Gegner besiegt - wobei sich etwas später herausgestellt hat, daß die Besiegten ein herrliches Leben führen und die Sieger ein elendes Dasein fristen. Daher sage auch ich, "es tut einem leid um die Großmacht". Genug des Messianismus, genug der Hilfe für andere. Wir müssen uns auf uns selbst konzentrieren und beginnen, uns in unserer Gesellschaft einzurichten und zivilisierten Umgang mit unseren Nachbarn zu pflegen, indem wir mit ihnen freundschaftliche Beziehungen unterhalten und Handel treiben.

Niemand will die Sowjetunion wiedererrichten, die vor fünf Jahren gestorben ist. Über Tote spricht man entweder positiv oder überhaupt nicht. Ich spreche jetzt aber von der russischen Großmacht und ihren gegenwärtigen Grenzen. Unser Land ist groß genug. Wir haben keinerlei territoriale Forderungen an andere, akzeptieren aber auch keine an uns.

Da wir gegenwärtig nicht in der Lage sind, unsere Gesellschaft entsprechend einzurichten, und feststellen müssen, daß praktisch alle Lebensbereiche der russischen Gesellschaft sich in einem krisenhaften Zustand befinden, stellt sich erneut die Frage, in welche Richtung wir uns bewegen sollen. Bei der Wahl seines Weges muß Rußland sowohl die weltweiten Entwicklungen als auch besonders die eigenen Erfahrungen ins Kalkül ziehen. Fremde Erfahrungen mögen noch so großartig sein, sie bleiben dennoch fremd und lassen sich nur äußerst behutsam auf die eigenen Verhältnisse übertragen. Das heißt, die eigenen Traditionen und das eigene geistige Potential müssen dabei berücksichtigt werden.

Unser Land war von jeher von der Gemeinschaft geprägt. Deshalb dürfen wir nicht gegen unsere eigene Natur handeln. Doch in den letzten Jahren hat sich gezeigt, daß die egoistische Lebensführung, die sich viele Vertreter der neuen russischen Elite zu eigen gemacht haben, eine Schrumpfung des russischen Binnenmarktes, verbunden mit einem starken wirtschaftlichen Rückgang, der weiter anhält, bewirkt hat. Was Rußland zum Überleben und zur Weiterentwicklung braucht, ist eine Erneuerung seiner ihm eigenen ethischen Prinzipien und eine dementsprechende Organisation des gesellschaftlichen Lebens. Im übrigen sind diese ethischen Prinzipien gar nicht auf Rußland begrenzt, sondern entsprechen den Grundsätzen einer nachhaltigen Entwicklung, wie sie auf der UNO-Konferenz im Juni 1992 in Rio de Janeiro verkündet wurden.

In diesem Zusammenhang möchte ich eine Reihe positiver Entwicklungen anführen, die die Grundlage zum Ausbau der Beziehungen Rußlands zu Europa in der letzten Zeit gebildet haben. So wurde in der Staatsduma und im Föderationsrat das Partnerschafts und Kooperationsabkommen zwischen Rußland und der EU ratifiziert, das die Basis für die außenwirtschaftliche Zusammenarbeit darstellt. Angesichts der Tatsache, daß über 40 Prozent des russischen Außenhandels auf die EU entfallen, ist dieses Abkommen von besonderer Bedeutung. Allerdings stehen der Umsetzung des Abkommens zwei sehr ernste Probleme entgegen: erstens die gegenwärtige Instabilität der russischen Wirtschaft und zweitens die Frage, wie dieses Abkommen mit der russischen Gesetzgebung in Einklang zu bringen ist. Diese Probleme schnellstmöglich zu lösen, ist eine der vordringlichsten Aufgaben, die wir in Rußland bewältigen müssen.

Am 25. November fand in Moskau eine internationale Konferenz, das "Wirtschaftliche Forum der Regionen Europas für Kooperation, Sicherheit und stabile Entwicklung" statt, das von der russischen Regierung und dem Kongreß regionaler und lokaler Organisationen im Rahmen des Europarates organisiert wurde. Positiv läßt sich feststellen, daß die auf der UNO-Konferenz im Jahre 1992 deklarierte Konzeption zur nachhaltigen Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Prozesse nicht nur im globalen Maßstab, sondern auch auf regionaler Ebene an Popularität gewinnt. Um seine Positionen im Außenhandel zu halten, muß Europa sich jetzt zusammen mit allen Beteiligten am Welthandel an die neuen Entwicklungsbedingungen der Weltwirtschaft anpassen. Dabei spielen heute der Handel mit Technologien und Dienstleistungen sowie internationale Finanzoperationen zur Regulierung der direkten Investitionsströme eine zunehmend größere Rolle. Von daher ist auch verständlich, wenn sich die EU-Kommission jetzt bemüht, die Römischen Verträge zu erneuern, um die Export- und Investitionstätigkeit der europäischen Länder zu verbessern.

Für Rußland wäre es von großem Nutzen, über die Pläne und Absichten der Kommission informiert zu werden. Um solche Informationen jedoch in die Praxis umzusetzen, dazu bedarf es einer Angleichung der russischen an die europäische Gesetzgebung. Zugleich müßten Mechanismen geschaffen werden, die die wirksame Integration Rußlands in die gesamteuropäischen und weltweiten Prozesse ermöglichen.

Im Jahre 1999 soll die Euro-Währung in Europa in Kraft treten. Leider gehört Rußland bisher nicht dem Europäischen Währungssystem an und wird sicher die Vorschläge Deutschlands unterstützen, daß in Zukunft jedes europäische Land die Möglichkeit erhalten soll, sich dem einheitlichen Finanzraum Europas anzuschließen. Insofern sind auch die kürzlich erfolgten bilateralen Vereinbarungen zwischen dem russischen Bankenverband und dem Verband deutscher Privatbanken zu begrüßen. Und die Einführung von Eurobonds in Rußland ist ein erfolgreicher Schritt, um Rußland in die europäischen Finanzmärkte zu integrieren. Rußland muß allerdings bemüht sein, die daraus erhaltenen Mittel möglichst gewinnbringend zu verwenden, und sie vor allem in die Entwicklung der Produktion zu investieren.

Was kann Rußland bereits heute und in den kommenden Monaten tun? Es wird sich bemühen, nicht nur auf den bestehenden traditionellen Gebieten, sondern auch bei modernen Entwicklungen zusammenzuarbeiten. Ich will kurz einige nennen. Auf einem Treffen von Vertretern der Politik und Wirtschaft aus den USA und der EU, das vor kurzem in Chicago stattfand, wurden bedeutende Fortschritte bei der Vorbereitung multilateraler Verträge zur Liberalisierung der Märkte für Telekommunikation- und Informationstechnologien erzielt. Diese Vereinbarungen wurden anschließend in Genf bei einem Treffen von Wirtschaftsvertretern untermauert. Hier könnte Rußland seine Kooperationsbereitschaft anbieten. Die Entwicklung des Dienstleistungsmarktes im Bereich des Nachrichtenwesens und der Telekommunikation ist nicht nur für Rußland selbst notwendig, sondern kann auch für ausländische Investoren und Hersteller von Betriebsanlagen sehr attraktiv sein. Der aufsehenerregende Erfolg der WimpelCom-Aktien an der New Yorker Wertpapierbörse ist der beste Beweis dafür.

Eine zweite erfolgversprechende Zusammenarbeit könnte die Entwicklung von Projekten im Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie sein. Hier ist Rußland mit den Vereinbarungen zwischen Tupolew ANTK und Airbus Industries über die gemeinsame Entwicklung eines neuen Airbus A-3XX durchaus erfolgreich gewesen.

Es läßt sich aber weit mehr erreichen. Denkbar sind auch Projekte, an denen sich nicht nur russische und europäische, sondern auch asiatische Firmen beteiligen. Ich denke etwa an Unternehmen aus China, Taiwan, Südkorea oder Singapur. Solche Absprachen gibt es bereits, leider aber bisher ohne russische Beteiligung. Ein Beispiel ist das Flugzeugprojekt AE-100, an dem die Firmen "Aviation Industries" aus China, "Aerospace" aus Großbritannien, "Aerospatiale" aus Frankreich und "Singapore Technologies" gemeinsam zusammenwirken. Bei ähnlichen Projekten könnte Rußland durchaus ein interessanter Partner sein, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß die Lufttransporte zwischen Europa und Asien und innerhalb des asiatisch-pazifischen Raumes sich in den nächsten 20 Jahren verdreifachen werden, wie prognostiziert wurde.

Eine weitere Zusammenarbeit mit EU-Staaten könnte sich beim Bau neuer internationaler Flughäfen in Rußland ergeben. In Sibirien ist das zum Beispiel das Flughafenprojekt Irkutsk-Novij und im Fernen Osten das Projekt "Choro!". Diese Flughäfen sind geographisch sehr günstig gelegen; dort können sämtliche Flugzeugtypen landen, einschließlich der schweren Airbusse und Transportflugzeuge. Die vorläufigen Kostenschätzungen dieser Projekte sind abgeschlossen und die Produktionspläne vorbereitet. Europäische Länder könnten dabei mit den USA, China und anderen Ländern der asiatisch-pazifischen Region mit Rußland zusammenarbeiten. Dies gilt insbesondere für Deutschland und Großbritannien, die bereits gute Erfahrungen mit Vorhaben in der asiatisch-pazifischen Region haben. Und ich füge hinzu: Wenn Menschen zusammenarbeiten, haben sie weder Zeit noch Anlaß, sich zu bekämpfen.

Rußland könnte sich zusammen mit EU-Ländern an der Bildung einer globalen freien Wirtschaftszone in der asiatisch-pazifischen Region bis zum Jahr 2020 beteiligen; denn direkt wird Rußland in die asiatisch-pazifische Wirtschaftskooperation kaum vor dem Jahr 1999 eintreten können. Aber in Zusammenarbeit mit EU-Ländern könnte Rußland schon heute an Projekten in der asiatisch-pazifischen Region teilnehmen und damit im direkten wie übertragenen Sinn für Europa zur Brücke nach Asien werden.

Ein weiterer erfolgversprechender Bereich der Zusammenarbeit könnte die Kooperation auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion sein. Hier wurde bereits gesagt, daß die NATO-Erweiterung nicht nur in Rußland, sondern weltweit erhebliche Kontroversen auslöst. Eine Möglichkeit, diese Differenzen zu

überwinden, könnte darin liegen, daß Rußland an Rüstungsprojekten beteiligt wird und mit Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Italien zusammenarbeitet. Das heißt, die Vergabe von Rüstungsaufträgen an Rußland kann für die EU-Länder eine vorteilhafte Perspektive bieten.

Die Konversion des militärisch-industriellen Komplexes bereitet sowohl in Rußland als auch in den Vereinigten Staaten und in Europa viele Probleme, die gelöst werden müssen. Das geht weltweit alle an. Hier sollten wir nach neuen Wegen suchen, um das Potential der bestehenden militärisch-industriellen Komplexe auf die Lösung der globalen Herausforderungen zu lenken. Dazu könnte beispielsweise die Schaffung eines zuverlässigen Warn- und Vorbeugungssystems gehören, um Kollisionen großer Weltraumobjekte mit der Erde zu verhindern. Das mag ein wenig phantastisch klingen; aber auf der internationalen Konferenz "Asteroidengefahr 96", die im Juli dieses Jahres in St. Petersburg stattfand, wurde überzeugend dargelegt, daß dies keineswegs so unwahrscheinlich ist, sondern eine lebenswichtige Aufgabe darstellt. In einem solchen Projekt, das nur auf internationaler Grundlage finanziert werden kann, ist Platz für alle Länder, ob für Rußland, die EU, die USA oder die Länder des asiatisch-pazifischen Raumes.

So absonderlich diese Idee vielleicht anmutet, kann sie sich auch durchaus als wirtschaftlich effektiv erweisen, wenn man daran denkt, im Umfeld dieses Projektes eine ganze Reihe weiterer Aufgaben anzusiedeln, etwa im Bereich des Nachrichtenwesens, der Navigation und der wissenschaftlichen Forschung. Worauf es aber vor allem ankommt, ist, daß durch die Realisierung eines Projektes dieser Größenordnung neue Prioritäten für den militärisch-industriellen Komplex weltweit gesetzt werden, die für die Zukunft der Weltzivilisation in Richtung einer stabilen und nachhaltigen Entwicklung von bahnbrechender Bedeutung sind.

Alle Länder der Welt suchen logischerweise nach Partnern in Politik und Wirtschaft. Rußland bildet da keine Ausnahme. Deshalb ist uns daran gelegen, daß überall auf der Welt ein soziales und wirtschaftliches Klima geschaffen wird, das den Ländern eine stabile Entwicklung ermöglicht und das zum Wohlergehen der Menschheit beiträgt. Wir sind davon überzeugt, daß es notwendig und möglich ist, ein solches Klima zu schaffen. Dieser Zielsetzung ist Rußland verpflichtet und entsprechend zur Zusammenarbeit bereit. Wir halten das auch für eine lösbare Aufgabe. Rußland wird sich politisch grundlegend verändern.

Und ich kann nur wiederholen: Genug der Kriege und der militärischen Auseinandersetzungen! Der Blutzoll, der Rußland im 20. Jahrhundert auferlegt wurde, sollte auch für das 21. Jahrhundert reichen. Deshalb muß der russische Staat alles tun, um Kriege und militärische Konflikte zu vermeiden, damit es sich dem zivilisatorischen Aufbau im eigenen Lande mit aller Kraft widmen kann.

Meyer-Landrut

Mir scheint besonders wichtig, daß General Lebed im Rahmen seiner Darstellung der heutigen Situation Rußlands die Bedeutung der wirtschaftlichen Entwicklung und die dort liegenden Möglichkeiten so beispielhaft hervorgehoben hat.

Sie haben eine Reihe von Themen angesprochen, Herr Lebed, bei denen ich mich recht gut auskenne. Ich denke etwa an das gemeinsame Projekt mit der Firma Chrunitchev, bei dem es darum geht, SS-19-Raketen, die nach dem SALT-Abkommen verschrottet werden müssen, in Träger für Kommunikationssatelliten, die in Deutschland hergestellt werden, umzubauen und anschließend gemeinsam zu nutzen. Dies ist ein gutes Beispiel für die von Ihnen gemeinte Kooperation. Bei allen diesen Vorhaben - es ließen sich etliche weitere nennen - zeigt sich indes ein großes Problem in Rußland, und das ist die Frage der Finanzierung.

Sie haben die Investitionsgesetzgebung erwähnt, die außerordentlich wichtig ist, wenn es darum geht, ausländisches Kapital nach Rußland zu ziehen. Solange aber die hiesigen Steuergesetze so unsicher - um nicht zu sagen: willkürlich - sind, werden sie dieses Kapital kaum anlocken können. Es wäre im ureigensten russischen Interesse, hier mehr Klarheit und Sicherheit zu schaffen. Ich denke nur an die vielen sich häufig gegenseitig widersprechenden präsidialen oder administrativen Erlasse. Dies alles macht es für ausländische Investoren so ungeheuer schwer, sich auf dem russischen Markt zu engagieren.

Die negative Konsequenz mag eine Zahl verdeutlichen: Deutsche Unternehmen haben im letzten Jahr für 52 Milliarden D-Mark im Ausland investiert. Davon entfielen ganze 100 Millionen D-Mark auf Rußland.

Rogow

Mit vielen Äußerungen der beiden Referenten bin ich durchaus einverstanden; an einigen Stellen scheint mir jedoch eine Präzisierung notwendig.

Erstens die Frage, in welchem Zustand sich das heutige System der internationalen Beziehungen befindet. Herr Braithwaite sagte, der Prozeß der Neuordnung Europas nach dem Ende des kalten Krieges gleiche in vielem dem, was in Europa nach den napoleonischen Kriegen und den beiden Weltkriegen stattgefunden habe. Demzufolge kann man annehmen: Wenn dieser Prozeß vernünftig vor sich geht und die Interessen der wichtigsten Beteiligten berücksichtigt, könnte es gelingen, eine stabile und dauerhafte Ordnung zu schaffen. Dazu möchte ich nur anmerken: Wenn dieser Prozeß jedoch in eine falsche Richtung läuft, werden neue Zusammenstöße, Widersprüche und Konflikte die Folge sein.

Insofern ist die Interpretation der Ergebnisse des "kalten Krieges" ein sehr wichtiger Punkt. Wenn man also der Meinung ist, die Sowjetunion habe den kalten Krieg verloren und sei von der geopolitischen Weltkarte verschwunden, dann fürchte ich, wird die "siegreiche Seite" im kalten Krieg - so wie dies früher auch bei Siegen im "heißen Krieg" der Fall war - versucht sein, eine Weltordnung anzustreben, welche die Früchte des Sieges maximal sicherstellt. Eine solche Sichtweise würde die Möglichkeit einer Partnerschaft zwischen einem Rußland, das den kalten Krieg verloren hat, und dem Westen außerordentlich beschränken. Sollte sich Rußland tatsächlich in einer solchen Lage wiederfinden, würde ich dies für eine ungeheure geopolitische Fehlentwicklung halten.

Hier muß ich nun leider feststellen, daß in den vergangenen fünf Jahren trotz vieler schöner Worte und begrüßenswerter Erklärungen in bezug auf eine echte Partnerschaft zwischen Rußland und dem Westen sehr wenig getan wurde.

Zu einer echten Partnerschaft gehören drei Komponenten. Erstens die Festlegung gemeinsamer Interessen. Zweitens die Schaffung eines Mechanismus, um gemeinsam Entscheidungen treffen zu können. Und drittens ein Mechanismus zur gemeinsamen Umsetzung dieser Entscheidungen. Meiner Ansicht nach wurde weder von unserer noch von Ihrer Seite ernsthaft an auch nur einem dieser drei Punkte gearbeitet. Die Gefahr, die ich hier sehe, ist eine nachhaltige Entfremdung zwischen Rußland und dem Westen, was weder für Rußland noch für den Westen von Vorteil ist. Aber diese Bedrohung ist tatsächlich gegeben.

Das hängt vor allem mit der NATO-Erweiterung zusammen, und ich schlage vor, diese Frage in einem größeren Zusammenhang zu betrachten. Worum es geht, ist die Schaffung einer neuen europäischen Nachkriegsordnung, deren entscheidende Mechanismen im Militärischen die NATO und im wirtschaftlichen Bereich die Europäische Union sind. In keiner der beiden Organisationen ist Rußland gleichberechtigtes Mitglied und wird dies auch in absehbarer Zukunft nicht sein. In anderen Organisationen wie der OSZE und dem Europarat ist Rußland gleichberechtigtes Mitglied; aber diese Organisationen spielen im Vergleich zur NATO und zur Europäischen Union nur eine marginale Rolle. Das heißt, de facto bleibt Rußland aus dem europäischen Kontext langfristig ausgeschlossen. Natürlich entspricht eine solche Lösung kaum den nationalen Interessen Rußlands.

Botschafter Braithwaite hat nun gesagt, es sei nicht ausgeschlossen, daß Rußland sich zu einer revisionistischen Großmacht entwickelt. Eine solche Situation kann beispielsweise entstehen, wenn Rußland zu dem Ergebnis kommt, daß die neue europäische Struktur seinen Interessen widerspricht. Sobald Rußland wieder die Kraft findet, sich als Großmacht zu verhalten, wird es sich dieser neuen Ordnung aktiv widersetzen, und es bedarf keiner großen Phantasie, sich auszumalen, zu welchem negativen Szenario eine solche Entwicklung führen wird. Herr Braithwaite hat zu Recht an Versailles in diesem Zusammenhang erinnert.

Ein zweiter Bereich gegensätzlicher Einschätzung betrifft die Integrationsprozesse auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Das ist überhaupt ein sehr kompliziertes und widersprüchliches Thema, bei dem ich selbst der russischen Haltung keineswegs in jeder Hinsicht zustimme. Es gibt bei uns in der Tat gewisse imperialistische Strömungen, die einen unilateralen Standpunkt vertreten oder sogar eine Diktatur im Verhältnis eines großen Staates zu einem kleinen Staat propagieren. Aber es gibt auch eine ganz andere Tendenz, nämlich die Suche nach einer Übereinkunft auf der Grundlage der Anerkennung der gegenseitigen Interessen und der Freiwilligkeit.

Herr Baburin hat das Beispiel der Beziehungen zwischen Rußland und Weißrußland erwähnt, wobei die Initiative zu einer möglichst weitgehenden Annäherung an Rußland gerade von Weißrußland ausgeht, während Rußland in der Frage der Vereinigung eher einen recht geringen Enthusiasmus erkennen läßt, um es ein wenig euphemistisch auszudrücken.

Es gibt also mehrere Varianten im Hinblick auf diese Integrationsprozesse. Mein Eindruck ist, daß man im Westen nur die imperiale und neoimperiale Variante sieht, während die Möglichkeit einer

Integration auf der Grundlage von Freiwilligkeit und Gegenseitigkeit kaum ernsthaft in Betracht gezogen wird. Deshalb reagiert man auf alle Schritte in diese Richtung mit der Unterstellung, Rußland versuche, das Imperium wieder zu errichten. Das ist eine schwerwiegende Fehleinschätzung, die man insofern nachvollziehen kann, als es historisch gesehen eine solche Form der Integration bei uns bisher noch nicht gegeben hat.

Aber in der gesamten europäischen Geschichte hat es auch nie zuvor eine Integration gegeben, wie sie in der Europäischen Union heute stattfindet. Alle früheren Integrationsversuche in Europa geschahen mit Eisen und Blut. Erst in der heutigen Generation hat sich dies grundlegend geändert, und auch dieser Prozeß geht recht schleppend voran. Wenn der Westen aber jegliche Schritte in Richtung Integration als Versuch interpretiert, das Imperium wiederzuerrichten, ist der Interessengegensatz zwischen Rußland und dem Westen offensichtlich.

Es scheint noch nicht zu spät, eine solche Situation zu verhindern. Dies hängt bis zu einem bestimmten Grad auch von uns selbst ab. Denn die schwerste Krise, die Rußland derzeit durchlebt, ist die Identitätskrise. Herr Braithwaite zitierte die Rede von Schewardnadse, der in den letzten Jahren in Rußland sehr selten erwähnt wird. Aber auf seine damalige Frage ist bis heute keine Antwort erfolgt, weil sich Rußland bisher nicht entschieden hat, was seine nationalen Interessen sind. Wir fallen gewissermaßen von einem Extrem ins andere. Diese Antwort können nur wir selbst geben, und die Möglichkeiten, darauf von außen Einfluß zu nehmen, sind zugegebenermaßen begrenzt. Für ein so großes Land wie Rußland kann die Außenwelt bei der Entscheidungsfindung nur eine eingeschränkte Rolle spielen.

Eine große Gefahr in diesem Zusammenhang stellen die psychologischen und politischen Reaktionen auf die Illusionen und enttäuschten Hoffnungen dar, die in Rußland in den Jahren 1991 und 1992 weit verbreitet waren, als viele geglaubt haben, daß uns der Westen sofort in seine brüderlichen Arme nehmen werde. Statt dessen müssen wir feststellen, daß wir fünf Jahre später immer noch im "Vorzimmer" Europas sitzen. Dies ist der Grund, warum die Menschen meinen, Rußland sei isoliert, eine Empfindung, die sehr gefährlich ist.

Wir sind das einzige Land, das sowohl in Europa als auch in Asien vitale Interessen hat, und das macht den eurasischen Charakter unseres Landes aus. Die Folge ist, daß man uns weder in der Europäischen Union noch in der asiatisch-pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft dabeihaben will. Für die Europäer sind wir zu sehr Asiaten, für die Asiaten zu sehr Europäer. Meiner Ansicht nach hat die russische Diplomatie vor einem Jahr eine Niederlage erlitten, die fast mit der Katastrophe von Tsushima im Jahre 1905 gleichzusetzen ist (damals wurde die russische Flotte von der japanischen vernichtend geschlagen). Ich meine das erste Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter der Europäischen Union und der asiatisch-pazifischen Gemeinschaft in Bangkok, zu dem Rußland als einziges eurasisches Land nicht eingeladen wurde.

General Lebed hat zu Recht daraufhingewiesen, daß Rußland eine Brückenfunktion zwischen Europa und Asien ausüben und damit einen wichtigen Beitrag zum Weltmarkt leisten könnte. Wenn aber das Gefühl der Isolierung Rußlands vorherrscht, so wie wir es jetzt erleben, dürfte eine Tendenz zur Selbstisolierung die Folge sein mit der Konsequenz, daß Rußland für eine bestimmte Zeit auf eine aktive Außenpolitik verzichtet, um sich auf sich selbst zu konzentrieren. Wir kennen solche Phasen aus der europäischen und der russischen Geschichte, die aber bei Großmächten nicht von Dauer sind.

Wenn Rußland jedoch als Großmacht auf die europäische und die Weltbühne zurückkehrt, stellt sich die Frage: Wird es dann bereit sein, seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung von Stabilität und Sicherheit zu leisten, und sich als verantwortungsbewußtes Mitglied der Weltgemeinschaft aufzuführen, oder wird es versuchen, sich für die erlittene Erniedrigung zu rächen? Wenn heute im Westen bei der Diskussion über die NATO-Osterweiterung die Ansicht zu hören ist: Rußlands Einwände sind nicht ernst zu nehmen, weil es zu schwach ist, sich der NATO zu widersetzen, so mag das kurzfristig zutreffend sein - Rußland ist heute tatsächlich zu schwach, die NATO-Erweiterung zu verhindern. Aber eines Tages wird ein wiedererstarktes Rußland auf die außenpolitische Bühne zurückkehren - und dann werden wir alle einen sehr hohen Preis für die Fehler zahlen müssen, die heute gemacht werden.

Sjuganow

Ich spreche zu Ihnen nicht nur als Abgeordneter und Führer der größten Partei des volkspatriotischen Blocks, sondern auch als Wissenschaftler, der zu den anstehenden Problemen eine ganze Reihe von Artikeln und Büchern veröffentlicht hat.

Ich schätze die gegenwärtige Weltsituation wie folgt ein. Erstens. Nach dem Zerfall des bipolaren Systems, das aus den USA und ihren Verbündeten sowie der UdSSR und ihren Verbündeten bestand, hat sich die geopolitische Lage qualitativ verändert, was bisher erst wenig erforscht und beschrieben wurde und in seinen Konsequenzen noch nicht absehbar ist.

Das bipolare System war äußerst konfrontativ. Aber damals reichte es, wenn zwei, drei Politiker zum Telefonhörer griffen, um eine Übereinkunft zu treffen und auch drei Schritte zurückzugehen. Das war sogar in der Kubakrise der Fall, als ein Nuklearkrieg drohte. Heute bildet sich ein weltweites multipolares System heraus, Die USA mit ihren globalen Interessen; das vereinigte Europa, das ebenfalls seine eigenen geopolitischen Interessen verfolgt; das vereinigte Deutschland, das, wie ich es sehe, in der Lage ist, einen mitteleuropäischen, in sich geschlossenen politischen Raum zu bilden und dort seine Interessen zu realisieren.

Ich stimme Herrn Rogow zu, daß es zu früh ist, um Rußland abzuschreiben. Ich war vor kurzem in China und habe die dortigen Reformen studiert, ein Land, das sich stürmisch entwickelt und außerordentlich hohe Wachstumsraten aufweist. Es verfügt heute schon über eine Bevölkerung von über einer Milliarde Menschen, die jährlich um 15 bis 20 Millionen Menschen wächst. Indien mit einer Bevölkerung von knapp einer Milliarde Menschen steht auf dem Sprung. Stürmisch entwickelt sich auch das spanischsprachige Lateinamerika. Und man sollte ebenso die erwachende muslimische Welt nicht vernachlässigen, die mehr und mehr von einem aggressiven Fundamentalismus geprägt ist. Jeder Mathematiker weiß - ich habe seinerzeit höhere Mathematik an der Universität gelehrt;- , daß jeder Fünftkläßler eine Gleichung mit zwei Unbekannten lösen kann. Was wir aber heute erleben, ist eine Gleichung mit mindestens zehn Unbekannten, die nur von begnadeten Politikern und Führern gelöst werden kann.

Zweitens. Ich kann der These, der "kalte Krieg" sei beendet, nicht ganz zustimmen. Er befindet sich vielmehr in einer dritten Phase. Während sich der "kalte Krieg" früher zwischen der UdSSR mit ihren Verbündeten und den USA mit ihren Verbündeten abspielte ich bin gegen jeden Krieg, auch gegen einen "kalten";-, so hat er sich heute auf das Territorium meines Landes verlagert. Es findet ein wahrer Völkermord mit Ausrottungstendenzen statt. Dieser Krieg weist jetzt andere Konturen auf. Er ist in seinem Wesen ein Informations- und Finanzkrieg und nimmt immer stärker kriminelle Züge an.

Drittens. Meine These ist, daß sich Rußland nicht zu einer Demokratie wandelt, sondern zu einem kriminell-mafiosen Staat auswächst. Statt den großen Sprung in den amerikanischen Liberalismus zu schaffen, ist es eher bei Kolumbien angelangt. Dieser Staat, der territorial ein Fünftel der Erdoberfläche ausmacht, verfügt immer noch über 27.000 nukleare und thermonukleare Gefechtsköpfe und hat eine Exekutive, die keiner Kontrolle der Gesetzgeber untersteht und auch keine klaren ethischen Grundlagen besitzt.

Viertens. Ich gehöre zu den Politikern, die fest davon überzeugt sind, daß es keine stabile Welt und kein stabiles Europa ohne ein stabiles Rußland geben kann. Wenn der geopolitische Raum aufgelöst wird, der jahrhundertlang eine Balance im Verhältnis zu Westeuropa dargestellt hat, dann bedeutet dies nicht nur eine Umgestaltung der Welt, sondern das Entstehen eines riesenhaften Balkans, vollgestopft mit Rüstungen aller Art und hochgefährlichen Produktionen. Eine solche Entwicklung würde außerordentlich folgenreich, besonders für Europa, sein.

Fünftens. Mein persönlicher Eindruck ist, daß die Probleme heute viel schneller an Brisanz gewinnen und mit jedem Tag schwieriger werden, als die Politiker ihnen begegnen können. So ziehen Politiker, welche zur Lösung heutiger Probleme die NATO-Osterweiterung propagieren, offenbar keine Schlüsse aus der blutigen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Ich bedaure aufrichtig, daß solche Stimmen auch aus Deutschland zu hören sind. Ich bin ein Befürworter langfristiger strategischer und gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu Deutschland, zum beiderseitigen Vorteil; denn mir steht die dramatische Geschichte dieses Jahrhunderts mit all ihren Konsequenzen deutlich vor Augen.

Einige Worte zur Situation in Rußland. Die schwerwiegendste Krise, die es heute durchlebt, ist für mich nicht die Identitätskrise, sondern die Krise der Staatlichkeit. Das heißt, die staatlichen Ziele sind nicht klar bestimmt, es gibt keine wirkliche Strategie und keine Programmatik, und diejenigen, die gewaltige Vollmachten haben, schwanken jeden Tag von einer Seite zur anderen. Die Massenproteste verschärfen sich von Tag zu Tag. Wenn ich mir die täglichen Berichte über organisierte Bürgerkundgebungen ansehe, so hatten die früher auf einer Seite Platz, während heute zehn Seiten nicht ausreichen. Gleichzeitig wachsen die Konflikte innerhalb der Exekutive, die nur noch ihre Hilflosigkeit demonstriert. Die Regierung ist bankrott und nicht einmal in der Lage, der Armee die Gehälter auszuzahlen und Verpflegungsrationen zu liefern, was das Land an den Abgrund schwerer Erschütterungen treibt.

Ich sehe zwei oder drei Varianten, wie sich die Ereignisse weiterentwickeln könnten. Die erste ist die schlimmste und abscheulichste, nämlich das Chaos, das überall zu wuchern beginnt. So steht der Kusbass kurz vor einer Explosion, wie Kollegen, die kürzlich dort waren, berichtet haben. Ich selbst habe den Altai besucht, wo 1,2 Millionen Hektar Weizen im Schnee verkommen sind, weil sie nicht rechtzeitig geerntet wurden. Im Kusbass fordern die Menschen auf sämtlichen Zusammenkünften die Ausgabe von Maschinenpistolen, weil anders das nackte Überleben nicht gesichert ist. Seit einem halben Jahr haben die Arbeiter keine Kopeke mehr bekommen; sie haben den Glauben an die Exekutive verloren und hassen sie. Dieser Haß kann sich eines Tages in einem zerstörerischen Aufstand entladen.

Als zweite Variante sehe ich den organisierten Protest. Vor kurzem fanden Protestkundgebungen unserer Gewerkschaften statt, an denen fast 15 Millionen Menschen teilnahmen. Dabei wurden nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Forderungen gestellt. In den nächsten Tagen werden die Grubenarbeiter mit der Parole demonstrieren: "Jelzin und Tschernomyrdin sollen zurücktreten, wir glauben ihnen nicht." Die Entscheidung für die Protestkundgebungen haben die Gewerkschaften ohne die Einflußnahme linker Kräfte getroffen.

Und als dritte Variante sehe ich die Möglichkeit eines Vertrages vom Typ der runden Tische in Polen oder einer Entwicklung ähnlich der im Nachkriegsdeutschland. Ich befürworte einen solchen Vertrag in Verbindung mit den Protesten dann, wenn die Machthaber die Meinung von Millionen Bürgern nicht zur Kenntnis nehmen. Dabei zeigen wir uns durchaus kompromißbereit und leisten unseren Beitrag zur Festigung der Stabilität der Exekutive, in der Hoffnung, daß diese es schafft, den realen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Doch leider demonstriert diese immer mehr ihren fehlenden Willen, ihre Hilflosigkeit und ein äußerst niedriges Niveau an Führungsqualität.

Die wichtigste Frage für unser Land sehe ich heute in der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung und in der nationalen Aussöhnung. Ich stimme Herrn Lebed voll zu, daß wir nicht nur in bezug auf die Kriege, sondern auch auf die revolutionären Aufstände unser Limit ausgeschöpft haben. Nicht auszudenken, wenn diese in einem Land mit solch einer komplizierten Infrastruktur und einem derart großen Bestand an gefährlicher Produktion stattfinden sollten. Deshalb gebe ich der Wiederherstellung einer funktionsfähigen Verwaltung die höchste Priorität.

Es gibt keine Führung im Lande. Ich war dankbar, daß ich im Mai dieses Jahres Deutschland besuchen konnte. Um so mehr wundere ich mich jetzt darüber, daß die deutsche Politik allein in diejenigen investiert, deren Zeit in Rußland abgelaufen ist. Die Unfähigkeit, Rußland zu regieren, ist nicht nur eine Frage des Gesundheitszustandes des Präsidenten, sondern vor allem dadurch bedingt, daß die jetzigen Machthaber nicht in der Lage sind, auf die großen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, zu antworten. Wenn es uns nicht gelingt, die Führung in kürzester Zeit wiederherzustellen, wird, so fürchte ich, das Land im Chaos versinken.

Zweitens muß, um eine nationale Aussöhnung zu erreichen, schnellstens das Überleben der Bürger gesichert werden. Es gibt in unserem Land sechs Millionen Flüchtlinge, eine Million Obdachlose, zwei Millionen Kinder, die keine Ausbildung erhalten, sowie fast 20 Millionen Arbeitslose mit ansteigender Tendenz. In keiner einzigen Branche gibt es eine wirtschaftliche Belebung, im Gegenteil, der Rückgang hält weiter an.

Drittens brauchen wir einen neuen Wirtschaftskurs; darin stimme ich Herrn Baburin vorbehaltlos zu. Dabei geht es um eine gemischte, sozialorientierte Marktwirtschaft mit einem bedeutenden staatlichen Sektor; die Schaffung einer entsprechenden Gesetzgebung; die strikte Einhaltung der Bürgerrechte sowie gutnachbarschaftliche Beziehungen sowohl zum Westen als auch zum Osten. Wir lehnen neue "Vorhänge" und neue Konfrontationen kategorisch ab. Diese sind nicht nur den wirtschaftlichen und demographischen Ressourcen abträglich, sondern auch der Umwelt, die heute nachhaltig bedroht ist.

Viertens der Kampf gegen Korruption und das Banditentum, die das Land vollständig gelähmt haben. Vor kurzem sagte mir ein Geschäftsmann: "Nie zuvor habe ich Regierungsbeamte getroffen, die zwar große Schmiergelder kassieren, aber dafür nichts tun."

Schließlich fünftens die Frage der Integration. Wir wissen sehr wohl, daß es nicht gelingen wird, das, was auseinandergefallen ist, wieder zusammenzukleben. Auf der anderen Seite erleben wir, daß sich in Europa, dessen Länder jahrhundertlang Krieg gegeneinander geführt haben, ein Wandel zur Integration auf einer qualitativ neuen demokratischen Grundlage vollzieht. Hier geht es um globale Integrations- und Sozialisierungsprozesse mit der Schaffung neuer Verwaltungssysteme und Netzwerke. Wenn wir in unserem Land nicht 30 Prozent der verfügbaren Gelder in Intelligenz, Kultur und die Aneignung moderner Technologien investieren, verspielen wir unsere Zukunft. Dann wird es auch keine Stabilität geben, die nötig ist, damit sich unsere Beziehungen zu Europa normal entwickeln

können. Solche Projekte - auch Produktionsprojekte - werden wir unterstützen; ebenso vieles von dem, was Herr Lebed erwähnt hat. Wir wollen ein stabiles Rußland schaffen, das freundschaftliche Beziehungen sowohl zu Deutschland, Frankreich und England, als auch zu Japan, den USA und zu China pflegt.

Historisch gesehen hat Rußland seit jeher zu allen Hauptmächten Kontakt gehabt, zu Westeuropa, den USA, zu China oder Japan. Das hat sowohl unsere Schwierigkeiten als auch unsere Vorteile ausgemacht. Wir sind bereit, aus der Geschichte Konsequenzen zu ziehen und alles zu tun, damit sich die Prozesse friedlich und berechenbar entwickeln können - im Interesse aller Völker, die auf dem Gebiet der Russischen Föderation leben und im Interesse aller unserer Nachbarn.

Weisser

Wenn hier verschiedentlich "Versailles" erwähnt wurde, dann ist es sicher richtig, gerade in einer Phase, in der wichtige politische Weichenstellungen zu treffen sind, sich der historischen Perspektive zu erinnern. Während es nach dem Ersten Weltkrieg nicht gelungen war, in Europa eine Friedensordnung zu schaffen, die Frieden und Stabilität garantierte, sondern die direkt in die nächste Katastrophe führte, hat man nach dem Zweiten Weltkrieg zumindest in Westeuropa Entscheidungen getroffen, die den Aufbau einer ökonomisch integrierten und demokratisch legitimierten Gemeinschaft ermöglichten und die zugleich durch die engen Bindungen an die USA gemeinsame Sicherheit garantierten. Der östliche Teil Europas dagegen hat die Früchte der Befreiung nicht ernten können, sondern ist von einer Diktatur in die nächste gegliitten. Dabei haben dann West und Ost gleichermaßen unter der Last des kalten Krieges geächzt.

Jetzt wird uns erneut die Chance geboten, für das ganze Europa Frieden und Stabilität zu sichern. Dafür bietet die Entwicklung zur Europäischen Union bei allen Schwierigkeiten und Problemen, denen wir uns gegenwärtig gegenübersehen, eine hervorragende Ausgangsbasis. Ich bin jedenfalls davon überzeugt, daß diese Union ökonomisch, politisch und strategisch gleichermaßen handlungsfähig werden wird. Sie wird die Vereinigten Staaten von Amerika weiterhin in die europäische Politik mit einbeziehen und zugleich ein politisches, ökonomisches und strategisches Verhältnis zu Rußland als gleichberechtigten Partner ausbilden.

Die Schritte, die zur Zeit unternommen werden, stellen eine Zwischenstation dar. Der NATO-Gipfel, der im nächsten Jahr weitreichende Entscheidungen treffen wird, muß deshalb ein Erfolg werden; denn wir können es uns nicht leisten, in diesem historischen Prozeß Fehler zu machen. Insofern ist es auch irreführend, von einem NATO-Erweiterungs-Gipfel zu sprechen.

Die Entscheidungen, um die es geht, sind durchaus mehrdimensional. Auf der einen Seite müssen wir die legitimen Interessen unserer unmittelbaren Nachbarn in Osteuropa gebührend berücksichtigen. Länder wie Polen, Ungarn oder Tschechien, die demokratisch legitimiert sind, haben unmißverständlich bekundet, daß sie der europäischen Staatenstruktur angehören wollen. Dies ist ihr gutes Recht: historisch, politisch und moralisch. Die Nordatlantische Allianz beginge einen historischen Fehler, wenn sie diesem Ansinnen nicht positiv und konstruktiv begegnen würde. Zugleich muß die NATO ein Verhältnis zu Rußland finden, das Rußland als gleichberechtigten Partner europäischer Sicherheit akzeptiert und institutionalisiert. Es wird auf dem Gipfel im nächsten Frühjahr also um gesamteuropäische Stabilität und Sicherheit gehen, um diesen beiden Grundanliegen Rechnung zu tragen.

Was die Vertragspartnerschaft mit Rußland als gleichberechtigten Partner angeht, gibt es gute Gründe für beide Seiten, sich darauf einzulassen. Denn die Gefahren, die Europas Sicherheit durch Instabilität und mögliche Krisen insgesamt bedrohen, betreffen Rußland in gleicher Weise wie das übrige Europa. Es liegt daher nahe, eine gemeinsame Analyse der strategischen Lage vorzunehmen und Instrumente der Krisenbeherrschung zu schaffen, die ein gemeinsames Vorgehen ermöglichen.

Hinzu kommt, daß die sogenannte neue NATO, die sich von dem alten Verteidigungsbündnis grundlegend unterscheidet, schwerpunktmäßig auf ein Krisenmanagement für Europa ausgerichtet ist und in dieser Hinsicht auch für Rußland den geeigneten Partner für eine gemeinsame strategische Kooperation darstellt. Rußland ist in eigenem Interesse gut beraten, sich im Westen an eine Zone strategischer und ökonomischer Stabilität anzulehnen. Denn Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, erweitert um die mittelosteuropäischen Staaten, bietet einen Partner allerersten Ranges für die wirtschaftliche Zukunft Rußlands. Schon heute ist der Handel Rußlands mit der Europäischen Union größer als mit allen anderen Regionen der Welt. Rußland hat die Chance, über die Europäische Union in die Weltwirtschaft integriert zu werden. Dafür könnten gerade die mittelosteuropäischen Staaten, die immer Rußlands natürliche Handelspartner gewesen sind, eine Brücke zu dieser Europäischen Union sein.

Die erweiterte NATO ihrerseits wird für Rußland der geeignete strategische Partner für ein gemeinsames Krisenmanagement in Fragen der europäischen Sicherheit sein. Damit wird Rußland frei, sich den strategischen Herausforderungen zu stellen, mit denen es an seiner südlichen und möglicherweise an seiner östlichen Grenze konfrontiert wird. Mit anderen Worten: Die geopolitische und geostrategische Gesamtkonstellation ist zwingend darauf angelegt, daß die veränderte NATO in einer tragfähigen Partnerschaft mit Rußland die richtige Basis schafft, um mittel- und langfristig die auf uns zukommenden Probleme gemeinsam zu bewältigen.

Schmidt

Ich möchte zunächst anmerken, daß mich die Offenheit, mit der die russischen Partner hier sprechen, beeindruckt hat. Herrn Braithwaite stimme ich zu, wenn er sagt, sowohl die USA als auch die Russische Föderation kämen aufgrund ihres Eigengewichtes für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union nicht in Frage - zumal sie entweder einem anderen Kontinent angehören oder im Falle Rußlands den großen Teil eines anderen Kontinents einschließen.

Herr Rogow hat überhebliche westliche Stimmen zitiert, die meinen, der Westen habe den kalten Krieg gewonnen. Ich halte diese Einschätzung für töricht. Für mich ist Rußland heute nach wie vor eine Weltmacht, wenn auch aus anderen Gründen als die USA. Ich nenne dafür zum einen die territoriale Größe des Landes. Als heute an der pazifischen Ostküste von Kamtschatka die Sonne unterging, war sie in St. Petersburg oder in Moskau noch nicht einmal aufgegangen. Diese Vorstellung eines ungeheuren Raumes scheint uns Europäern häufig zu fehlen. Ich erwähne zum zweiten die Bodenschätze, die zum Teil noch nicht einmal exploriert und schon gar nicht exploitiert sind. Und ich nenne drittens Herr Lebed und Herr Sjuganow haben darauf hingewiesen - die militärische Macht der Russischen Föderation. Trotz der unverkennbaren inneren Probleme und Schwächen ist Rußland also nach wie vor eine Weltmacht.

In wenigen Jahren wird für jedermann ersichtlich sein, daß auch China eine Weltmacht ist, nicht nur aufgrund seiner territorialen Größe und seiner Bevölkerung von heute 1200 Millionen, in 20 Jahren 1400 Millionen Menschen, sondern vor allem wegen seiner Wirtschaftskraft. In 20 Jahren wird China die zweit- oder drittgrößte Volkswirtschaft der Welt und auch einer der größten Welthandelspartner sein, dessen Außenhandelsvolumen das der USA und Japan übertreffen wird, ohne das der Europäischen Union zu erreichen. Wir wären in meinen Augen also gut beraten, China schon heute als Weltmacht zu erkennen. Die anderen asiatischen Länder haben das längst begriffen, während die Amerikaner, aber auch viele Europäer, noch nicht soweit sind.

Aus meiner Sicht haben wir es also gegenwärtig mit drei Weltmächten zu tun: USA, Rußland und China, während weder Frankreich noch das United Kingdom, noch die Bundesrepublik Deutschland in die gleiche Kategorie gehören. Ob und wann die Europäische Union eines Tages eine Weltmacht sein wird, hängt davon ab, inwieweit es ihr gelingt, zu einer handlungsfähigen Gemeinschaft zu werden, sowohl in der Außen- und Sicherheitspolitik als auch was eine gemeinsame Währung angeht. Sir Rodric hat zu Recht darauf verwiesen, daß die EU zuvor ihre inneren Strukturprobleme lösen muß. Die gegenwärtige Krise, in der sich die EU befindet, mag sie - wie andere Krisen zuvor - überwinden können, ohne daß damit schon eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Realität ist.

Ich will nicht unerwähnt lassen, daß in absehbarer Zeit vermutlich auch Indien zu einer Weltmacht aufsteigen wird, ein Land mit heute schon 900 Millionen Menschen und einer sich schnell entwickelnden Wirtschaft und hochmodernen Technologie.

Natürlich wird auch Japan eine weltweit bedeutende Rolle spielen, und zwar als größtes "Finanzkraftwerk", auf dessen Kapitalexporte nicht nur viele kleinere Staaten, sondern ebenso China, die USA, Rußland und auch Deutschland angewiesen sein werden.

Ich meine nun, wichtig wäre vor allem, daß die drei Weltmächte lernen, sich gegenseitig zu respektieren. Dazu gehören nicht nur gelegentliche bilaterale Gespräche und kollektive Zusammenarbeit auf diplomatischer Ebene, wie etwa in den Vereinten Nationen, der OSZE, dem IWF oder dem Europarat, sondern mir käme es darauf an, daß der gegenseitige Respekt in einer für die Völker weithin sichtbaren Weise durch die Staats- und Regierungschefs selbst zum Ausdruck gebracht wird. Zum Beispiel scheint es mir allerhöchste Zeit, daß die Präsidenten Boris Jelzin und Jiang Zemin vollgültig an den alljährlichen Weltwirtschaftsgipfeln beteiligt sind. Dies wäre ein kleiner pragmatischer Schritt, der helfen könnte, das Gefühl der Isoliertheit zu beenden, das von seiten unserer russischen Freunde hier zum Ausdruck gebracht wurde. Ebenso gehört dazu die Beteiligung an der Welthandelsorganisation und an anderen weltweit operierenden Organisationen.

Eine Bemerkung möchte ich zu den Ausführungen von Herrn Baburin machen. Persönlich halte ich das Bestreben Rußlands nach friedlicher, einvernehmlicher, auf demokratischer Grundlage erfolgender Reintegration von Weißrußland und der Ukraine für verständlich. Geborgenheit in einem Nationalstaat zu suchen, ist für fast alle Menschen auf diesem Globus eine natürliche Angelegenheit. Das gilt für die Russen genauso, wie es für uns Deutsche der Fall war, was eine der wichtigsten Antriebskräfte für die deutsche Wiedervereinigung gewesen ist. Ich bin mir indes der Probleme bewußt, die dies im Falle Weißrußlands und der Ukraine mit sich bringen kann.

Lassen Sie mich noch auf die geplante Erweiterung von NATO und EU eingehen, von der überall die Rede ist, insbesondere in den beitragswilligen Staaten Mitteleuropas. Nach meiner Vorstellung sollte jedoch ein anderes Vorhaben, das kaum öffentlich Erwähnung findet - Sir Rodric hat darauf hingewiesen; -, zeitlichen Vorrang haben. Ich meine die Europäische Charta, die auf irgendwelchen internationalen diplomatischen Konferenzen verhandelt wird, ohne daß die europäischen Völker irgend etwas davon zu hören oder zu lesen bekommen, schon gar nicht das russische Volk. Auf der Grundlage einer solchen Charta ließen sich auch die beiden anderen Erweiterungen leichter angehen.

Dabei würde nach meinem Verständnis eine Charta nicht ausreichen, sondern ich würde einen ratifikationsbedürftigen Pakt befürworten, der einen Gewaltverzicht, eine Sicherheitskooperation und andere wichtige Dinge enthält. Ein solcher Pakt sollte im übrigen nicht auf die USA, Rußland und Westeuropa begrenzt sein. Er müßte auch die Interessen der Weltmacht China berücksichtigen. Anderenfalls würde ich dies für einen unverzeihlichen Fehler halten. Ich möchte also dringend an die hier versammelten Experten appellieren, dieses Thema - Charta oder Sicherheitspakt - öffentlich zu propagieren und dafür zu sorgen, daß die Menschen in Ihren Ländern darüber informiert werden.

Abschließend eine Bemerkung zu einem scheinbar abseitigen Thema, das mit gewissen Entwicklungen im Islam zu tun hat, von dem die Europäer so gut wie überhaupt nichts verstehen. Ob die Russen sehr viel davon verstehen, möchte ich ebenfalls bezweifeln; aber sie werden in Zukunft noch stärker damit konfrontiert werden. Tatsache ist, daß der islamische Anteil an der Weltbevölkerung wächst, während der der Europäer schrumpft. Heute leben fast eine Milliarde Muslims auf der Welt, die meisten davon nicht etwa in Algerien oder im Nahen Osten, sondern östlich von Pakistan. Fast ganz Zentralasien gehört dazu; nicht nur die fünf ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken, sondern neben Afghanistan und Pakistan auch Teile der chinesischen Provinz Sinkiang. Ich meine, Europäer wie Russen sollten sich geistig auf diese Entwicklung vorbereiten, um zu verhindern, daß es zu religiösen und weltanschaulichen Konflikten kommt, die wir in unsere geopolitischen Überlegungen bisher kaum einbeziehen.

Pain

Oft verhindern gerade inadäquate Beurteilungen der politischen Situation, die Frage zu beantworten, was Rußland bewegt und welchen Partner der Westen in Rußland hat. Ich nenne zwei inadäquate Kriterien: Zum einen Unwissenheit - die korrigierbar ist - und zum anderen eine bestimmte Interessenausrichtung. Beides - Unwissenheit und das Bestreben, sich zu bereichern - führt zu der offenkundigen Verzerrung der politischen Situation in unserem Lande.

Sie werden mir sicher zustimmen, daß es im Westen politische Kräfte gibt, die bestimmte Interessen verfolgen, wenn sie die Gefährdung und den Grad der Instabilität Rußlands aufbauschen. Da heißt es dann: Weil Rußland instabil ist und eine hohe Kriminalität aufweist, sollte man es nicht in die Gemeinschaft der "Anständigen" aufnehmen, sondern im "Vorzimmer" sitzen lassen, wie hier gesagt wurde. Man befürchtet die Wiederbelebung von Revanchismus und Imperialismus; deshalb sollte man sich von Rußland abgrenzen und was dergleichen Argumente mehr sind. Auf diese Weise wird die Instabilität vorsätzlich übertrieben.

Natürlich gibt es auch unehrliche innenpolitische Übertreibungen, wenn etwa die kommunistische Opposition tönt: "Die Regierung kann die Stabilität nicht gewährleisten, ersetzt sie, wählt uns, wir werden euch Stabilität geben." Eine solche Position hat hier gerade der Vorsitzende der kommunistischen Fraktion in der Staatsduma, Gennadij Sjuganow dargelegt, dessen Äußerungen mich in vieler Hinsicht veranlassen, die politische Stabilität in Rußland anders einzuschätzen.

Wenn wir die Stabilität angemessen beurteilen wollen, müssen wir uns die Dynamik des Prozesses vor Augen führen, und nur völlig desinformierte Menschen werden nicht erkennen, wie sehr sich das Stabilitätsniveau in Rußland inzwischen erhöht hat. Daß hier am Tisch Vertreter der Regierung und der parlamentarischen Opposition friedlich zusammensitzen und miteinander diskutieren, macht bereits deutlich, wie sehr das gegenseitige Verständnis und die Zusammenarbeit der verschiedenen Machtgruppierungen in Rußland seit 1991 gewachsen sind. Sie werden niemanden antreffen, der der Meinung wäre, die Ereignisse von 1993, als es bewaffnete Zusammenstöße zwischen den Organen

der Legislative und der Exekutive gab, könnten sich wiederholen. Das ist ein gutes Zeichen für die Festigung der Stabilität.

Im übrigen zeigen die mehr oder weniger heftigen Zusammenstöße zwischen Parlament und Exekutive in fast allen neuen unabhängigen Staaten, so wie kürzlich in Weißrußland, daß wir es hier mit den Kinderkrankheiten einer neuen Gesellschaft zu tun haben und eine funktionsfähige parlamentarische Demokratie sich erst schrittweise herausbildet. Rußland jedenfalls hat diese Krankheit durchlitten und inzwischen überwunden.

Ferner die sozialen Erschütterungen. Selbst angesichts des heutigen Zustandes der Wirtschaft mit den verzögerten Lohnzahlungen und anderen wirtschaftlichen Problemen wird in der Russischen Föderation nirgendwo der Rahmen dessen überschritten, was überall in der Welt üblich ist, daß nämlich Demonstrationen, Kundgebungen und so weiter stattfinden.

Herr Sjuganow sagte, die Bevölkerung empfinde heute Haß gegen die Regierenden. Es ist allerdings eine seltsame Art, ihren Haß zu zeigen, wenn sie denselben Präsidenten wiederwählt; auch bei den Regionalwahlen wurde fast die Hälfte der Gouverneure wiedergewählt. Und auch die Vertreter der Opposition verkünden einen Tag nach der Wahl, daß sie mit den gewählten Machthabern gute Beziehungen haben und mit ihnen zusammenarbeiten wollen. So war es beispielsweise mit Ruzkoi, der in Kursk siegte. Er ruft auch heute nicht zur Verteilung von Maschinenpistolen auf.

Ich bin also absolut sicher, daß die soziale Unzufriedenheit und die Schwierigkeiten, die in Rußland bestehen, nicht mehr Konfrontation zur Folge haben werden, als dies beispielsweise 1993 der Fall war. Selbst in Sachen Korruption gibt es Fortschritte im Vergleich zu der Zeit, zu der Herr Sjuganow zurückkehren will. Dieses sowjetische Niveau werden wir jedenfalls in Rußland nicht wieder erreichen.

Was den Föderalismus angeht, läßt sich mit Sicherheit sagen, daß das Jahr 1994 eine Art Wegscheide darstellte und seitdem der Zerfall Rußlands kein akutes Problem mehr ist. Allenfalls kann es am Rand mit Tschetschenien noch ein wenig bröckeln, aber daß Rußland als Großmacht zerfällt, ist wenig wahrscheinlich.

Was ist in der Zwischenzeit passiert? Vor allem ist die föderale Macht nach den Ereignissen vom Herbst 1993 und der Annahme der neuen Verfassung gestärkt worden. Das ist den Führern der Regionen sehr schnell bewußt geworden. Nicht zufällig haben alle Führer der Regionen, die 1993 entschieden hatten, die Dekrete des Präsidenten Rußlands auf ihrem Territorium nicht anzuerkennen, diese Entscheidung 1994 wieder rückgängig gemacht angesichts der zunehmend negativen Erfahrungen mit dem Separatismus und den blutigen Konflikten sowie den steigenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Auch das völlige politische Scheitern der nationalistischen Regime in den benachbarten unabhängigen Staaten, beispielsweise der Regime Gamsachurdijas in Georgien und Eltschebejs in Aserbaidschan, hat den Separatismus in den Republiken der Russischen Föderation abgeschwächt. Was sich aber vor allem verändert hat, ist die Einstellung der Führer der Republiken der Russischen Föderation gegenüber den regionalen nationalistischen Bewegungen und Organisationen. Während sie in den Jahren 1991-1993 den Separatismus der nationalistischen Bewegungen unterstützten und sie für ihre Machterhaltung benutzten, hat sich dies seit 1994 grundlegend gewandelt.

In den weitaus meisten Regionen sehen die Vertreter der regionalen Mächte in den Führern der nationalen Bewegungen Konkurrenten im Kampf um die Macht. Deshalb läßt man ihnen keinen Spielraum und schränkt alle ihre Aktivitäten ein, sowohl ihre Wahlkundgebungen und die Besetzung von Ämtern in den regionalen Regierungen als auch andere Aktivitäten. Die nationalen Bewegungen stellen heute in keiner der Republiken Rußlands eine ernsthafte politische Kraft dar. Das läßt sich mit Sicherheit sagen. Statt dessen steuern die allermeisten regionalen Politiker einen Kurs, der auf die Zusammenarbeit mit der föderalen Macht ausgerichtet ist.

Schließlich Tschetschenien. Ja, die gegenwärtige Regierung Rußlands hat viele Fehler gemacht, um dieses Problem zu lösen. Das gilt vor allem für den Einsatz der russischen Armee gegen die bewaffnete Bevölkerung in Tschetschenien. Aber die Lehren aus der Tragödie sind an der föderalen Macht nicht spurlos vorübergegangen. Wenn der Präsident Rußlands im März nicht den Friedensplan zur Beilegung der Tschetschenien-Krise verkündet hätte, hätte es die nachfolgenden Abkommen nicht gegeben, auch nicht die Abkommen von Chassawjurt, zu denen General Lebed wesentlich beigetragen hat.

Um noch einmal auf die inadäquaten Beurteilungen zurückzukommen: Ich meine, die öffentliche Meinung in der Russischen Föderation und im Westen hat recht einseitige Schlüsse aus den Lehren des Tschetschenienkrieges gezogen. Die russische Öffentlichkeit und die Weltöffentlichkeit haben die

in Tschetschenien angewandten Formen und Methoden der staatlichen Gewaltanwendung verurteilt, aber nicht erkannt, daß der bewaffnete Kampf für die nationale Selbstbestimmung ein grundlegender Fehler war. Auf diese Weise hat man den Einsatz von Gewalt, um bestimmte Gruppenziele und oft auch sehr egoistische Ziele einzelner nationaler Bewegungen oder rein krimineller Vereinigungen zu erreichen, die sich als Kämpfer für die Selbstbestimmung des Volkes ausgaben, sogar noch gefördert.

Ich sehe nicht so sehr die Gefahr, daß andere Republiken der Russischen Föderation dem Beispiel Tschetscheniens folgen und sich bewaffnen könnten, um ihre Interessen zu verteidigen. Die größere Gefahr liegt heute darin, daß eine allgemeine Bewaffnung der Bevölkerung zu kriminellen Zwecken genutzt werden kann. Was wir leider feststellen, ist, daß an den Grenzen zu Tschetschenien die bewaffnete Kriminalität ansteigt. In den ersten Monaten dieses Jahres wurden hier über 200.000 schwere Verbrechen begangen mit allen Anzeichen von Terrorismus: Entführungen, Geiselnahmen (unter anderem von Journalisten), Morde an Mitarbeitern internationaler Organisationen und örtlicher Polizeikräfte und so weiter.

Das Ausufer von Kriminalität und Terrorismus in Tschetschenien und den angrenzenden Regionen stellt nicht nur für Rußland eine Gefahr dar. Denn der Terrorismus läßt sich kaum auf ein bestimmtes Land beschränken. Nicht zufällig zeigen sich die Spuren derselben terroristischen Gruppen sowohl in Afghanistan und Bosnien als auch in Tschetschenien und Abchasien. Der politische Terrorismus geht mit dem kriminellen Terrorismus, mit dem Rauschgift- und Waffenhandel und dem modernen Sklavenhandel Hand in Hand. Gegen diesen Terrorismus hilft in erster Linie die internationale Zusammenarbeit der demokratischen Staaten und die allgemeine menschliche Solidarität der Gutwilligen.

Natürlich kann man das heutige Rußland nicht als ein politisch stabiles Land bezeichnen; aber die Tendenz geht in Richtung Stabilisierung. Man muß nur die Veränderungen zum Besseren sehen können und wollen und sie fordern.

Reiter

Wie in vielen anderen Diskussionen über Rußland wurde auch an diesem Tisch das Gespenst von Versailles beschworen - zu Recht, wie ich meine; denn aus den Fehlern, die in Versailles gemacht wurden, läßt sich eine Menge lernen. Aber dafür müssen wir die ganze Lektion von Versailles zur Kenntnis nehmen. Auf der einen Seite hat Versailles in der Tat eine revisionistische Macht entstehen lassen, die die falsche Konstruktion der europäischen Nachkriegsordnung nicht akzeptierte und gesprengt hat. Die andere Seite der Problematik von Versailles betraf das Verhalten der deutschen Eliten, die ganz bewußt Salz in die nationalen Wunden streuten, indem sie der deutschen Bevölkerung das Ausmaß der Katastrophe in einer Weise übertrieben darstellten, die es unmöglich machte, sich mit der neuen Ordnung in der Zeit der Weimarer Republik abzufinden.

Was ich heute befürchte, ist, daß auch in Rußland die gleiche Gefahr besteht und die Entwicklung hier ähnlich verlaufen könnte, wie in Deutschland nach Versailles. Auch hier wird die nationale Frage am Kochen gehalten. Welche Gründe gibt es denn zu sagen, Rußland habe den kalten Krieg verloren? Und wenn wir gelegentlich auch von westlichen Politikern die mitleidige Formulierung hören, Rußland habe Polen, Tschechien, Ungarn, die Ukraine, Belarus und so weiter verloren, dann halte ich eine solche Argumentation für falsch und für gefährlich. Ich meine, Rußland hat nicht etwas verloren, sondern vielmehr eine Last abgeworfen. Und wenn wir General Lebed zuhören, dann hat er deutlich gemacht, wieviele interne Probleme dieses Land zu bewältigen hat.

Hier war von Reintegration der Ukraine und von Belarus die Rede, ein zugegeben sehr komplexes Thema, das sich einfachen Deutungsmustern entzieht. Dabei sollten wir verschiedene Varianten unterscheiden, wie eine solche Reintegration sich vollziehen oder vollzogen werden kann. Das eine ist die gewaltsame Reintegration; das zweite ist eine freiwillige, demokratisch legitimierte Entscheidung der betroffenen Völker. Es gibt aber noch eine dritte Variante, und die scheint mir besonders im Fall von Belarus vorzuliegen: Reintegration aus Schwäche und Hilflosigkeit. Ich halte eine solche Entwicklung für problematisch. Von Reintegration auf der Basis der Freiwilligkeit mit einem wirtschaftlich und politisch stabilen Land kann im Falle von Belarus wirklich nicht die Rede sein.

Das "Versailles-Denken" hat aber noch andere negative Konsequenzen. Wenn es heißt, Rußland habe die ostmitteleuropäischen Länder aufgrund des verlorenen kalten Krieges aufgegeben, dann bedeutet das Streben dieser Länder nach Mitgliedschaft in der NATO und in der Europäischen Union in gewissem Sinne Flucht und Verrat und könnte als Illoyalität gegenüber Rußland interpretiert werden. Ich halte eine solche Sichtweise für völlig falsch. Damit wird man auf russischer Seite unseren eigentlichen Motiven in gar keiner Weise gerecht. Ich meine, Sie sollten unsere Motive besser kennen.

Aber auch auf unserer Seite haben wir Fehler gemacht, indem wir nicht genügend auf die Finalität des Prozesses abgehoben, sondern uns fast ausschließlich auf unsere NATO- und EU-Mitgliedschaft konzentriert haben. Dabei ist das nicht minder wichtige strategische Arrangement der neuen NATO mit Rußland weitgehend aus dem Blick geraten. Helmut Schmidt hat hier die Bedeutung der Charta oder eines Sicherheitspaktes mit Rußland betont. Mir würde eine Charta ausreichen, die ja politisch durchaus einen sehr hohen Stellenwert hat. Ich denke nur an die Charta der Vereinten Nationen, ein Dokument von hohem Rang. Insofern wäre eine Charta nicht weniger hoch einzuschätzen wie ein Vertrag oder Pakt.

Ich wiederhole also: Wir haben bisher den Fehler gemacht, nicht den gesamten Prozeß im Auge zu haben. Aber wir lernen daraus und erkennen - für Polen kann ich das deutlich so sagen;- , daß NATO- und EU-Beitritt für unsere Länder nicht das Ende der Geschichte darstellen, sondern lediglich die Basis sind, von der aus wir in der Lage sind, unsere Sicherheitsansprüche souverän zu definieren, und zwar sowohl mit unseren Partnern in der NATO und in der EU als auch mit unseren anderen Nachbarn, insbesondere mit unserem großen Nachbarn Rußland.

Warum sind wir an guten, partnerschaftlichen Beziehungen mit Rußland interessiert? Das hat im wesentlichen zwei Gründe, einen positiven und einen negativen. Der positive Grund ist, wir brauchen die politische und wirtschaftliche Öffnung zu Rußland. Der negative Grund: Auch wenn ein Land durch den NATO-Vertrag Schutz genießt, kann ein großer Nachbar, mit dem man sich nicht verständigt, große Probleme bereiten, die wir uns in unserem eigenen, aber auch im Interesse unserer Nachbarn ersparen sollten.

Adam

Herr Weisser hat die Bedeutung der historischen Perspektive betont. Ich meine, entscheidend für die Perzeption, die Rußland im Ausland findet, ist die Art, wie Rußland mit seiner eigenen Geschichte umgeht. Das können gerade wir Deutsche sehr gut verstehen, die wir in den letzten 50 Jahren zweimal, 1945 und 1990, gezwungen waren, unsere eigene Geschichte zu evaluieren. Und wir mußten erkennen, daß jede unserer außenpolitischen Bestrebungen von unseren Nachbarn im Lichte unserer Geschichte gesehen und interpretiert wird.

Das verhält sich mit Rußland nicht anders. Deshalb bereitet es Schwierigkeiten, wenn Rußland auf der einen Seite die Kontinuität mit der Sowjetunion hervorhebt, indem es den Sitz im Sicherheitsrat beibehält und weiter auf das Monopol der Nuklearwaffen abstellt, auf der anderen Seite aber die belastenden Dinge aus der sowjetischen Geschichte gewissermaßen wegdrängt, mit dem Argument: Damit haben wir nichts zu tun; das gehört der sowjetischen Vergangenheit an, die Rußland nicht zu verantworten hat.

Ich kann durchaus nachvollziehen, daß es beispielsweise starke wirtschaftliche Gründe gibt, die für eine Reintegration ehemals sowjetischer Republiken sprechen. Aber Rußland muß auch verstehen, daß es dafür seinen Nachbarn und auch der Weltgemeinschaft plausible Erklärungen schuldet - eben aufgrund der historischen Sensitivitäten;- , um deutlich zu machen, warum, mit welchen Mitteln und mit welcher Zielsetzung es diese Reintegration anstrebt. Ich erwähne in dem Zusammenhang nur die baltischen Staaten, bei denen Rußland die Geschichte nicht einfach ausblenden kann, so wenig wie wir Deutschen im deutsch-tschechischen Verhältnis nur auf 1945 blicken können, ohne gleichzeitig 1938 im Bewußtsein zu haben. Der Umgang mit der eigenen Geschichte ist in meinen Augen ein ganz wichtiger Faktor, der das Verhältnis Rußlands zu seinem neuen politischen Umfeld mitbestimmt.

Dann ein Wort zur NATO-Erweiterung. Sir Rodric gebrauchte die Metapher vom Spaghettiknoten, was ein wenig abwertend klang, während ich als überzeugter Anhänger der Chaostheorie dies eigentlich für eine geniale Idee halte. Sie werden mir sicher zustimmen: Wenn es die NATO und die EU in ihrer heutigen Form nicht gäbe, würde man sie jetzt wohl kaum gründen können. Gott sei Dank existieren beide bereits seit langem, und in der Erweiterung sehe ich einen Kompromiß, das, was historisch gewachsen ist, mit dem zu verbinden, was wir in Zukunft erreichen wollen.

Bundeskanzler Schmidt hat zu Recht unterstrichen, daß die Erweiterung nur Teil eines Gesamtprozesses sein kann. Zum einen ist unbestritten, daß sich die beiden Institutionen durch die Erweiterung wandeln - auch weil sich ihnen neue Aufgaben stellen. Eine NATO, die auf 19 oder 20 Mitglieder anwächst, wird anders funktionieren als die bisherige NATO. Das gilt noch weit mehr für die Europäische Union, wenn sie ihre heutige Mitgliederzahl nahezu verdoppelt.

Hinzu kommt, daß wir uns eingehend Gedanken darüber machen müssen, was mit den Staaten geschehen soll, die entweder überhaupt nicht oder nur in der einen oder der anderen Organisation Aufnahme finden. Darauf wissen wir bisher keine überzeugende Antwort. Das heißt, es wird

Abstufungen und Zwischenschritte geben müssen, und wir sollten sehr viel kreative Energie darauf verwenden, um Kooperations- und Assoziationsformen zu schaffen, die verhindern, daß unüberwindliche Trennlinien zwischen Vollmitgliedschaft und Nichtmitgliedschaft entstehen.

Damit knüpfe ich bei dem Begriff Charta an. Das Verhältnis zwischen NATO und Rußland ist als dynamischer Prozeß zu sehen. Darauf läßt sich kurzfristig keine abschließende Antwort finden, schon gar nicht unter Druck - unter den wir uns, wie ich selbstkritisch anmerken möchte, ohne Not selbst gesetzt haben. Wir sollten also vermeiden, in diesem Punkt zu ambitiös zu sein. Wichtig ist nur, daß wir uns über die Richtung einig sind. Mit anderen Worten, die NATO-Erweiterung, die im kommenden Jahr wohl festgelegt wird, kann nur ein erster Schritt sein, der Veränderungen nach sich zieht, die sowohl die NATO als auch Rußland betreffen.

Abschließend will ich noch auf einen Punkt eingehen, den Sergej Baburin behandelt hat, nämlich die Frage der territorialen Integrität. Zweifellos stellt die territoriale Integrität, wie sie auch in den KSZE- und OSZE-Prinzipien festgeschrieben ist, einen der höchsten Werte für politische Stabilität dar. Dennoch ist zu fragen, ob dieser Wert absolute Priorität beanspruchen kann. Wenn ich etwa an Tschetschenien denke, dann frage ich mich, ob die Mittel, die Rußland dort angewandt hat, um die territoriale Integrität zu wahren, nicht unverhältnismäßig waren. Und wenn Sergej Baburin die Ostukraine mit der ehemaligen DDR vergleicht, die jetzt zur Bundesrepublik Deutschland gehört, heißt das dann, daß er der territorialen Integrität der Ukraine einen geringeren Stellenwert einräumt? Wie ist es etwa zu verstehen, wenn die russische Duma mit großer Mehrheit den Beschluß faßt, Sewastopol gehöre in jedem Fall zu Rußland? Damit wird die territoriale Integrität der Ukraine eminent berührt. Das muß dort zwangsläufig zu großen Besorgnissen führen. Ich meine, über diese Zusammenhänge ist eine selbstkritische Reflexion notwendig, wie das eigene Tun bei den Partnern perzipiert wird.

Karaganow

Einige prinzipielle Bemerkungen zu unserer Diskussion.

Mir scheint, daß wir Russen bereits einen strategischen Fehler gemacht haben, als wir vor einigen Jahren den Eindruck erweckten, die NATO-Erweiterung könnte für uns akzeptabel sein. Aber unsere westlichen Kollegen haben einen noch größeren Fehler gemacht. Statt eine neue Welt aufzubauen, sind sie den leichteren bürokratischen Weg gegangen und haben versucht, die alte Institution der neuen Welt anzupassen. Das war ein strategischer Fehler, und wir können nur hoffen, daß daraus kein neues Weimar entstehen wird. Das ist unsere geschichtliche Herausforderung. Worauf es jetzt vor allem ankommt, ist, keine neuen Fehler zu machen. In diesem Sinne möchte ich sowohl an unsere westlichen Nachbarn als auch an uns Russen selbst appellieren.

Ein solcher Fehler wäre insbesondere, eine zweite Erweiterung der NATO ins Auge zu fassen und etwa die Einbeziehung der baltischen Staaten ernstlich zu diskutieren. Dies könnte eine ernsthafte Krise in Europa nach sich ziehen und gewaltsame Widerstände schlimmster Art provozieren, was sowohl für die baltischen Staaten selbst als auch für Rußland, ja, für Gesamteuropa eine Tragödie wäre. Deshalb sollten die Russen den Verlockungen der NATO widerstehen, die uns jetzt vieles anbietet, was wir früher gefordert haben. Denn wir sollten uns nicht auf eine formelle Vereinbarung einlassen, die der NATO grünes Licht für nachfolgende Erweiterungspläne mit unabsehbaren Folgen gibt.

Auf der anderen Seite wäre es auch ein Fehler, nicht mit der NATO auf bestimmten Gebieten zusammenzuarbeiten. Dafür benötigen wir aber eine realistische Einschätzung der Lage sowohl bei uns als auch in Europa.

Die westliche Argumentation jedenfalls, die NATO-Erweiterung werde die Stabilität in Europa erhöhen und Krisen verhindern, klingt in meinen Ohren wie reiner Hohn. Derzeit ist in Europa nirgendwo - außer in Jugoslawien - die Stabilität gefährdet, und es ist auch keine militärische Krise in Sicht, die durch eine Erweiterung der NATO oder anderer Organisationen verhindert werden müßte. Insofern beschäftigen wir uns hier im Grunde mit einem Pseudoproblem.

Das weit größere Problem sehe ich in der Instabilität Rußlands selbst und seines unmittelbaren Umfeldes. Diese Situation wiederum kann zu einer überzogenen Reaktion unsererseits auf die NATO-Erweiterung führen, die sich verstärken wird. Auch in dieser Hinsicht ist die NATO-Erweiterung nicht eben hilfreich, ganz im Gegenteil.

Andererseits sollten sich auch die Russen vor Überreaktionen hüten, welche die NATO nur zu Schritten veranlassen würden, die gerade vermieden werden müssen. Insofern stimme ich Sergej Baburin weitgehend zu, außer in einem Punkt: Ich meine, wir brauchen keine zusätzlichen Rüstungen; mehr Militär würde uns nicht helfen. Im Grunde braucht man dies auch gar nicht; denn die NATO wird

uns ohnehin nicht angreifen können. Deshalb sollten wir gegenüber unserer Bevölkerung besser auf unsere Stärken hinweisen, etwa auf die Atomwaffen, um ihr das Gefühl der Bedrohung zu nehmen. Das ist also mehr eine psychologische als eine strategische Frage.

Vor allem aber sehe ich die Notwendigkeit, mit unseren überkommenen intellektuellen Befindlichkeiten zu brechen und aufzuhören, uns endlos über das Problem der Sicherheit in Europa Gedanken zu machen, wenn es ein solches Problem faktisch gar nicht gibt. Was Europa braucht, ist ein kollektives Sicherheitssystem, und wir wehren uns dagegen, daß dies ohne Rußland aufgebaut werden soll, wobei man sich durchaus fragen kann, warum wir überhaupt ein solches Sicherheitssystem brauchen, wenn uns niemand ernsthaft bedroht.

Gegen China wird ein kollektives Sicherheitssystem nicht funktionieren, und in Europa haben wir Gott sei Dank derzeit so gute Verhältnisse wie nie zuvor in der europäischen Geschichte. Und doch bauen wir an einem solchen Sicherheitssystem. Ich kann verstehen, warum sich mein Freund Ulrich Weisser damit beschäftigt; dafür wird er schließlich bezahlt. Aber uns zahlt niemand etwas dafür; warum sollten wir uns dabei engagieren? Auf keinen Fall unterstütze ich diejenigen bei uns, die ein kollektives Sicherheitssystem gegen die NATO bauen wollen; da bin ich eher auf der Seite von Ulrich Weisser. Wir müssen in der gegenwärtigen Situation keinen Angriff auf Rußland befürchten, wenn ich nur den atomaren Faktor berücksichtige, ohne die anderen politischen Faktoren, die wir in den letzten Jahren erarbeitet haben, in Rechnung zu stellen.

Ich hoffe also, daß wir für die Frage der NATO-Erweiterung eine befriedigende Antwort finden, insbesondere, was die zweite geplante Erweiterungswelle angeht. Es gibt weit ernstere Probleme, die wir bei unserer Fixierung auf die eine Frage nicht vernachlässigen dürfen.

Die gegenwärtige Diskussion erinnert mich an eine Debatte vor fast genau 20 Jahren, als es uns gelang - Igor Malaschenko war dabei;-, mit Karl Kaiser und Ulrich Weisser Freundschaft zu schließen. Damals kämpften die einen für, die anderen gegen die Stationierung von 572 Raketen. Wir wissen heute, daß es auch da um ein rein psychologisches Problem ging, obwohl wir mit höchst technischen Begriffen der militärischen Drohung operierten. Ich war regelrecht erschrocken, als ich mich vor kurzem nicht mehr daran erinnern konnte, wieviele Raketen man damals stationieren wollte - nach all den Büchern und Artikeln, die ich über die europäische Sicherheit geschrieben hatte. Ich hoffe, wir begehen heute nicht den gleichen Fehler mit der Diskussion über die NATO-Erweiterung.

Was wir seinerzeit übersehen hatten, war der rasche Liberalisierungsprozeß in der Sowjetunion, wobei die Konfrontation die Agonie nur verlängert hat und wir zig Milliarden Dollar für völlig unnötige Rüstungsvorhaben ausgegeben haben, die wir jetzt mit großem Mittelaufwand wieder zu reduzieren suchen.

Wohin wird Rußland gehen? Das ist die Frage, die mich wirklich beschäftigt. Was Rußland ist, weiß ich; für mich ist es das Land Iwans des Schrecklichen, Puschkins, Suworows, Stolypins. Ob es sich nun geographisch ausdehnt oder verkleinert, hat sein Wesen nicht verändert, und das wird auch bei künftigen geographischen Erweiterungen oder Verkleinerungen so bleiben. Das eigentliche Problem ist die nervöse Aufregtheit, in der wir uns befinden und die sowohl für uns als auch für Europa gefährlich ist, weil sie die Gefahr von unüberlegten Schritten in sich birgt.

Ein ernsthaftes reales Problem ist des weiteren unser zunehmender Rückstand in der weltweiten technologischen Entwicklung. Von bestimmten Seiten der Politik ist zu hören, wir sollten den technologischen Rückstand intellektuell kompensieren. Ich meine, das kann keine Lösung sein; vielmehr müssen wir versuchen, den Westen technologisch einzuholen. Deshalb brauchen wir die Einbeziehung Rußlands in die Weltmärkte und müssen verhindern, daß unser Land von den Märkten der neuesten Technologien weiter verdrängt wird.

Dort hatten wir bisher - außer im militärischen Bereich - kaum etwas zu bieten. Das gilt zum Teil sogar für die Rohstoffmärkte, die wir in den nächsten Jahren unbedingt brauchen, um einen Sprung nach vorn zu tun. Wenn wir dort ebenfalls zurückgedrängt werden, geraten wir in eine äußerst gefährliche Lage, weil wir dann von unseren Akkumulationsquellen abgeschnitten werden.

Insbesondere müssen wir in den Welttelekommunikationsmarkt hineinkommen, weil wir sonst völlig den Anschluß an die Menschheitsentwicklung verlieren. Das heißt, Rußland muß ein eigenes Telekommunikationssystem aufbauen, daß sich in das globale System integriert. Das gilt vor allem für die Aktivitäten im Weltraum. Dies sind für unser Überleben viel wichtigere Fragen als die ganze Diskussion um die NATO.

Des weiteren denke ich an die Erarbeitung einer gemeinsamen Energiestrategie, beispielsweise den Aufbau einer Industrie, die auf die Energieeinsparung konzentriert ist und die in Zukunft für Rußland

zu einer der größten Energiereserven werden muß, ein Gebiet, auf dem wir bisher so gut wie gar nichts tun. Das gilt gleichermaßen für unsere europäischen Nachbarn, die eigentlich daran interessiert sein sollten und vor vier Jahren eine Strategie zur Energieeinsparung in Rußland und den Staaten Osteuropas ausgearbeitet hatten, die auch in die europäische Energiecharta aufgenommen wurde.

Die gegenwärtige Stagnation der Wirtschaft in Rußland ist in der Tat ein ungeheures Problem; aber ich kann Herrn Sjuganow nicht zustimmen, wenn er sagt, bei uns sei der Ofen endgültig aus. Obwohl sich unsere Wirtschaftspolitik in einer Sackgasse befindet, gibt es Wachstumsquellen, denen wir zum Durchbruch verhelfen müssen. Dabei ist für mich die Alternative, die von links angeboten wird, nicht akzeptabel. Das ist keine Frage des ideologischen Standpunkts. Ich gehe einig mit der Vorstellung zielgerechter Stützung von Investitionen in bestimmten Wirtschaftszweigen. Aber Politiker des rechten und des linken Lagers müssen sich darüber klarwerden, welche Branchen man fördern will und welche man schließen muß. Das heißt für mich Wachstumspolitik und nicht das Geld mit der Gießkanne über sämtliche Branchen zu verteilen, was zu nichts führt. Ich weiß natürlich, wie schwer es für Politiker ist, gegenüber der Öffentlichkeit solche Entscheidungen zu vertreten.

Eine Ursache für die Stagnation hängt zweifellos mit der Wirtschaftskriminalität zusammen, obwohl dieses Phänomen stark übertrieben wird, besonders was die höchste Ebene von Staat und Wirtschaft angeht. Mitunter entsteht der Eindruck, die Existenz eines Mafia-Staates in Rußland werde bewußt propagiert. Aber trotz starker mafios-krimineller Elemente und von Korruption sind durchaus nicht alle Wachstumsquellen versiegt. In einigen anderen Staaten in unserer Nachbarschaft vermag die Mafia das ganze Land zu kontrollieren und alles Wachstum zu unterbinden. Soweit ist es bei uns glücklicherweise noch nicht. Aber ein ernstes Problem stellt dies ohne Frage dar, mit dem wir fertig werden müssen, und es ist wenig hilfreich, uns dabei nur gegenseitig zu beschuldigen.

Vielleicht können uns ausländische Freunde dabei unterstützen. Ich denke etwa an die Einrichtung von internationalen Kommissionen, die feststellen könnten, wo die Kriminalität unsere Zusammenarbeit besonders behindert und wo nicht. Denn in dieser Hinsicht gibt es mehr Mythen als Realitäten, und man nimmt in manchen Bereichen Kriminalität wahr, wo sie kaum vorhanden ist.

Die Stagnation und die Ausrichtung auf die alte Agenda, insbesondere in Sicherheitsfragen, stellen also für Rußland die größten Bedrohungen dar. Gerade letzteres führt uns in eine Sackgasse - ich sage das als jemand, der sich in dieser Hinsicht jahrzehntelang engagiert hat. Früher konnten wir unsere wirtschaftliche Schwäche durch militärische Stärke kompensieren. Wir waren, wie Helmut Schmidt einmal mit einiger Übertreibung gesagt hat, "ein Obervolta mit Raketen". Jetzt sind wir in der Gefahr, zu einem "Obervolta ohne Raketen" zu werden. Hier sehe ich die größte Gefahr im Bereich der Sicherheit, und diesen Themen sollten wir uns zuwenden, statt weiter die unfruchtbare Diskussion über die europäische Sicherheit zu führen, die uns vom Westen aufgezwungen wird. Dazu kann ich uns alle nur ermuntern.

Als Karl Kaiser, Graham Allison und ich die neue Agenda vorschlugen - die Ironie war, daß sie so neu nicht war;- , war uns klar, daß man uns vorwerfen würde, wir seien Romantiker. Ich denke aber, diejenigen, die an der alten Agenda festhalten und diese für realistisch halten, die neue Agenda aber als romantisch ablehnen, sind in sehr viel höherem Maße intellektuelle Abenteurer, obwohl ich viele von ihnen ebenfalls zu meinen Freunden zähle.

Ein geopolitisches Problem aus der alten Tagesordnung, das wir noch nicht behandelt haben, ist allerdings für Rußland von außerordentlich großem, geradezu vitalem Interesse. Das ist unsere Verbindung zu Weißrußland in einem möglichst engen Staatenverbund. Wir sind uns über die Situation dieses Landes und den Charakter seines Regimes durchaus im klaren. Aber ich kann Ihnen versichern, daß wir alles dafür tun werden - finanziell wie politisch;- , daß Weißrußland mit uns verbunden wird. Das wird uns auch wesentlich über den Komplex, eine geteilte Nation zu sein, hinweghelfen. Ich würde sogar so weit gehen zu sagen, daß dies auch das Problem der NATO-Erweiterung psychologisch erleichtern und dem Warenverkehr mit dem Westen bessere Möglichkeiten eröffnen würde. Diese Frage ist für Rußland so wichtig, daß wir uns darin einig sein sollten; sonst sehe ich die Gefahr einer ernsthaften Konfrontation. Als vernünftige Menschen, die wir alle ja sein wollen, müßten wir uns auch entsprechend verhalten können.

Gubarew

Der Untertitel unseres Tagungsthemas lautet: "Der Westen auf der Suche nach einem Partner." Man kann viel darüber diskutieren, wer den "kalten Krieg" gewonnen hat oder ob er überhaupt beendet ist. Tatsache ist, daß Rußland nach 1991 vor allem im Westen immer noch als die Sowjetunion von vor 1991 wahrgenommen wird. Das klang verdeckt in vielen Beiträgen hier an, besonders deutlich bei Herrn Adam.

Die Sowjetunion war zweifellos eine einmalige historische Erscheinung, die man sehr unterschiedlich beurteilen kann. Die Russische Föderation war zur Zeit der Sowjetunion das größte Land im sowjetischen Staatenverbund; dennoch ist es eine Tatsache, daß nicht Rußland allein seinerzeit die Panzer nach Budapest und Prag geschickt hat, sondern daß daran genauso die anderen Republiken beteiligt waren, auch die jetzt vom Westen so heißgeliebten baltischen Staaten. Und man sollte auch nicht vergessen, daß es vor allem der russischen Führung zu verdanken ist, wenn die Welt inzwischen durch 14 neue souveräne Staaten bereichert wurde.

Mein Eindruck ist jedenfalls, daß Rußland heute gezwungen wird, für die ehemalige Sowjetunion moralisch einzustehen. So jedenfalls nehme ich das Problem der NATO-Erweiterung wahr.

Natürlich verstehe ich, daß 2500 NATO-Beamte in Brüssel weiterhin ihre Gehälter beziehen wollen. Dies ist ein zusätzlicher bürokratischer Antrieb für die NATO-Erweiterung. Der Fehler liegt leider jedoch darin, daß Politiker, Diplomaten und Wissenschaftler im Grunde genau verstehen, worum es geht - das zeigt sich auch in dieser Diskussion. Aber mir fällt es beispielsweise schwer, meinem Vater, der dreieinhalb Jahre an der Front verbracht hat, zu erklären, daß sein Leben bedeutend sicherer wird, wenn die Kanonen, Raketen und Panzer der NATO 1500 Kilometer näher an Moskau heranrücken, als das jetzt der Fall ist.

Auf der anderen Seite wird dies in NATO-Ländern entsprechend wahrgenommen. Das heißt, die Menschen bei Ihnen werden glauben, daß sich die NATO nicht ohne Grund den Grenzen Rußlands nähert - eben weil Rußland nach wie vor der Feind ist. Schon der Begriff "Verteidigung" impliziert das Vorhandensein eines gemeinsamen Feindes, während die Schaffung eines Sicherheitssystems in erster Linie auf Zusammenarbeit abstellt. Meine ernste Sorge ist, daß die Westeuropäer sehr viel mehr auf den gemeinsamen Feind sehen. Ich fürchte, wenn wir eines Tages zurückschauen, wird sich herausstellen, daß wir den Kreuzungspunkt längst passiert haben.

Hornhues

Mein Eindruck von der bisherigen Debatte läßt sich in einem Satz so zusammenfassen: Wir alle sind uns darin einig, daß wir das gemeinsame Ziel, nämlich Frieden, Freiheit und Sicherheit zu schaffen, nicht mehr gegeneinander, sondern miteinander erreichen wollen. Dieser Grundsatz, der die Politik innerhalb der Europäischen Union von Beginn an geprägt hat, ist offenkundig jetzt auch das Leitmotiv für die künftigen Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen - dem scheinen alle politischen Gruppierungen in Rußland, soweit sie hier vertreten sind, zuzustimmen. Diese Maxime liegt auch der damaligen KSZE-Charta von Paris zugrunde, und in dem Punkt sprechen wir alle die gleiche Sprache.

Deshalb kann ich auch nicht ganz nachvollziehen, wenn hier immer wieder aufrundlegende Probleme, die uns angeblich trennen, abgestellt wird. Ich darf nur an die verschiedenen Stadien des OSZE-Prozesses erinnern, die sich in der Vergangenheit bewährt haben. Herr Höynck, der vormalige Generalsekretär der OSZE, wird dies sicher bestätigen. Hier sind Dinge gemeinsam geleistet worden, die zuvor völlig undenkbar schienen. Ich meine, das sollten wir positiv vermerken. Wir sind in mancher Hinsicht in der politischen Praxis schon viel weiter, als es hier mitunter anklang.

Das gilt auch für die zeitraubenden Diskussionen über das Thema NATO-Erweiterung. Sowohl Bundeskanzler Schmidt und Herr Weisser als auch Herr Reiter haben zu Recht daraufhingewiesen, daß es nicht isoliert darum gehen kann, Polen und andere Länder des ehemaligen Ostblocks in die NATO aufzunehmen, sondern daß dies in einen Prozeß eingebettet sein muß, der gleichzeitig das Verhältnis zu Rußland neu bestimmt. Dazu wurde bereits eine Fülle von Sondierungsgesprächen geführt, wie das inhaltlich aussehen könnte. Ob das dann in Form einer Charta oder eines Sicherheitspaktes zwischen Rußland und der NATO geschieht, dürfte eher zweitrangig sein. Wichtig ist, daß eine verbindliche vertragliche Struktur gefunden wird und man nicht bei allgemeinen Absichtserklärungen stehenbleibt.

Das heißt, die alten Vorstellungen von NATO und auch EU sind längst nicht mehr zutreffend, sondern diese Institutionen haben sich in ihrem Charakter bereits wesentlich verändert.

In dem Zusammenhang muß natürlich auch Rußland deutlicher machen, was es denn eigentlich will. Wenn ich die Signale aus Moskau in letzter Zeit richtig interpretiere, dann geht es Rußland beispielsweise beim Weltwirtschaftsgipfel nicht um sieben plus eins, sondern um acht. Das heißt, man möchte in die bestehenden Organisationen voll integriert sein. Wie dies zu bewerkstelligen ist, darüber müssen wir uns intensiv Gedanken machen.

Auf die NATO-Erweiterung bezogen, bedeutet dies: Rußland will sichergestellt wissen, daß für dieses Land keine neuen Sicherheitsrisiken entstehen, sondern es will in diesen Prozeß weitgehend mit einbezogen werden. Als wir darüber vor einigen Wochen mit dem auswärtigen Ausschuß der

Staatsduma diskutierten, hieß es: Was wir anstreben, ist ein politischer Status ähnlich dem, wie er Frankreich lange Zeit gegenüber der NATO eingeräumt wurde. Mich würde interessieren, inwieweit solche Überlegungen auch in diesem Kreis konsensfähig wären.

Konferenzen wie diese, die Fülle von Kontakten zwischen den Parlamenten auf den verschiedensten Ebenen, aber auch im Bereich der Wirtschaft, haben in der politischen Realität bereits erheblich zum Abbau bestehender Vorbehalte beigetragen. In diesem Zusammenhang gehört auch der Vorschlag von General Lebed im Hinblick auf eine Rüstungskoooperation zwischen Rußland und der NATO. Das wäre in der Tat eine außerordentlich wichtige vertrauensbildende Maßnahme, wenn es gelänge, auf einem so sensiblen Feld zusammenzuarbeiten. Ich halte dies auch durchaus für realisierbar und meine, darüber müßte ernsthaft gesprochen werden.

Rahr

Hier ist verschiedentlich gefordert worden, die bevorstehende NATO-Erweiterung durch parallele Initiativen zu flankieren. Polen, Tschechien, Ungarn in die NATO aufzunehmen, das ist die erklärte Absicht des wiedergewählten amerikanischen Präsidenten, also mit der amerikanischen Politik eng verknüpft. Damit hat sich die russische Führung anscheinend abgefunden. Hier sehe ich auch nicht das eigentliche Problem für die Zukunft, sondern dies liegt vielmehr in der möglichen zweiten Stufe der Erweiterung, wenn es um Rumänien, Bulgarien und die Slowakei, vor allem aber um ehemalige Sowjetrepubliken, wie die baltischen Staaten, insbesondere jedoch um die Ukraine geht. Die Signale sind doch unüberhörbar, daß die Ukraine ihre Mitgliedschaft in der NATO anmeldet. Alle diese Länder erwarten vom Westen dafür eine zeitliche Perspektive, wann sie mit diesem Schritt rechnen können.

Gegen eine solche Ausdehnung, die die NATO direkt an die Staatsgrenzen Rußlands heranzuführt, wird sich Rußland noch entschiedener zur Wehr setzen als bisher. Aber der Westen muß die Sicherheitsansprüche der Balten, Rumänen, Bulgaren und Ukrainer genauso ernst nehmen wie die der Polen und Tschechen. Schließlich handelt es sich bei all den genannten Ländern um souveräne Staaten, die das Recht haben, einem Militärbündnis ihrer Wahl beizutreten.

Auf der anderen Seite ist auf westlicher Seite durchaus das Bewußtsein vorhanden - das zeigt sich auch auf dieser Konferenz;- daß Rußland unter keinen Umständen aus der europäischen Sicherheitsarchitektur herausgedrängt werden darf. Ein möglicher Ausweg aus diesem Dilemma, vor dem der Westen steht, könnte in einem zehnjährigen Moratorium auf die zweite NATO-Osterweiterungsphase bestehen. Ich weiß, daß einige russische Politiker sich mit solchen Überlegungen beschäftigen. In dieser Zeit könnten Verhandlungen über einen späteren Beitritt aller Interessenten geführt werden, an denen dann auch Moskau beteiligt wird. Ich meine aber, die Verhandlungen müßten mit allen Ländern, die es wollen, geführt werden. Ich füge hinzu, daß sich immer mehr hochrangige russische Politiker, wie zum Beispiel der Nachfolger von General Lebed, Iwan Rybkin, positiv zur Frage einer russischen NATO-Mitgliedschaft äußern, freilich in ferner Zukunft.

Im Juli 1996 hat ein gravierender Machtwechsel in Rußland stattgefunden. Die alte Swerdlowsk-Gruppe, die Jelzin jahrzehntelang politisch begleitet hat, ist ersetzt worden durch eine Finanzelite, die heute in Rußland praktisch unumschränkt regiert. Wie deren Sicherheitsvorstellungen aussehen, dürfte für uns von großem Interesse sein. Inwieweit unterscheiden sie sich von ihren Vorgängern, Korschakow und anderen, und wie wollen sie die Macht und die Demokratie in Rußland zukünftig sichern? Sollte man sich über ein zehnjähriges Moratorium tatsächlich einigen können, dann ist auch klar, daß - sagen wir im Jahre 2006 - eine ganz andere Politikergeneration in allen europäischen Ländern an der Macht sein wird, die die heutigen Sicherheitsprobleme vielleicht ganz anders sehen.

Unabhängig von solchen Verhandlungen um die langfristige NATO-Erweiterung könnte der Westen auch das NATO-Partnerschaftsprogramm für den Frieden zu einer festen Institution werden lassen und zu einer "partnership for peace II" ausbauen, um den künftigen Beitrittskandidaten durch eine intensive militärische und militärtechnische Kooperation die spätere Zugehörigkeit zur NATO zu erleichtern, verbunden mit bestimmten Sicherheitsgarantien, die schon im jetzigen "partnership for peace program" enthalten sind. So könnten beispielsweise der russischen und der ukrainischen Rüstungsindustrie, die ja in diesen Ländern eine erhebliche gesamtwirtschaftliche Bedeutung haben, im Rahmen eines "partnership for peace II program" gewisse Nischen im internationalen Rüstungsgeschäft vorbehalten werden.

Rußland, vielleicht auch die Ukraine, könnten außerdem in eine ständige multinationale europäische Friedenstruppe ähnlich der IFOR eingebunden werden. Hierüber muß in der NATO ernsthaft nachgedacht werden, damit verhindert wird, daß die russische und die ukrainische Armee aus dem europäischen Sicherheitskonzept ausgeblendet werden und abdriften. Der Ausbau der Bosnien-Kontaktgruppe zu einem ständigen OSZE-Sicherheitsrat ist im Gespräch. Neben der Unterzeichnung

einer Charta zwischen Rußland und der NATO sollte ein Verzicht über die Aufstellung von Atomwaffen in Mitteleuropa förmlich beschlossen werden. Ein weiteres wäre die formale Aufnahme Rußlands in die G 7. Alle diese Schritte könnten dazu beitragen, russische Sicherheitsbedenken auszuräumen und Moskau näher an die NATO heranbringen.

Kaminskij

Ich vertrete hier als einziger die Ukraine. Wenn heute überall nur noch von Rußland, Europa, der Ukraine und Weißrußland gesprochen wird, dann meine ich, gehen wir allzu kühn vor; das gilt besonders für Rußland, die Ukraine und Weißrußland, für die sogenannten postsowjetischen Staaten. Niemand ist im Grunde berechtigt - auch die Präsidenten unserer Länder nicht;- im Namen der ganzen Bevölkerung zu sprechen; denn in den postsowjetischen Staaten sind die Strukturen des alten Systems noch in vieler Hinsicht intakt. In einigen dieser neuen Staaten gibt es noch nicht einmal eine genaue Vorstellung davon, in welchem System wir jetzt eigentlich leben.

Nach dem, was ich hier gehört habe, scheint mir das größte Problem zu sein, was unter "Integration" verstanden wird. Ich muß beispielsweise entschieden widersprechen - nicht nur den russischen Teilnehmern, sondern auch denen aus anderen Ländern;- wenn in bezug auf den postsowjetischen Raum von "Reintegration" die Rede ist. Dieser Begriff unterstellt einen Tatbestand, der nicht mehr gegeben ist, so als wolle man ein zweites Mal in den gleichen Fluß steigen.

Nun konzentriert sich diese Debatte offenbar im wesentlichen darauf, wie die Erweiterung von NATO oder Europäischer Union zu bewerten ist. Auch da sehe ich eine Verwirrung der Begriffe. Wenn von Integration die Rede ist, dann bedeutet das im traditionellen Verständnis einen Prozeß, der gegen irgend jemanden gerichtet ist. Das scheint auch beim Thema NATO-Erweiterung der Fall zu sein, und zwar auf allen Seiten. Immer klingt dasselbe Stereotyp durch: Integration richtet sich gegen irgend jemanden oder irgend etwas. Entsprechend urteilt man über die Wiederherstellung eines einheitlichen militärischen

Raumes auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, hinter der man bestimmte politische Kräfte vermutet und die folglich ebenfalls eine Integration gegen ist.

Worum es uns hier gehen sollte - und das könnte ein besonderer Beitrag dieses Kreises sein;- ist herauszufinden, wie man sich in der heutigen Welt nicht nach dem Prinzip "gegen" sondern "für" etwas integrieren kann. Das kann aber nur dann gelingen - und das gilt besonders für die ukrainisch-russischen Beziehungen;- wenn Politiker und Völker endlich anfangen, gemeinsam in eine Richtung zu blicken. Das anzunehmen, ist heute weitgehend eine Illusion; denn sowohl in der Ukraine als auch in Rußland gehen die Ansichten der Politiker und der Völker weit auseinander. Die Schwierigkeiten in den ukrainisch-russischen Beziehungen sind meiner Meinung nach besonders darauf zurückzuführen, daß die Politiker die Probleme allein lösen wollen, während die Völker an diesem Prozeß so gut wie nicht beteiligt sind.

Andererseits sollte man sich auf russischer Seite keine Illusionen darüber machen - wie dies hier geäußert wurde;- daß einige Regionen, insbesondere der Ostukraine, die Absicht haben, Teil Rußlands zu werden. Je mehr die politische Führung in Rußland in diese Richtung denkt, um so geringer wird in der Ukraine der Wunsch nach einer Integration mit Rußland sein. Das genau ist der Punkt. Von einer antirussischen Stimmung in der Ukraine kann jedenfalls keine Rede sein, auch nicht in der Westukraine. Und wer behauptet, in der Ukraine gebe es einen weitverbreiteten Nationalismus, täuscht sich ebenfalls erheblich. Ganz im Gegenteil, das Hauptproblem in meinem Land ist gerade der außerordentlich geringe Patriotismus, insbesondere bei den politischen Eliten.

In der Ukraine bildet sich erst ansatzweise etwas, was man einen normalen Patriotismus nennen könnte, der aber wichtig für unser Land ist. Wenn von russischer Seite versucht wird, die Frage der europäischen Sicherheit zu benutzen, um auf die Ukraine Druck auszuüben, kann das den genau gegenteiligen Effekt haben, nämlich den ukrainischen Nationalismus hervorrufen, den es bisher so nicht gibt. Der ukrainische Nationalismus könnte also als Reaktion auf den Druck von außen entstehen.

Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang folgende Feststellung: Was die ukrainisch-russischen Beziehungen angeht, so ist die Einstellung der Bevölkerung in der Ukraine nicht zuletzt auf fehlende Informationen zurückzuführen - was übrigens für die russische Seite gleichermaßen gilt: Weder sind heute russische Kommentatoren in den ukrainischen Massenmedien noch ukrainische Publizisten in den russischen Massenmedien präsent - wobei erstere insofern im Vorteil sind, als man russische Zeitungen praktisch an jedem Zeitungskiosk überall in der Ukraine kaufen kann, ukrainische Zeitungen dagegen in Rußland so gut wie nicht erhältlich sind.

Hinzu kommt ein Aspekt, den unsere russischen Kollegen verstehen sollten und der mit unserer geschichtlichen Erfahrung zusammenhängt: Wann immer die Ukraine sich mit Rußland verbündete, büßte sie ihre Unabhängigkeit ein. Es wird einige Zeit dauern, dieses Stereotyp zu überwinden, so sehr wir uns darum auch bemühen. Zumal viele Ukrainer durchaus Gründe für ihre Überzeugung finden, daß eine neuerliche Integration mit Rußland wiederum den Verlust der Unabhängigkeit zur Folge haben wird. Die Vielzahl von Erklärungen und Beschlüssen aus der letzten Zeit trägt jedenfalls nicht zur Verbesserung der ukrainisch-russischen Beziehungen bei.

Meinungsumfragen zeigen, daß sich sehr viele Menschen bei uns gut daran erinnern: Wenn die Ukraine Sicherheitsgarantien bei Rußland suchte, fand sie sich in einem Lager gegen irgend jemanden wieder. Auch diese Vorstellung wird durch die Integrationsversuche nicht eben verringert. Als die Ukraine Teil des russischen Imperiums und dann der Sowjetunion war, wurde sie häufig von russischer oder sowjetischer Seite als Spielball gegenüber dem Westen benutzt. Das lehnt das ukrainische Volk heute entschieden ab. Wir wollen weder Spielball noch Puffer sein. Ob wir allerdings eine Brückenfunktion ausüben können - was an sich sehr wünschenswert wäre;- , wage ich in der heutigen Situation zu bezweifeln. Wenn die Ukraine Sicherheitsgarantien für den Nordosten ihres Territoriums mit Rußland suchte, um Konflikte zu vermeiden, war häufig das Gegenteil die Folge: Wir wurden in die Konflikte hineingezogen oder sogar zum Objekt der Konflikte.

Ich bin der Ansicht, die ukrainisch-russischen Beziehungen, die möglicherweise eine Schlüsselrolle für die europäische Sicherheit spielen, können, wenn beide Seiten guten Willens sind, den Interessen unserer beiden Völker dienen. Dafür wird es aber nötig sein, daß Rußland sich nicht länger als der große Bruder versteht und die Ukraine ihren Komplex der Selbstunterschätzung verliert, der die eigenen Kräfte verunsichert mit der Folge, daß man im Ausland nach einem Ausweg sucht - ein Tatbestand übrigens, der genauso auf die russische Situation zutrifft. Nach allem, was ich gehört und gelesen habe, scheint mir das Hauptproblem für Rußland und auch für die Ukraine darin zu bestehen, daß wir uns Illusionen über Hilfe von außen hingeben, statt uns auf unsere eigenen Kräfte zu besinnen. Es wäre vermutlich auch leichter, Hilfe von außen zu bekommen und anzunehmen, wenn wir vom Ausland mehr respektiert würden.

Hier war in bezug auf China, die Vereinigten Staaten und Rußland verschiedentlich von "Supermächten" die Rede. Sie werden sich erinnern, daß "Systemkampf;- , werden sich künftige Konflikte kaum vermeiden lassen, so wie das auch bei einer "Integration gegen" der Fall ist.

Lassen Sie mich ein Letztes sagen: Ich gehöre zu denen, die auf die Frage der NATO-Erweiterung eher gelassen reagieren. Ich meine, es gibt wichtigere Dinge als Erweiterung oder Nichterweiterung der NATO. Wichtiger ist für mich beispielsweise, wie denn der Begriff der Erweiterung verstanden wird. Wenn es darum geht - und das war die ursprüngliche Version des deutschen Außenministers und dann auch des amerikanischen Präsidenten;- , den Kreis der Staaten zu erweitern, die auf Marktwirtschaft und einem demokratischen Gesellschaftssystem basieren, dann hätten wir weit weniger Probleme damit. Daß heute der Begriff Erweiterung nahezu ausschließlich auf die Ausdehnung des militärpolitischen Blocks, also der NATO, eingeengt wird, das ist - da gebe ich den russischen Kollegen recht - weitgehend die Schuld des Westens. Wenn wir dies in einem breiteren Kontext sehen würden, wäre es sicher leichter, sich darüber zu verständigen.

Aber im Grunde bin ich Optimist und meine, die teilweise alarmierenden Töne, die auch hier zu hören waren, könnten überwunden werden, wenn wir uns häufiger treffen und auch mit dazu beitragen, daß sich die Politiker mehr an den Wünschen und Bedürfnissen ihrer Völker orientieren. Wenn das nicht geschieht, könnte die Bedrohung, über die wir hier sprechen, allerdings durchaus real sein.

Ellemann-Jensen

Vielleicht ist es für Sie interessant zu hören, wie sich die Welt aus dem Blickwinkel eines kleinen Landes, nämlich Dänemark, ausnimmt, das für niemanden eine Bedrohung darstellt - es sei denn im Fußball, wie die Deutschen wissen. Ich lebe übrigens gern in einem kleinen Land; denn es bedeutet, daß man etwas schlauer sein muß als Leute, die aus großen Ländern kommen. Um friedlich und sicher in einem kleinen Land zu leben, brauchen wir so etwas wie die NATO. Die Erweiterung der NATO ist also kein Trick der großen Länder. Manche von ihnen mögen sie nicht einmal besonders, aber sie müssen mitspielen. Die NATO-Erweiterung hat vielmehr mit den Bedürfnissen der kleinen Länder in Europa zu tun.

Es hat mich doch sehr überrascht, daß hier so viel über Gewinner und Verlierer des kalten Krieges geredet wurde. Das scheint mir völlig abwegig. Sicher, ein altes System ist verschwunden, aber nicht, weil irgend jemand den kalten Krieg gewonnen hat, sondern weil die Bevölkerungen in Rußland und in einer Reihe anderer Länder das kommunistische System nicht länger wollten. So gesehen sind wir

alle Gewinner des kalten Krieges. Wenn wir uns diese Perspektive zu eigen machen, können wir vielleicht von einigen Klischees wegkommen, die unserer Debatte noch anhängen.

Wir alle wissen, was die NATO ist. Von ihren Voraussetzungen her ist und kann die NATO keine aggressive Einrichtung sein. Sie ist eine reine Verteidigungsorganisation, und die russische politische Führung sollte das ihren Mitbürgern klarmachen. Wenn sie nicht bald anfangen, ihnen die Wahrheit über die NATO zu sagen, wird eines Tages wieder sehr viel Rhetorik nötig sein, die eigentlich hinter uns liegen sollte. Denn die NATO wird sich erweitern.

Da ich aus einem kleinen Land komme, kann ich mir nicht gestatten zu sagen, daß es gegenwärtig in Europa keine Bedrohungen gibt. Ich kann es mir nicht leisten zu vergessen, was vor 50 oder 60 Jahren geschehen ist. Wir aus den kleinen Ländern wissen: Wenn es nicht so etwas wie die NATO geben würde, könnten manche der "big boys" versucht sein, sich so zu benehmen, als ob wir keine Existenzberechtigung hätten. Mitunter wäre es sicher viel einfacher für die "big boys" im Osten wie im Westen, uns aus dem Spiel zu lassen. Deshalb brauchen wir die NATO, und wir fühlen uns in gewisser Weise bedroht, wenn wir hören, wie die NATO so falsch dargestellt wird. Wir fühlen uns auch bedroht, wenn wir vernehmen, wie einige der Regeln interpretiert werden, die wir doch alle einhalten sollten.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen. Als Tschetschenien angegriffen wurde, hat das natürlich viel Spannung und Nervosität in den kleinen Ländern in ganz Europa ausgelöst. Doch was mich wirklich erschreckt hat, waren einige Reaktionen der großen westlichen Staaten, die sich in dem Sinne äußerten: "Das ist zwar schlimm, aber letztlich handelt es sich um eine interne Angelegenheit Rußlands." Eine interne Angelegenheit? Gemäß dem Helsinki-Abkommen von 1992, das auch vom Präsidenten Rußlands unterzeichnet wurde, gibt es so etwas wie "innere Angelegenheiten" nicht, wenn es um Menschenrechtsfragen, Minoritäten und ähnliche Dinge geht. Wenn also große Länder anfangen, über "innere Angelegenheiten" zu reden, werden wir, die wir in einem kleinen Land leben, hellwach.

Uns erschreckt auch die Art von Rhetorik, die im Zusammenhang mit den baltischen Ländern benutzt wird. Herr Baburin weiß sicher, daß es eine unangemessene Übertreibung ist, Estland und Lettland als "Apartheid-Staaten" zu bezeichnen. Wenn man in einem kleinen Land lebt und in bezug auf ein großes Land übertreibt, können alle damit leben. Doch im umgekehrten Falle löst das Ängste aus. Aus diesem Grund hoffen wir Kleineren, daß die NATO um die neuen Demokratien erweitert wird.

Aus meiner Sicht sollten die Länder, die unseren Grenzen am nächsten liegen, als erste in die NATO aufgenommen werden. Dies liegt in unserem eigenen Interesse; denn die NATO-Mitgliedschaft ist ein Geschäft auf Gegenseitigkeit. Wenn man zur NATO gehört, muß man sich auch an ihre Regeln halten. Wenn Sie also meinen, daß die Esten und Letten mit ihren russischen Minderheiten nicht korrekt umgehen, sollten Sie dafür plädieren, daß diese Länder so bald wie möglich der NATO beitreten und damit gezwungen sind, den Regeln zu folgen.

Ich komme aus einem Land, das von Anfang an Mitglied der NATO ist. Schauen Sie auf die Landkarte. Wären wir dort all die Jahre geblieben, wenn wir nicht der NATO angehört hätten? Ich zweifle daran. Deshalb ist die NATO für uns so wichtig. Ich hoffe, Sie können das begreifen und die NATO als das sehen, was sie tatsächlich ist, und damit aufhören, sie in einer Weise darzustellen, die nicht den Tatsachen entspricht. Gleichzeitig könnten Sie versuchen, darin auch Vorteile für sich selbst zu erkennen, was den Schutz der Interessen der großen russischen Minderheit angeht, die heute außerhalb Rußlands lebt.

Rogosin

Mein Tätigkeitsfeld hat ganz wesentlich mit dem Schutz von nationalen Minderheiten zu tun. Gerade beim Thema der NATO-Erweiterung entstehen in dieser Hinsicht viele Befürchtungen, wenn es etwa heißt, daß die baltischen Staaten bei der NATO-Erweiterung vorrangig bedacht werden müssen. Wir erleben jedenfalls in der Praxis immer häufiger, daß eine Politik der Doppelmoral betrieben wird, wenn es um die Menschenrechte geht.

Sowohl nach Kriterien des internationalen Rechts als auch auf der Grundlage unserer eigenen Verfassung hat Rußland das Recht und die Pflicht, den Schutz seiner Landsleute, die im "nahen Ausland" leben, zu gewährleisten. Dabei sehen wir uns mit Vorwürfen seitens des Westens konfrontiert, wir würden eine neoimperiale Politik betreiben, was die russische Politik - verbunden mit einem gewissen Schuldkomplex aufgrund der Taten der Vergangenheit - so inaktiv und ideenlos macht. Das ermuntert viele ethnokratische und chauvinistische Regime geradezu, und es mutet doch

merkwürdig an, wie gelassen der demokratische Westen selbst auf größte Menschenrechtsverletzungen in diesen Ländern reagiert.

Estland und Lettland haben bereits vielfältige Möglichkeiten, sich der westlichen Demokratie anzuschließen. Ich denke nur daran, daß sie inzwischen Mitglieder des Europarates sind. Die NATO dagegen dürfte nun gerade nicht geeignet sein, die Menschenrechte zu sichern. Das geschieht nicht durch Waffen, sondern durch die Einhaltung demokratischer Prinzipien. Ich meine also, der Westen hätte genügend Zeit, die Situation im Baltikum zu verbessern, die nicht nur uns, sondern auch Sie besorgt macht. Der Beitritt dieser Länder zur NATO wird wohl kaum dazu führen, daß der Westen den "Bürschchen", die sich unanständig verhalten, auf demokratischere Weise den Hintern versohlt. Im Gegenteil, das, was dann geschieht, wird auf Rußland wie eine Protektion antirussischer Regime wirken und in unserem Land analog die nationalistischen Kräfte stärken. Im Ergebnis dürfte das zur Destabilisierung unseres Regierungssystems beitragen.

Wenn hier immer wieder die militärische Gefahr beschworen wird, die angeblich von Rußland ausgeht, so halte ich dies für ein Phantom. Die eigentliche Gefahr sehe ich vielmehr darin, daß Rußland mehr und mehr seine russische Immunität verliert und Viren an die Oberfläche kommen, die in einem funktionsfähigen staatlichen Organismus gemeinhin unterdrückt werden. Ich denke an die Korruption, fehlenden Schutz von Menschenrechten, mangelnde staatliche Steuerung und Kontrolle bis hin zu chaotischen Zuständen, alles Dinge, mit denen auch unsere westlichen Partner täglich bei uns konfrontiert sind.

Ich halte es aber für relativ sinnlos, ernsthaft über nationale oder staatliche Fragen zu reden in einem Land, in dem sich große Teile der Bevölkerung von Mischfutter ernähren und die Zahl der Flüchtlinge und Zwangsumsiedler inzwischen auf nahezu sieben Millionen Menschen angewachsen ist.

Die ersten Umsiedlerströme wurden durch die wirtschaftlichen Probleme im Norden unseres Landes ausgelöst. Das war innere Migration. Sie wissen sicher, daß siebzig Prozent des Territoriums der Russischen Föderation in der Zone ewigen Eises liegen. Die Großbetriebe, die wir im Norden hatten, befinden sich in Auflösung, und die hochqualifizierten Arbeitskräfte und das ingenieurtechnische Personal versuchen, in südlicheren Regionen Rußlands Wohnort und Arbeit zu finden.

Die zweite Immigrationswelle besteht aus ehemaligen Armeemitgliedern. Die Armee wird reduziert, viele Einheiten werden aufgelöst, und ein beträchtlicher Teil junger Berufssoldaten, die im Grunde nichts anderes gelernt haben als das Kriegshandwerk, sind heute gezwungenermaßen Übersiedler und häufig auch Flüchtlinge.

Was die Flüchtlinge und Umsiedler angeht, die in den letzten Jahren aus den ehemaligen sowjetischen Republiken in die Russische Föderation gekommen sind - übrigens gerade aus dem sehr demokratischen Baltikum, das Sie jetzt in die NATO aufnehmen wollen;- , so will ich hier nicht über die politischen Verdrängungsmethoden sprechen, die einer Deportation völlig unschuldiger Menschen gleichkamen, welche in diesen Ländern meist seit Generationen ihre Heimat hatten. Die Behauptung, die Russen seien erst in der sowjetischen Zeit ins Baltikum gekommen, ist nachweislich falsch. Das läßt sich an der Geschichte der baltischen Slawen leicht belegen. So wurde zum Beispiel die Stadt Tartu in Estland im Jahre 1025 vom russischen Großfürsten Jaroslaw dem Weisen gegründet. Hier gehören die Russen also zu den Ureinwohnern in einem Gebiet, das jetzt ein neuer, souveräner Staat geworden ist.

Was kann geschehen, wenn die Politik weiterhin untätig bleibt? Die Wahrscheinlichkeit, daß sich die Dinge positiv entwickeln - wir alle wünschen uns Frieden und Eintracht;- , ist äußerst gering. Wenn Rußland seine innere Stabilität nicht wiedergewinnt und die bürgerkriegsähnlichen Zustände nicht beendet werden, dürfte es wenig Sinn machen, weiter über Integration und gute Beziehungen zum Westen nachzudenken. Doch lassen Sie uns die möglichen fatalen Folgen einer solchen Entwicklung ins Auge fassen.

Die Flüchtlinge leben heute in Rußland unter den absolut schwierigsten Lebensbedingungen. Viele Menschen haben eine Zuflucht in Kellern alter Häuser gefunden. Es fehlt ihnen an Nahrung und Kleidung, und sie denken mit Schrecken an den kommenden Winter. Das sind nicht einige Hunderttausende, sondern Millionen von Menschen, und der Staat tut so, als ob es das Problem gar nicht gebe.

Nicht nur im Baltikum, sondern auch in Kasachstan ist die Lage der russischen Menschen schwierig. Der Westen aber setzt die rosarote Brille auf und blickt voller Nachsicht auf diese ethnokratischen und sogar chauvinistischen Regime.

Zu befürchten ist, daß der Flüchtlingsstrom nach Rußland lawinenartig anschwellen und statt sechs bis sieben an die zehn bis zwölf Millionen Menschen umfassen wird, wie von Fachleuten geschätzt wird. Das verschärft die Destabilisierung des Staates und provoziert mögliche politische und diplomatische Gegenmaßnahmen des russischen Präsidenten und der Regierung. Daraufhin wird die andere Seite Rußland einer neoimperialistischen Politik beschuldigen, die versuche, wie zu sowjetischen Zeiten, auf Expansion zu setzen. Die nächste Etappe ist dann die Einmischung dritter Länder. Das heißt, die Lage eskaliert, und innere Konfrontationen können schnell zu einer Internationalisierung der Konflikte führen, in die auch andere Länder, darunter NATO-Mitglieder, hineingezogen werden.

Im Falle des Baltikums würde es sicher eine Reaktion der skandinavischen Länder und der USA geben. Bei Kasachstan müssen wir den Faktor Türkei berücksichtigen. Zugleich wird das die Opposition in der Russischen Föderation auf den Plan rufen, die dem Präsidenten und der Regierung vorwerfen, der Entwicklung nicht mit adäquaten Mitteln zu begegnen, was die Situation möglicherweise noch verschärfen wird, zumal wenn ultranationale Terrorgruppen aktiv werden. Die Folge könnte eine Krise der staatlichen Macht sein, die die Kontrolle über die Russische Föderation verliert. Dabei sollten wir nicht vergessen, daß Rußland nach wie vor eine Nuklearmacht ist.

Da Rußland von seiner Wirtschaftsstruktur her inzwischen den entwickelten Ländern Europas gleicht, ist die Grenze zwischen Bürgerkriegen, lokalen Konflikten und großangelegten militärischen Operationen verschwommen. Terroranschläge gegen Objekte der Chemie- oder Energiewirtschaft, im Transportwesen oder im Nuklearbereich würden jedenfalls Konflikte zur Folge haben, die sich von militärischen Anschlägen auf solche Objekte kaum unterscheiden.

Wie kann eine solche Situation verhindert werden? Erstens müßten die westlichen Demokratien eindeutig zu Menschenrechtsverletzungen Stellung nehmen und sich nicht diplomatisch, taktisch in solchen Fällen verhalten - je nach Opportunität.

Zweitens sollte der Westen Rußland wirtschaftlich unterstützen, um die Immunität unseres Landes gegen die inneren Krankheiten zu stärken. Dazu gehört insbesondere eine Unterstützung, um die Lebensbedingungen der Millionen von Flüchtlingen zu verbessern. Dabei handelt es sich überwiegend um hochqualifizierte Arbeitnehmer und wissenschaftlich-technische Intelligenz, die besonders in der sowjetischen Epoche in die fernen Regionen ausgereist waren, um die Ideen Stalins und später Breschnews umzusetzen mit dem Ziel, das wirtschaftliche Niveau in allen ehemaligen Sowjetrepubliken anzuheben. Was diese Menschen weiterhin auszeichnet - im Unterschied zu der übrigen Bevölkerung in Rußland;- ist ihre Anspruchslosigkeit. Denn was sie durchgemacht haben, ist schwerlich mit normalen Lebensumständen vergleichbar.

In Tadschikistan wurden Menschen mit Motorsägen getötet, in Tschetschenien hatten die Massengebombardierungen zur Folge, daß große Teile der Bevölkerung unter den Trümmern vegetierten. Heute leben in Tschetschenien noch etwa 30.000 Russen, früher waren es etwa 300.000. Darüber wird in den russischen Massenmedien - aus welchen Gründen auch immer - nicht berichtet. Was hier stattgefunden hat, ist der Exodus eines ganzen Volkes aus Gebieten, in denen es etwa vier Jahrhunderte lang gelebt hatte.

Ein weiteres Kennzeichen dieser Menschen besteht in ihrem Kollektivismus, in ihrem starken Gemeinschaftssinn; denn natürlich haben sie alle den Wunsch, weiterhin zusammenzuleben. Das heißt, es muß darüber gesprochen werden, wie der Westen Rußland und Rußland sich selbst helfen kann. Denn wenn die Millionen von Flüchtlingen und Zwangsumsiedlern mit einem Male völlig überflüssig geworden sind, Menschen, die niemand mehr braucht, dann sind sie nicht einfach arbeitslos, sondern daraus rekrutieren sich Extremisten, eine ganze Armee von Menschen, die nichts mehr zu verlieren haben und deshalb bereit sind, sich zu bewaffnen und zu kämpfen. Und der Westen muß doch daran interessiert sein, daß die Lage in Rußland stabil bleibt. Wie kann diese Situation verbessert werden? Diese Frage leitet über zur Suche nach möglichen Wirtschaftspartnern.

Geeignete Maßnahmen, um den Flüchtlingen zu helfen, bedeuten auch nicht, nur Geld zu geben. Man kann daran sogar verdienen. Ich erwähne als Beispiel eine Gemeinde von Umsiedlern im Gebiet von Woronesch. Das sind etwa 5000 Menschen. Die meisten von ihnen sind im Februar 1990 aus Duschanbe geflohen - wo innerhalb von drei Tagen an die 1500 Russen getötet wurden - und ließen sich in der Region Woronesch nieder. Heute, 1996, haben sie ihre eigene Produktion von Baumaterialien. Sie bauen Einfamilien- und Wohnhäuser in kleinen Städten im Gebiet von Woronesch. Das sind hochklassige Spezialisten. Intellektuelle und Wissenschaftler wurden dort zu Lehrern an Land- und Stadtschulen. Das Bildungsniveau ist in dieser Region stark angestiegen. Medizinische Kliniken nach europäischem Standard wurden errichtet. Das alles wurde möglich, weil diese Übersiedlergemeinde die Hilfe russischer und einer Reihe westlicher Unternehmer erhalten hat.

Das heißt, wenn sich große Stiftungen aus Deutschland und anderen westlichen Ländern bereit fanden, Rußland ihre Hilfe anzubieten, dann würde sich ihr Einsatz gerade bei diesen Übersiedlergruppen lohnen, die gewissermaßen zu Lokomotiven der russischen Wirtschaft in kleinen und mittleren russischen Städten werden könnten. Deshalb sollten sich kleine und mittelgroße westliche Unternehmen an ganz bestimmten Projekten beteiligen, um kleinen Betrieben zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte und im Bereich des Baugewerbes in Form von Joint-ventures auf die Beine zu helfen. Natürlich muß die russische Seite Investoren, die bereit sind, in solche Projekte zu investieren, erhebliche Erleichterungen bei Steuern und Abgaben gewähren.

Eine solche wirtschaftliche Partnerschaft würde nicht nur die politische Stabilität in Rußland fördern, sondern wirtschaftliche Impulse auslösen, die nicht nur unserem Land, sondern auch dem Westen zugute kämen. Auf diese Weise ließe sich eine schwere Bürde, die heute Rußland und auch den Westen drückt, allmählich zum Wohle beider Seiten verwandeln.

Ich möchte Sie also ermuntern, sich hier nicht in allgemeinen theoretischen Diskussionen über die Probleme der russisch-westlichen Beziehungen zu verlieren, sondern sich auf die wirklich brennenden Gefahren zu konzentrieren.

Akinci

Warum mein Land im Zusammenhang mit der russischen Emigration aus Kasachstan erwähnt wurde, ist mir nicht recht verständlich.

Wenn wir über die ehemaligen Länder der Sowjetunion reden, sollten wir von "Integration" und nicht von "Reintegration" sprechen; denn Reintegration weckt Erinnerungen an die alten terms of trade und Preisstrukturen, die nicht eben günstig für alle Exrepubliken waren.

Wenn es um Integration in das Gebiet der Ex-Sowjetunion geht, ist die erste Voraussetzung eine Veränderung der Mentalität, damit Kooperation an die Stelle von Konfrontationen treten kann. Dies ist nur durch die Schaffung gegenseitigen Vertrauens zu erreichen, was wiederum Veränderungen in den politischen Verhaltensweisen voraussetzt. Dann kann man mit ersten Schritten im Bereich der Wirtschaft beginnen: Gründung von Joint-ventures, Partnerschaften, leichter Zugang zu den gegenseitigen Transportmitteln und so weiter. Da es allen diesen Ländern an dem notwendigen Kapital fehlt, müssen sie darüber hinaus mit Drittländern zusammenarbeiten. Dafür muß die rechtliche Grundlage bereitet werden, die die Rechte der Partner aus Drittländern sicherstellt.

Diese wirtschaftlichen Schritte können nur gewährleistet werden, wenn sie durch entsprechende politische Maßnahmen ergänzt werden, was die Anerkennung bestimmter Prinzipien und Tatsachen voraussetzt.

Erstens sind sämtliche ehemalige sowjetische Republiken jetzt unabhängige Länder. Sie müssen ihre Unabhängigkeit nicht nur gegenseitig respektieren, sondern grundsätzlich anerkennen. Dies muß auf der Grundlage der Nichteinmischung in die jeweiligen inneren Angelegenheiten geschehen. Sie sollten weder Krieg noch Frieden auf das Territorium der anderen zu exportieren versuchen.

Zweitens müssen wir in Betracht ziehen, daß die ethnischen Grenzen der ehemaligen Sowjetrepubliken nicht mit den politischen Grenzen übereinstimmen. Daher muß die Aufrechterhaltung der territorialen Integrität ein geheiligtes Prinzip ausnahmslos aller früheren Sowjetrepubliken sein. Wenn nämlich irgendein Versuch unternommen wird, diese Grenzen, die in den dreißiger, fünfziger oder gar in den zwanziger Jahren willkürlich gezogen wurden, in Frage zu stellen, droht ein Chaos und werden neue ethnische Konflikte ausgelöst.

Drittens sollte die Integration auf dem freien Willen der Menschen gründen. Die Schaffung eines Wirtschaftsraumes auf dem Gebiet der Ex-Sowjetunion könnte sich für alle diese Länder günstig auswirken. Dies sollte jedoch auf eine vernünftige und realistische Weise vor sich gehen. In sämtlichen ehemaligen Sowjetrepubliken ist die Produktion rückläufig. Diese Länder machen einen tiefgreifenden Wandlungsprozeß durch. Deshalb sollten sie vielleicht mit bestimmten Sektoren beginnen, die am schnellsten Resultate bringen, und dann mit anderen Sektoren fortfahren. Dabei sollte man die früheren sowjetischen Strukturen nutzen, aber die sowjetischen Methoden vermeiden.

Smolar

Einige der russischen Teilnehmer haben hier eine recht apokalyptische Schilderung der Situation in Rußland gegeben, und es käme mir als Pole geradezu paradox vor, Rußland gegen die Russen in Schutz zu nehmen. Dennoch meine ich, daß in Rußland eine geradezu unglaubliche Revolution stattfindet. Wir Polen haben von diesem weitgehend friedlichen Zerfall des sowjetischen Reiches auch

profitiert. Dies ist als Ergebnis eines inneren Prozesses geschehen und nicht aufgrund äußerer Einwirkung. Die Entscheidung, keine Gewalt gegenüber den mitteleuropäischen Ländern oder, später, gegenüber den ehemaligen sowjetischen Republiken anzuwenden, war von außerordentlicher Bedeutung.

Was jedoch unverändert geblieben ist, ist die sehr pessimistische und häufig geradezu apokalyptische Wahrnehmung jener inneren Prozesse, und zwar sowohl in der russischen öffentlichen Meinung als auch in der politischen Elite dieses Landes, obgleich wir gehört haben - ein gutes Beispiel für tiefgehende Veränderungen;- , daß eine Konfrontation, wie sie zwischen dem Parlament und dem Präsidenten vor einigen Jahren stattgefunden hat, nicht mehr möglich wäre. Es ließe sich eine lange Liste wirklich umwälzender Erfolge anführen, die bereits erzielt wurden. Aber ich will mich auf die Feststellung beschränken, daß Rußland den kalten Krieg nicht verloren hat. Was in der Zeit zwischen 1917 und 1991 verloren wurde, waren Millionen von Menschenleben mit all dem damit verbundenen Leid und mehrere Jahrzehnte einer möglichen fortschrittlichen Entwicklung, die vertan wurde.

Was die Beziehungen zwischen dem Westen und Rußland angeht, stimme ich denen nicht zu, die die NATO-Erweiterung kritisieren. Nicht zuletzt deshalb, weil ich zu denen gehörte, die sich in meinem Land und in Mitteleuropa bemüht haben, den Westen davon zu überzeugen, die NATO-Erweiterung voranzutreiben. Die Wirkung des mitteleuropäischen Drucks auf die Öffnung der NATO wurde in einem Bericht von Jewgenij Primakow betont, als er noch nicht Außenminister war, sondern eine ganz andere Abteilung leitete. Diese Entwicklung war das Ergebnis der Tatsache, daß Rußland den kalten Krieg eben gerade nicht verloren hat. Deshalb können wir die heutige Lage nicht mit der beim Wiener Kongreß von 1815 oder mit der westlichen Politik gegenüber Deutschland nach 1945 vergleichen. Denn der Westen ist nicht imstande, Rußland eine neue Weltordnung aufzuzwingen. Um es im ökonomischen Jargon auszudrücken: Die Erweiterung der NATO ist eine "zweitbeste" Lösung der Sicherheitsprobleme in Europa, aber eine, die in vieler Hinsicht von großem Nutzen ist. Man braucht nur an die Rolle der NATO in Bosnien zu denken.

Es ist nicht ohne Bedeutung, daß die Öffnung der NATO die US-Präsenz in Europa bekräftigt, ohne die Amerikaner tatsächlich nach Mitteleuropa hineinzuziehen. Das ist für das Gleichgewicht in Europa sowohl nach innen wie nach außen sehr wichtig, und niemand von uns sollte dies vergessen.

Doch warum ist die NATO so wichtig für uns, wenn es, wie Sergej Karaganow gesagt hat, kein Sicherheitsproblem in Europa gibt? Dies stimmt nur teilweise. Für uns ist die NATO nicht allein mit der Sicherheitsproblematik verknüpft. Es gibt auch eher symbolische Probleme, die mit kulturellen Vorstellungen und dem Gefühl, zum Westen zu gehören, zu tun haben. Hinzu kommt die Frage nach der Stabilität unserer internen Entwicklung. Dies ist ein sehr wichtiger Faktor; denn es ist die Anwesenheit des Westens und der westlichen Organisationen, die dazu beiträgt, den Ländern Mitteleuropas eine zivilisierte innere Entwicklung zu ermöglichen.

Der dritte sehr wichtige Faktor betrifft die Sicherheit. Bis 1993 zeigte sich in polnischen Meinungsumfragen ein sehr geringes Maß an Furcht und Besorgnis gegenüber Rußland in der Tat beobachteten wir einen völlig überraschenden, geradezu revolutionären psychologischen Wandel in der polnischen Haltung sowohl gegenüber Deutschland als auch gegenüber Rußland. Doch die Besorgnis gegenüber Rußland begann nach 1993 wieder anzusteigen, und es ist leicht zu erkennen, warum das so ist. Es ist zurückzuführen auf veränderte Rhetorik in Moskau und in der russischen Politik. Ja, es gibt ein Sicherheitsproblem, insbesondere wenn wir von einflußreichen russischen Politikern hören, daß die Hälfte ihres Nachbarlandes nicht in der Lage ist, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. Dies weckt Befürchtungen, die dazu führen, von der NATO-Ausweitung heftig zu träumen und sie nicht nur zu fordern.

Ich habe mich bemüht, die Bedeutung der NATO-Frage für die Russen zu verstehen, und stelle fest, daß bei Ihnen ein großer Konsens gegen die NATO-Erweiterung besteht. Was aber sind die wirklichen Argumente dagegen? Mir scheint, es sind im wesentlichen zwei. Das eine ist ein symbolisches: die Frage, wer den kalten Krieg gewonnen oder verloren hat, und das Problem der nationalen Würde beziehungsweise Erniedrigung. Dies ist ein entscheidender Faktor; doch wird er von einem großen Teil der öffentlichen Meinung gar nicht wahrgenommen, sondern lediglich von den Eliten. Meinungsumfragen in Rußland zeigen, daß den Russen die NATO-Erweiterung eher unwichtig ist. Sie ist ein Problem der russischen Führungsschichten und liegt in ihrer Verantwortung. Die russische öffentliche Meinung sieht die Haupt Sorgen in inneren Problemen des Landes wie der inneren Migration, Armut, menschlichem Leid, Arbeitslosigkeit und so weiter.

Das zweite wesentliche Argument betrifft die Beteiligung Rußlands am Aufbau des neuen Europa. Hier besteht ein Paradox. Auf der einen Seite ist Rußland jetzt wahrscheinlich "westlicher", als es

jemals in der Vergangenheit gewesen ist, aber zugleich schränkt seine gegenwärtige Schwäche seine Möglichkeiten, das gemeinsame Schicksal Europas zu beeinflussen, ein.

Dazu paßt, was ich in den Memoiren eines britischen Diplomaten gelesen habe. Er schrieb, Großbritannien habe in den 50er Jahren die Chance versäumt, die europäische Vereinigung mitzugestalten, als es sich weigerte, der EWG beizutreten. Dies ist der wesentliche Grund, warum die Europäische Union weithin von den Deutschen und den Franzosen geprägt wurde. Entsprechend meine ich, wird es problematisch sein, wenn ein sehr geschwächtes Rußland abseits steht in einer Phase, in der die neue europäische Ordnung geschaffen wird. Daran ist aber nicht der schlechte Willen irgendeiner Seite schuld. Es hat vielmehr damit zu tun, daß die Sowjetunion ein "eindimensionales Imperium" war, nämlich ausschließlich eine militärische Großmacht, und jetzt sogar diese Dimension geschwächt ist.

Die konstruktive Beteiligung Rußlands an der Schaffung einer neuen europäischen Ordnung hängt somit weitgehend von seiner inneren Entwicklung und der Fähigkeit ab, sich weiterzuentwickeln. Die Frage, wie Rußland voll in die Weltwirtschaft integriert werden kann und seine dynamische Entwicklung sicherstellt, ist in der Tat die wichtigste Frage, die uns hier bestimmt noch beschäftigen wird.

Koschokin

Ich halte es für symptomatisch, daß die Frage, ob Rußland im kalten Krieg eine Niederlage erlitten hat, gerade von Sergej Rogow, dem Direktor des Instituts für USA- und Kanadastudien, aufgeworfen wurde, ein Institut, das sich auf die Vereinigten Staaten spezialisiert hat. An sich wird diese Frage in der russischen Öffentlichkeit kaum diskutiert. Die Stimmen, die man bei uns gelegentlich dazu hört, sind ausgesprochene Randerscheinungen. Ganz anders verhält es sich bei unseren Partnern in Washington, wo man eine lange Liste offizieller Stellungnahmen auf höchster Ebene ausmachen kann, in denen betont wird, auf weiche Weise die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten den Sieg im kalten Krieg errungen haben. Vor kurzem wurde ein Buch ins Russische übersetzt, das den Titel trägt: "Der Sieg ... " - Gott sei Dank hat es bei uns keine große Resonanz gehabt. Darin wird sehr genau beschrieben, mit welchen Mitteln der kalte Krieg geführt und gewonnen wurde. Der Vorwurf, wir sollten uns nicht selbst Nadeln unter die Nägel treiben, richtet sich also an die falsche Adresse, zumal das ohnehin keine sehr angenehme Prozedur ist.

Herr Ellemann-Jensen sprach von "großen und kleinen Burschen", eine Formulierung, die mir sehr zusagt. Ich möchte nur insofern eine kleine Korrektur anbringen, als ich meine, es gibt in der heutigen Weltordnung nur noch einen großen Burschen, nämlich die USA. Dafür aber eine Reihe mittelgroßer Burschen - zu denen auch Rußland zählt und eine Vielzahl kleiner Jungen. Wir sollten uns also nichts vormachen: Die heutige Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß es eine Supermacht gibt, mit deren Potential insbesondere auf militärischem Gebiet - sich niemand messen kann, weder Rußland noch Großbritannien und auch nicht das sich stürmisch entwickelnde China.

Es gibt eine ganze Reihe wichtiger Bereiche, in denen die USA klar führend sind: etwa der Bereich der Weltraumaufklärung, die Fortschritte bei der Entwicklung hochzielgenauer Waffen - was etwa die Erfolge bei der Computersimulation beim Einsatz von Nuklearwaffen angeht - oder auch die Flugtransportkapazitäten. Das sind genau diejenigen Bereiche, die heute, wie die letzten Konflikte im Persischen Golf, in Jugoslawien und in einer Reihe weiterer Krisenherde gezeigt haben, von entscheidender Bedeutung sind. Und gerade auf diesen Gebieten wächst das Potential der Vereinigten Staaten rasch an, und der Abstand zu den anderen Partnern vergrößert sich noch.

Aus dieser Sicht stellen sich jetzt ganz neue Probleme; denn wir alle in Europa - in diesem Falle Rußland eingeschlossen - sind mehr oder weniger von den Entscheidungen, die in Washington gefällt werden, abhängig. Diese Abhängigkeit wurde uns besonders während des Krieges in Jugoslawien eindringlich vor Augen geführt. In der Folge haben wir gesehen, wie die internationalen Organisationen, eine wie die andere, an Renommee verloren haben. Die Europäische Union und auch die OSZE waren hier wenig erfolgreich; auch die Vereinten Nationen konnten den Bürgerkrieg nicht stoppen.

Erfolg hatte nur eine Organisation, nämlich die NATO, die sich dank des Krieges in Jugoslawien wieder stabilisieren konnte. Denn die NATO befand sich zu Beginn der 90er Jahre in der Tat in einer tiefen Krise, als mit dem Zerfall der Sowjetunion und dem Verschwinden des Warschauer Paktes der Sinn ihres Bestehens in Frage gestellt wurde. Die NATO hat ihre Krise überwunden, sie ist eine bedeutsame Organisation, mit der jeder in Europa - und nicht nur in Europa - rechnen muß. Heute hat die NATO das größte Potential zur Durchführung friedenserhaltender und friedensschaffender

Operationen, die in der Periode nach dem Ende des "kalten Krieges" zu einem der wichtigsten Instrumente der internationalen Politik geworden sind.

Der "zweite Frühling" der NATO hat sich auch auf Westeuropa selbst ausgewirkt. So hat Frankreich, eines der führenden europäischen Länder, seine außenpolitische Konzeption geradezu revolutioniert, indem es sich von der Tradition de Gaulles verabschiedete und sich in die militärische Organisation der NATO reintegriert hat. Diesem Beispiel folgt jetzt auch Spanien. Gewiß, um die Plätze in den Kommandostrukturen der NATO wird noch ein wenig gefeilscht, aber das sind sozusagen nur Nachhutgefechte.

Von Moskau aus beobachten wir aber nicht nur die Entwicklung der NATO, sondern sehen auch auf die anderen wichtigen europäischen Strukturen. Wir stellen fest, daß die Europäische Union derzeit eine schwierige Phase durchlebt, da es erhebliche Widerstände gegen die Schaffung einer einheitlichen Währung gibt; Westeuropa befindet sich überhaupt nicht gerade in einer günstigen Situation, wenn ich etwa an das geringe Wirtschaftswachstum denke. Man kann auch keine wesentlichen Fortschritte bei der Ausarbeitung einer einheitlichen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik erkennen.

Eine Zeitlang schien es, als sollte der europäische Pfeiler gestärkt werden und Westeuropa mehr Handlungsfreiheit erhalten; aber Washington läßt sich aus verschiedenen Gründen darauf nicht ein. So hat der Berliner Gipfel in diesem Jahr gezeigt, daß sich die Abhängigkeit Westeuropas von seinem amerikanischen Partner keineswegs verringert hat. Das Konzept der "combined joint task forces", der vereinigten operativen Streitkräfte, führt jedenfalls nicht dazu, daß tatsächlich ein selbständiger europäischer Pfeiler entsteht.

Diese Entwicklungen sind für uns von Bedeutung, damit wir nicht radikalen und utopischen Vorstellungen verfallen und meinen, erneut in eine Konfrontation mit den Vereinigten Staaten treten zu können. Ich denke, die politische Elite Rußlands ist, ungeachtet aller unserer gegenwärtigen Schwierigkeiten, klug genug, keine Konfrontation mit den Vereinigten Staaten zu suchen. Da schon die Sowjetunion in einer solchen Konfrontation unterlegen ist, wäre es für Rußland um so unvernünftiger, wollten wir uns erneut darauf einlassen. Dennoch meine ich, daß nicht nur wir in Moskau, sondern man auch in anderen europäischen Hauptstädten an bestimmten neuen politischen Spielregeln interessiert ist, die der veränderten weltpolitischen Lage Rechnung tragen. Diese Regeln müssen aber von allen Staaten anerkannt werden, unabhängig von ihrer jeweiligen Größe und von ihrem Gewicht.

Von daher scheint die Zusammenarbeit Westeuropas und Rußlands geradezu als ein Imperativ. Doch auch wenn man ausschließlich über den Bereich der europäischen Sicherheit spricht, sollte man sich nicht auf den Rahmen der NATO beschränken. Denn es ist bisher nicht gelungen, diesen Rahmen zu definieren. Wie die gemeinsamen Konsultationen aussehen sollen, bleibt in dem "NATO-Rußland"-Dokument eine ungeklärte Frage. Natürlich sind Konsultationen notwendig, und wir sind auch nicht dagegen; entscheidend ist jedoch, ob man vorher oder nachher konsultiert wird. Bisher jedenfalls werden wir meist erst dann konsultiert, wenn bestimmte Dinge bereits gelaufen sind. Das kann man wohl kaum als eine gleichberechtigte Zusammenarbeit bezeichnen, die unsere Zustimmung findet. Ich denke, auch unsere europäischen Kollegen können nicht sonderlich an einem solchen System von "post factum"-Beziehungen interessiert sein.

Darüber hinaus scheint es mir sinnvoll, über die Notwendigkeit einer tiefen Transformation und Erweiterung der WEU zu reden, damit im Ergebnis eine neue Organisation nicht nur mit einer europäischen, sondern auch mit einer euroasiatischen Dimension entsteht. In der Periode des "kalten Krieges" balancierte Westeuropa zwischen den beiden Supermächten, wobei es sich im Einflußbereich von einer der Supermächte befand. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verlor Westeuropa das vertraute Manövriertfeld. Man mußte sich entweder zu einem eigenständigen Kräftepol entwickeln oder auf die Erneuerung der Partnerschaft mit den USA setzen, was bedeutete anzuerkennen, daß man in der vorhandenen Gemeinschaft eine Stellung einnahm, die nicht gleichberechtigt war. Westeuropa entschied sich teils bewußt, teils gezwungenermaßen für die zweite Variante. Dennoch ist die Schaffung eines autonomen europäischen Pfeilers keinesfalls von der Tagesordnung verschwunden. Aber man darf davon ausgehen, daß sich in Zukunft eher Möglichkeiten für den euroasiatischen als für den europäischen Pfeiler finden lassen. Von daher entsteht die Idee, Westeuropäer und Russen in eine gemeinsame Sicherheitsstruktur einzubinden. Gleichzeitig wird in der asiatisch-pazifischen Region allmählich die Frage einer Sicherheitsstruktur akut, der die USA, Rußland, China, Japan und die Länder der ASEAN angehören würden.

Das Ergebnis wäre die Schaffung eines Systems ausgewogener Bündnisse: Neben der NATO, die die Europäer und die Amerikaner umfaßt, wird es dann eine europäisch-asiatische Struktur (mit den

Westeuropäern, Rußland, den Ländern Mittel- und Osteuropas) und eine asiatisch-pazifische Struktur geben. Diese Bündnisse würden gegen niemanden gerichtet sein. Denn Bündnisse gegen irgend jemanden aufzubauen, wäre ein Rückfall in altes Denken. Es geht um die Schaffung von Strukturen, die sich gegenseitig ausbalancieren und die Entwicklung gefährlicher Tendenzen von vornherein unterbinden, die es in der Welt nach wie vor gibt, wenn auch - da stimme ich Sergej Karaganow zu - zur Zeit nicht in Europa, sondern eher in Asien, im Nahen Osten und in Afrika. Afrika liegt uns heute natürlich sehr fern, und insofern verstehe ich auch den deutschen Verteidigungsminister Volker Rühle, wenn er sagt, das Eurokorps solle kein Afrikakorps sein, obwohl es in Afrika auch in Zukunft beträchtliche Probleme geben wird, die vermutlich noch des öfteren nach Einmischung von außen verlangen.

Schließlich erwähne ich Gefahren, die unweigerlich auf uns zukommen und wohl auch durch Organisationen wie die NATO nicht gelöst werden können. So widersprüchlich es scheinen mag, zwischen dem, was jetzt in Bosnien und dem, was in Tschetschenien geschieht, gibt es Ähnlichkeiten. In beiden Fällen haben wir es mit Gesellschaften zu tun, die weitgehend von kriminellen Gruppierungen kontrolliert werden. Dayton war zweifellos ein voller Erfolg, was die Beendigung des Krieges angeht, aber im Hinblick auf die Schaffung ziviler demokratischer Strukturen, um die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft sicherzustellen, war Dayton bisher ein Mißerfolg. Die in der westlichen Presse sogenannten War Lords sind zugleich militärische und kriminelle Anführer, die in Bosnien während des Krieges den illegalen Waffenhandel, den Rauschgifthandel und die Treibstofflieferungen kontrollierten, und daran hat sich praktisch bis heute nichts geändert.

Das gleiche erleben wir in Tschetschenien, das zu Zeiten Dudajews eine freie kriminelle Wirtschaftszone war, und unsere schlecht organisierten Militäroperationen haben daran nichts geändert, sondern nur die kriminellen Elemente gestärkt, denen es darum ging, einen kriminellen Staat zu errichten. Mit anderen Worten: In Europa - und Tschetschenien gehört zu Europa - ist ein krimineller Quasi-Staat im Entstehen, der die Interessen Hundertausender, wenn nicht Millionen einfacher Menschen berühren wird. Die neuen Gefahren bedrohen in erster Linie die Jugend, die am wenigsten gegen das Rauschgift gefeit ist. Deshalb brauchen wir neue Formen der Zusammenarbeit, um vor allem die Sicherheit des Individuums zu gewährleisten.

Segbers

Wenn hier so viel von Erweiterungen und Reintegration die Rede ist - die NATO nach Osten, Weißrußland zu Rußland;-, möchte ich die Frage stellen: Wer macht sich eigentlich Gedanken darüber, wie solche Bestrebungen finanziert werden sollen? Die Erweiterung der NATO dürfte jedenfalls Kosten verursachen, die im dreistelligen Milliardenbereich liegen. Und was die Reintegration Weißrußlands angeht, so wissen wir, wie es um den Staatshaushalt der Russischen Föderation bestellt ist. Soll der jetzt auch noch den desolaten Staatshaushalt von Belarus mittragen?

Mir geht es jedoch vornehmlich um eine andere Überlegung, die ich mit einer kurzen Geschichte einleiten möchte. Im Jahre 1927, anlässlich des zehnten Jahrestages der Oktoberrevolution, sollte den Völkern der Sowjetunion ein besonderes Geschenk gemacht werden. Die oberste Staats- und Parteiführung beschloß zu diesem Zweck, eine Karte der Sowjetunion im Maßstab 1:1 bauen zu lassen. Über viele Jahre waren daraufhin Zehntausende von Geographen und Geodäten beschäftigt. Niemand war überrascht, daß die Landkarte auch zehn Jahre später, 1937, noch nicht fertig war, sondern erst in den frühen fünfziger Jahren, wo man sie Josef Stalin zu einem seiner letzten Geburtstage verehrte. Seitdem liegt auf der ganzen Sowjetunion diese Landkarte im Maßstab 1: 1, und die Frage, die wir uns stellen müssen, wenn wir über die frühere Sowjetunion oder über das heutige Rußland sprechen, ist: Worüber unterhalten wir uns, über die Landkarte oder über das, was darunter liegt?

Die Geschichte mag nützlich sein für die Debatte, die wir hier führen. Auf der einen Seite hören wir die Katastrophenszenarien, wenn es etwa heißt, Rußlands Wirtschaft sei in den letzten fünf Jahren um mehr als fünfzig Prozent zurückgegangen; die demographischen Entwicklungen seien mehr als besorgniserregend. Auf der anderen Seite stellt man fest, wenn man die Dinge genauer untersucht, daß 30 bis 50 Prozent der russischen Wirtschaft in der offiziellen Statistik offensichtlich überhaupt nicht erfaßt werden. Denn kein Betrieb ist daran interessiert, genaue Produktionszahlen herauszugeben - aus steuerlichen und anderen Gründen. Große Teile der Schattenwirtschaft und des tertiären Sektors werden statistisch nicht berücksichtigt. So sehr sich die russische Wirtschaft also einerseits in einer unbestritten schwierigen Situation befindet, läßt sich andererseits mit gleicher Überzeugung eine Erfolgsstory aufzeigen. Vermutlich haben beide Seiten recht mit ihren Behauptungen, und daran wird sich auch auf absehbare Zeit nichts ändern. Wenn wir etwa Herrn Sjuganow, dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Rußlands, zuhören, wie er die Abgründe

aufzeigt, die sich in diesem Land auf tun, dann wissen wir zugleich, daß seiner Partei auch viele Unternehmer und Banken nahestehen, die durchaus erfolgreich arbeiten. Die Realität dieses Landes ist eben nicht so einlinig zu begreifen.

"Der Westen auf der Suche nach einem Partner" heißt es im Untertitel unserer Tagung. Ich meine, wir würden uns leichter damit tun, wenn wir diese Frage nicht nur auf der Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen sehen. Der Wandel in Rußland ist nicht nur eine staatliche Veranstaltung, so wie auch die erheblichen Veränderungen im Westen - Stichworte: Globalisierung, Integration - nicht nur auf der staatlichen Ebene stattfinden. Weltweit kommen zunehmend ganz andere Akteure mit ins Spiel: Regionen, große Wirtschaftssektoren, NGOs und so weiter. Diese global players sollten wir stärker als Akteure mit einbeziehen, wenn wir auf Partnersuche zwischen Ost und West sind. Vielleicht fällt die Partnersuche unterhalb der staatlichen Ebene sogar leichter.

Stürmer

Bundeskanzler Schmidt hat zu Recht darauf verwiesen, daß es nicht ausreicht, nur über eine Charta mit Rußland zu reden und sich dabei auf ein paar neue Überschriften zu verständigen. Da würden sich die Russen eher verspottet fühlen, wenn man nur daran denkt, wie weit die Amerikaner mit ihren Luftverteidigungssystemen schon gegangen sind. Das wird auch in Rußland nicht unbekannt sein. Worüber wir uns grundsätzlich klarwerden müssen, ist, wie das Verhältnis zu Rußland dauerhaft gestaltet werden kann, das heißt über eine, zwei Generationen. Das geht auch nicht nur die russischen Eliten an. Ich halte es jedenfalls für abwegig zu meinen, das russische Volk würde sich für die NATO-Frage ohnehin nicht interessieren. Auch die Deutschen haben nach 1919 nicht Tag und Nacht mit den Zähnen geknirscht wegen Versailles. Als aber die Weimarer Republik in die große Krise geriet, hat Versailles, das Gefühl der Demütigung, ohne Zweifel eine wichtige Rolle gespielt.

Worum es geht, ist in der Tat ein Vertrag, der im Prinzip der NATO-Erweiterung vorangehen müßte. Zu den Hauptvoraussetzungen eines solchen Vertrages würde zum einen der Zwei-plus-vier-Vertrag gehören, der in diesem Saal unterzeichnet wurde. Hinzu kommen müßte der Fortgang der Rüstungskontrolle auf den verschiedenen Ebenen, insbesondere was die nukleare Rüstungskontrolle und die ABM-Frage angeht. Wenn ABM und nukleare Rüstungskontrolle in diesem Kontext nicht mitgedacht werden, kann es passieren, daß die Amerikaner dieses für sie vorrangige Thema auch operativ zu ihrer Priorität machen, und dann stehen die Europäer plötzlich mit der NATO-Erweiterung im Regen, wie man so schön sagt, und zwar in einem kalten Regen.

Die Voraussetzungen für eine gedeihliche wirtschaftliche Kooperation zwischen Rußland und dem Westen sind durchaus positiv zu bewerten; denn man weiß in Rußland natürlich auch, daß Kredite, Technologie, Absatzmärkte auf absehbare Zeit nur in Westeuropa und in den USA zu finden sind; nirgendwo sonst.

Die Aufnahme Rußlands in den Europarat mag nicht überall Beifall gefunden haben; aber dies war ein Akt des Goodwill und ein Wechsel auf die Zukunft. Auch daran könnte ein solcher Vertrag anknüpfen, genauso wie an die positiven Erfahrungen mit der OSZE. Das heißt, dieser Vertrag müßte nicht bei Null anfangen, sondern er könnte auf all den vorgenannten Elementen aufbauen.

Was wir des weiteren brauchen, ist ein viel tiefergehender Diskussions- und Informationsprozeß als bisher. Da möchte ich unsere Kollegen Karaganow, Rogow und andere doch auffordern, über die NATO, wie sie sich in dieser Übergangssituation entwickelt und dramatisch verändert, die russische Öffentlichkeit eingehend und vor allem sachengerecht zu informieren. Die NATO gleicht zur Zeit mehr einem Prozeß als einer Struktur. Sie müssen ja nicht gleich zu Propagandisten der NATO werden.

Ich will das zuletzt Gesagte mit persönlichen Erfahrungen unterstreichen. Ich werde morgen mit einer Gruppe russischer Generale aus dem Verteidigungsministerium und dem Generalstab nach München fliegen und in Ebenhausen zum vierten Mal ein Seminar durchführen. Was wir immer wieder feststellen, ist, daß diese an sich bestens informierten Offiziere alles über die NATO von vor 1990 wissen, während sie über die seither stattfindenden Veränderungen so gut wie überhaupt nicht Bescheid wissen. Vielleicht entschließt sich ja auch General Lebed, einmal eine Einladung nach Ebenhausen und Bonn anzunehmen.

Rußland und der Westen haben zudem einen erheblichen Diskussionsbedarf über strategische Fragen. Das betrifft die Beurteilung der östlichen und südlichen Lage genauso wie die bereits erwähnten Themen Rüstungskontrolle und Proliferation. Der Westen ist unbedingt daran interessiert, daß die nuklearen Waffen und Trägersysteme unter sicherer russischer Kontrolle bleiben, ebenso wie die chemischen und biologischen Waffen. Ich halte diese Fragen jedenfalls für wichtiger, als uns

ständig darüber rhetorisch zu streiten, wo die Ostmitteleuropäer Schutz suchen. Daß sie zur Zeit nun einmal mehr auf die USA als auf Rußland setzen, wenn es um ihre Sicherheitsbedürfnisse geht, sollten die Russen ohne Eifersuchtsgefühle hinnehmen.

Worauf es ankommt, ist, daß Sicherheit heute anders definiert werden muß als noch vor zehn oder zwanzig Jahren. Terrorismus, internationale Kriminalität und andere Herausforderungen, darüber sollten wir uns miteinander verständigen.

In diesem Zusammenhang will ich doch noch ein Wort zur NATO sagen. Sie hat in den vierzig Jahren ihres Bestehens keinen einzigen Krieg geführt. Vielleicht hat sie den einen oder anderen Krieg verhindert. Aber sie hat kraft ihrer Existenz dazu beigetragen, die Lage in Westeuropa, im Westen überhaupt, entschieden zu stabilisieren und für das Umfeld transparent zu machen. Ich meine, an dieser Funktion der NATO muß besonders Rußland eminent interessiert sein, angesichts der unsicheren russischen Grenzen im Süden und auch im Hinblick auf die offene Frage, wie sich die Beziehungen Rußlands zu China entwickeln werden. Das sind Herausforderungen, die auf der Weltagenda des 21. Jahrhunderts stehen; alles andere ist rückwärts gewandt und unter Niveau.

Natürlich kann die NATO keinen Beitrag leisten, wenn es um Rußlands Sicherheit im Süden und im Osten geht. Aber daß sich Rußland heute einer vollkommen konsolidierten Lage an seinen Westgrenzen gegenüber sieht, ist ein Gewinn für dieses Land, das sich jahrhundertlang vom Westen her bedroht sah - von Karl XII. über Napoleon bis hin zu Hitler. Dafür ein Bewußtsein zu schaffen, darin sehe ich eine der wichtigsten Aufgaben, auch für zukünftige Bergedorfer Gespräche.

Wir Europäer sollten allerdings selbstkritisch anmerken: Wenn wir meinen, die NATO sei ein Verteidigungsbündnis, das ausschließlich der kontinentaleuropäischen Sicherheit zu dienen habe und an den nördlichen Küsten des Mittelmeeres aufhöre, dann werden wir den strategischen Bedingungen des 21. Jahrhunderts in keiner Weise gerecht. Das heißt, die NATO muß in ihren strategischen sicherheitspolitischen Überlegungen mehr als bisher die weltweiten Entwicklungen mit bedenken, wenn sie ihre friedensstiftende Rolle in Zukunft angemessen spielen will. Das bedeutet nicht - da möchte ich nicht mißverstanden werden;-, daß die NATO jetzt weltweite Aufgaben wahrnehmen sollte; aber es meint sehr wohl, daß wir mehr als bisher in globalen Kategorien denken lernen müssen. Sonst gerät das amerikanisch-europäische Bündnis in eine Schieflage.

Malaschenko

Ich möchte mich gleich zu Beginn entschuldigen, wenn Ihnen meine Bemerkungen oberflächlich erscheinen; aber ich habe in den letzten fünf Jahren beim Fernsehen gearbeitet, das, wie Sie alle bereits kritisiert haben, eine sehr oberflächliche Berichterstattung betreibt, was uns aber mit der überwiegenden Mehrheit unserer Zuschauer verbindet, die ja auch Ihre Wähler sind. Dennoch kann ich nur bedauern, daß in unserer Diskussion das Problem der NATO und ihrer Erweiterung so oft erwähnt wird.

Ich muß ehrlich gestehen, daß es mir völlig gleichgültig ist, ob die NATO erweitert wird oder nicht. Ich meine, die Erörterung dieser Probleme führt die Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen geradewegs in eine Sackgasse, und dafür werden wir alle teuer bezahlen müssen. Wenn es von mir abhängen würde, gäbe es bei uns auf den Bildschirmen und in den Zeitungen keine solche Polemik über die NATO. Aber das hängt nicht von mir ab, obwohl viele russische Politiker - einige davon sind auch in diesem Saal die russische Presse beschuldigen, wir hätten unsere eigene Agenda, wie die Amerikaner sagen. Das trifft aber nicht zu. Die Presse ist keine vierte Gewalt und kein selbständiger politischer Akteur im politischen Spiel, sondern sie folgt lediglich den öffentlichen Meinungsführern, und das sind vor allem die Politiker - ohne daß ich unsere Sünden herunterspielen will. Ich meine aber, die NATO-Problematik führt uns absolut in eine Sackgasse.

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang an die Worte von Ronald Reagan erinnern, der bei Ihnen vielleicht nicht mehr besonders populär ist und der einmal gesagt hat: "Die Nationen mißtrauen einander nicht, weil sie bewaffnet sind; vielmehr sind sie bewaffnet, weil sie einander mißtrauen." Das ist eine einfache, primitive Erklärung, über die wir seinerzeit alle sehr gelacht haben, die aber nichtsdestoweniger wahr ist. Ich bin jedenfalls fest davon überzeugt, daß Vertrauen das eigentliche Problem in den Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen, zwischen Rußland und Deutschland ist. Wenn man es konkreter faßt, geht es um die Frage, wie Rußland im Westen wahrgenommen wird und welches Bild von Rußland Ihre Wähler und politischen Entscheidungsträger haben.

Das Rußlandbild hat im Laufe der letzten 15 Jahre - damals war Rußland noch die Sowjetunion - erhebliche Veränderungen erfahren. Eines hat sich aber nicht verändert: Rußland, so wie es im

Westen in den Medien und von den Entscheidungsträgern dargestellt wird, ist und bleibt eine Bedrohung.

Vielleicht empfinden einige von Ihnen Schadenfreude darüber, daß ich die Massenmedien kritisiere. Ich sehe durchaus unsere Verantwortung und verkenne auch nicht, daß dieses Problem ebenso von Rußland selbst ausgeht. Wenn man etwa die Veröffentlichungen zum Thema Kriminalität in Rußland analysiert, zeigt sich ein einheitlicher Tenor: Rußland - das ist eine große kriminelle Bedrohung. Dabei spielen verschiedene Komponenten eine Rolle. Und daß die Kriminalität bei uns tatsächlich sehr hoch ist, wissen wir nicht nur vom Hörensagen. Ich selbst und viele meiner Kollegen zahlen direkt und indirekt einen hohen Preis für unsere Sicherheit.

Vieles aber von dem, was im Westen gedruckt wird, geht auf den gewissenlosen Konkurrenzkampf zwischen russischen Unternehmern zurück. So gab es über Herrn Winogradow eine Reihe von Veröffentlichungen in der westlichen Presse, die ganz offensichtlich von seinen Konkurrenten inspiriert waren.

Eine weitere russische Ursache für das verzerrte Rußlandbild geht auf die Aktivitäten des KGB zurück, dem, was davon geblieben ist, und den Spezialisten, die heute in den verschiedenen staatlichen Institutionen arbeiten. Deren Tätigkeit ist, bedingt durch die sich allmählich entwickelnde Demokratie in Rußland, wesentlich vereinfacht worden. Früher mußte der KGB auf Zeitungen in der dritten Welt zurückgreifen, wenn er eine Kampagne im Westen starten wollte. Jetzt kann man dafür russische Zeitungen benutzen. Auch dieses Problem sollte man sehen.

Dennoch trägt auch die westliche Presse ihren Teil an Verantwortung für das verzerrte Rußlandbild heute in der Welt. Ich frage meine Landsleute häufig, welche Fragen man ihnen im Ausland stellt. Vor 15 Jahren hat man im Westen in uns allen KGB-Agenten gesehen, die den internationalen Terrorismus fördern wollten. Ronald Reagan hat sich gern in diesem Sinne geäußert. Dann hieß es, Wellen von Russen würden Westeuropa überfluten und die armen westlichen Sozialsicherungssysteme erdrücken. Wenig später wurde ein Bild vom Russen gezeichnet, der mit einer Million Dollar Bargeld oder einem Kilogramm Heroin in den Westen reist. Man muß sich nur anhören, welche Fragen in dieser Hinsicht die Grenzbeamten stellen, und das tun sie nicht, weil sie zuviel Zeitung gelesen, sondern weil sie entsprechende Anweisungen bekommen haben. In der Sprache der Aufklärung gibt es die sogenannten Erkundungsmerkmale, die zu einer Art Puzzle gesammelt werden und danach deutlich machen, daß Ihr Nachbar beispielweise einen Krieg plant. Jedenfalls gibt es eine Vielzahl von Merkmalen, die zeigen, daß es zur westlichen Politik gehört, Rußland als Bedrohung hinzustellen und auf diese Weise zu isolieren. Ich finde das höchst bedauerlich.

Ich will Rußland keineswegs idealisieren, möchte jedoch darum bitten, sachlich über die russische Wirklichkeit zu berichten - positiv oder negativ;- , aber nicht irgendwelche Mythen zu verbreiten, wie das in letzter Zeit geschehen ist.

Rußland ist kein europäisches Land, und ich bin fest davon überzeugt, daß es auch nie ein europäisches Land sein wird. Rußland liegt zwischen Europa und Asien. Man kann es eine eurasische oder euroasiatische Großmacht nennen. Man sollte auch nicht vergessen, daß in Rußland ein eigenes politisches und Wirtschaftssystem im Entstehen ist - ich spreche nicht von einem russischen Sonderweg. Dieses Phänomen kennen Sie in vielen Ländern. Die Marktwirtschaft etwa in Japan oder in Südkorea unterscheidet sich durchaus von der in der Bundesrepublik Deutschland. Viele Experten werden mir zustimmen, daß wir es in Wirklichkeit nicht mit einem freien Markt zu tun haben, sondern mit einem Oligopol, wobei sich einige Schlüsselakteure den Markt teilen. Dafür lassen sich zahlreiche Beispiele finden.

Rußland ist in vieler Hinsicht ein asiatisches Land, und deshalb muß ich auch Helmut Schmidt widersprechen, wenn er meint, Rußland wisse zu wenig über den Islam. In diesem Land leben Christen und Moslems seit Jahrhunderten zusammen, und es gab sogar eine kurze Zeit, als der nominelle Herrscher dieses Staates, ernannt von Iwan dem Schrecklichen, ein Moslem war. Jedenfalls kennt sich Rußland seit langem mit dem Islam aus.

Ich möchte also an Ihren Pragmatismus appellieren - und nicht etwa moralisch argumentieren. Wenn Sie Rußland nicht so wahrnehmen, wie es wirklich ist, sondern fast beliebig, wie es gerade paßt, Rußland als Bedrohung ausmachen, könnte dies zu einer Self-fulfilling prophecy werden.

Rußland ist heute sehr schwach, und daran wird sich auch in absehbarer Zeit nichts ändern. Aber dieser Zustand wird nicht ewig andauern. Wenn Rußland aber isoliert wird und es weiterhin als Bedrohung gilt, werden wir alle dafür zahlen müssen in dem Augenblick, wo Rußland seine Schwäche überwunden hat.

Wir alle wissen aus der Geschichte, daß es keine wirksamen Mittel für eine Eindämmung, ein Containment gibt, selbst wenn eine mittlere Großmacht expansionistische Bestrebungen hat. Wenn Sie sich also derart vor Rußland fürchten, werden Sie das Problem nicht durch die Erweiterung der NATO lösen. Was allein helfen kann, ist ein über viele Jahre beharrliches Ringen um gegenseitiges Vertrauen, und zwar auf beiden Seiten. Darauf sollten wir unsere ganze Kraft wenden und nicht über das Pseudoproblem der NATO reden.

Höynck

Ich kann nur unterstreichen, was hier verschiedentlich bereits anklang: Unsere vordringliche Aufgabe muß es sein, Strukturen zu finden, in denen alle europäischen Staaten und auch die große Russische Föderation ihren Platz haben und die darüber hinaus in der Lage sind, zur Lösung der vielen drängenden Probleme, von denen die Rede war, beizutragen.

Sir Rodric hat für diese Struktur nun die Metapher "Spaghetti-Junction" angeboten. Ich habe mit diesem Bild insofern ein gewisses Problem, als Spaghetti für mich zwar außerordentlich flexibel sind, Spaghetti-Junctions sich jedoch sehr statisch darstellen. Was wir aber in der heutigen Situation brauchen, ist eine dynamische und nicht eine statische Struktur. Deshalb würde mir das Bild eines Netzwerkes eher zusagen, weil darin auch jene Strukturelemente aufgenommen werden können, die Bundeskanzler Schmidt für wichtig hält und die über den europäischen und den transatlantischen Raum hinausweisen.

Ich denke etwa an die Vereinten Nationen, aber auch an so wichtige Institutionen wie die World Trade Organization. General Lebed erwähnte ja die große Bedeutung des Handels- und Dienstleistungsbereiches. Und Rußland gehört bisher noch nicht zu dieser Welthandelsorganisation. In diesem Zusammenhang gehört des Weiteren die OECD, die Fragen ausländischer Direktinvestitionen in Rußland behandelt, die Herr Lebed ebenfalls angesprochen hat. Rußland ist aber noch kein Mitglied der OECD. Das heißt, die vorhandenen Strukturen lassen sich weiter ausbauen, um Probleme, die zwischen uns bestehen, gemeinsam besser angehen zu können.

Als ehemaliger Generalsekretär der OSZE möchte ich mich verständlicherweise auch zu dieser Organisation äußern. Herr Rogow sagte, der OSZE komme nur eine marginale Bedeutung zu. Das trifft auf der Ebene der Perzeption durchaus zu. In der praktischen Arbeit jedoch muß sich die OSZE hinter anderen Organisationen keineswegs verstecken. Dennoch stimme ich zu, Sir Rodric, wenn Sie sagen, die OSZE müsse gestärkt werden. Dabei geht es meiner Ansicht nach weniger um strukturelle Verbesserungen - die sind auch wichtig - als vielmehr um das Befassen mit wirklich drängenden Aufgaben.

Hierzu gehören in erster Linie politische Konsultationen über regionale Konflikte, die in dem gesamteuropäischen und transatlantischen OSZE-Rahmen zumindest eine entschärfende Funktion haben - vielleicht stärker, als dies allgemein gesehen wird. Das gilt aber auch für praktische Maßnahmen der OSZE bei regionalen Konflikten. Da viele dieser Konflikte im Bereich der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten liegen, ist die Mitwirkung Rußlands von erheblicher Bedeutung, das auch bereits seine Beiträge leistet, die aber noch weiter verstärkt werden könnten. Ich nenne als Beispiel nur: Wenn in den weiteren Bemühungen um eine Lösung des Konfliktes um Nagornij Karabach eine peace-keeping operation der OSZE stattfinden würde, hätte dies positive Auswirkungen für das Ansehen der Organisation und ihre künftigen Handlungsmöglichkeiten.

Darüber hinaus gibt es gesamteuropäische Aufgaben, die in den Rahmen der OSZE einbezogen werden könnten. Ich nenne etwa den Bereich der internationalen Kriminalität und des Drogenhandels, wo es bisher an einer gesamteuropäischen Struktur, die sich mit diesen Fragen befaßt, fehlt. Des Weiteren würden hierher die Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen gehören. Dafür bietet die OSZE einen Rahmen, um nicht nur politische Direktiven zu entwickeln, sondern auch Lösungen zu erarbeiten und im Konsens zwischen allen Partnern zu verabschieden. Dabei geht es nicht - das möchte ich ausdrücklich betonen - um den Aufbau einer weiteren Bürokratie; davon haben wir in Europa wahrlich genügend.

Zu einem Netzwerk gehören also in meinem Verständnis die unterschiedlichsten Strukturen und Organisationen. Wenn ich hier nachhaltig für die Einbeziehung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten plädiere, dann nicht zuletzt deshalb, weil wir immer wieder feststellen, daß es uns im Hinblick auf die GUS an Informationen und Transparenz erheblich mangelt. Vielfach ist es einfach die Unkenntnis über das, was in der GUS geschieht, was Verdächtigungen auslöst und den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses hemmt. Wenn wir in dieser Hinsicht Fortschritte erreichen würden, käme dies ganz Europa zugute.

Moisi

Ich möchte doch ein gewisses Unbehagen mit dem, was bisher gesagt worden ist, zum Ausdruck bringen. Das beginnt beim Titel dieser Konferenz: "Der Westen auf der Suche nach einem Partner." Erstens: Wer ist der Westen? In gewissem Sinne könnte man sagen, daß hier am Tisch wir Europäer unter uns sind; denn es sind keine Amerikaner dabei. Die Formulierung: "Auf der Suche nach einem Partner" unterstellt eine Bevormundung, der, wie ich meine, eine überholte Sicht der russisch-europäischen Beziehungen entspricht. So als wollten wir künstlich die alte Aufteilung zwischen "uns" und "ihnen" aufrechterhalten. Beide Seiten tragen dazu erheblich bei.

Ich würde einen anderen Titel vorschlagen: "Rußland und Europa auf der Suche nach sich selbst und dem anderen." Was mir auffällt, ist, daß wir gegenüber Washington im gleichen Boot sitzen, wie dies ein russischer Kollege gesagt hat, und dies nicht in einem geographischen Sinne. Wir sitzen im gleichen Boot, weil wir uns weitgehend den gleichen Problemen gegenübersehen und uns schwer damit tun, dafür Lösungen zu finden.

Was Sir Rodric Braithwaite in seinen Einführungen über Rußland sagte, könnte sehr wohl auch für Europa gelten. Er sprach von einer dreifachen Identitätskrise. Geographisch: Wo hört Rußland auf? Wissen wir, wo Europa endet, seitdem es wieder vereint ist? Politisch: Sind wir so sicher, daß unser politisches System funktioniert, wenn Arbeiter die Straßen blockieren und unsere Regierungen erpressen? Gleiches gilt auch für unser Wirtschaftssystem. Wir alle stellen Fragen, die im Kern sehr ähnlich sind. Im Falle Rußlands stellen sich diese Fragen sicher extremer, aber die Unterschiede dürften eher quantitativer als qualitativer Art sein.

Vor einigen Wochen habe ich im Europarat in Straßburg eine Gruppe junger russischer Parlamentarier begrüßt. Sie fühlten sich weitgehend als Europäer und wollten sich die Einrichtungen ansehen, um herauszufinden, was sie für ihr Geld bekommen können. So kritisierten sie zum Beispiel den kreisförmigen Plenarsaal. Sie bringen viel frisches Blut in diese alte Institution, aus guten und aus schlechten Gründen, weil sie mit Europa in jener Institution konfrontiert werden, bei der sie am wenigsten zur Teilnahme berechtigt sind, nämlich dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Aber so ist das Leben!

Wir haben hier also Unterscheidungen getroffen, die immer weniger gültig sind. Unsere Diskussion hat etwas von einem ewigen Ritual. Wir sagen, der kalte Krieg ist vorüber. Wir haben das immerfort wiederholt und betont, daß es natürlich keine Verlierer und keine Gewinner gebe. Dabei haben wir jedoch ständig die Sprache des kalten Krieges benutzt. Wir haben wiederholt gesagt, die NATO-Erweiterung sei ein Randproblem, und zwar für die russische Bevölkerung ebenso wie für die öffentliche Meinung im Westen. Dennoch hat dieses "Randproblem" unsere heutige Diskussion wesentlich mitbestimmt.

Ich will versuchen, unser Problem auf den Punkt zu bringen: Wie können wir von dem Satz ausgehen, den Sir Rodric zu Beginn formuliert hat, nämlich daß Rußland eine "befriedigte Status-quo-Macht" sein müsse. Wie können wir von diesem Satz die konkreten Schritte und Maßnahmen ableiten, die dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen? Wir sollten es nicht bei alten diplomatischen Formeln belassen, weil sie nicht mehr der Welt entsprechen, in der wir heute leben. Hier ist auch gesagt worden, daß Geostrategie immer weniger wichtig ist und die Geoökonomie immer wichtiger wird. Dennoch fürchte ich, daß wir aus intellektueller Trägheit und mentaler Gewohnheit unverhältnismäßig mehr Zeit auf die geostrategischen Fragen verwenden, als wir sollten. Bei jedem Treffen werden die Argumente immer ausgeklügelter und subtiler, aber leider nur im Bereich eines Randproblems, wohingegen wir bei den wesentlichen Fragen dazu neigen, schematischer zu argumentieren, als nötig wäre.

Mir ist klar, daß darin eine Herausforderung liegt. Es ist sehr schwierig, und eine schnelle Lösung habe ich nicht zur Hand. Ich meine aber, wir sollten davon ausgehen, daß wir mit den gleichen Problemen konfrontiert sind. Wir haben den Russen keine Lektionen zu erteilen, und wir sind nicht hier, um sie gönnerhaft zu behandeln und ihnen zu sagen, was sie tun sollen; denn niemand von uns weiß, was zu tun ist. Wir alle stehen vor der Herausforderung der Globalisierung. Wir haben alle die gleichen Schwierigkeiten und wissen nicht, was morgen sein wird.

Vielleicht wäre es gut, mit den folgenden Gedanken zu beginnen: Sie müssen Ihren Staat neu aufbauen. Wir müssen unseren Staat neu erfinden. Vielleicht sollten wir das zusammen tun. Lassen Sie uns Europa neu erfinden; denn Sie sind bereits ein Teil Europas. Das wäre ein anderer Weg, sich dem Thema zu nähern, und man könnte sagen: Rußland ist in Europa. Welches Europa können wir mit den Russen zusammen neu erfinden?

Meyer-Landrut

Wir können sicher einiges aus Ihren Vorstellungen lernen, Herr Moïsi. Gleichzeitig möchte ich Sie jedoch daran erinnern, daß Herr Malaschenko der Meinung ist, Rußland gehöre nicht zu Europa.

Eekelen

Zu Beginn unserer Diskussion war ich ein wenig beunruhigt durch die Metapher der Spaghetti-Junction. Ich finde es nämlich sehr schwierig, die Kreuzungen zu finden, wenn ich Spaghetti esse, und wenn ich sie finde, geht es völlig daneben. Natürlich sprach Sir Rodric über Autobahnkreuzungen, bei denen Straßen übereinandergehen; doch selbst dort verpasse ich stets die richtige Abfahrt. Die Vorstellung, daß diese Institutionen auf eine wirkungsvolle Weise zusammenarbeiten könnten, fand ich daher bisher immer sehr schwierig.

So gab es zunächst die Idee miteinander verbundener Institutionen; dann das negativ gemeinte Scherzwort von den sich gegenseitig blockierenden Institutionen. Ich schließe daraus, daß es sehr schwierig ist, eine klare Arbeitsteilung zwischen den Institutionen zu finden und daß man sich irgendwie durchwursteln muß. Wenn wir die Aufgaben der verschiedenen Institutionen ein wenig aufhellen könnten, wäre das sehr hilfreich, aber ich erwarte in dieser Hinsicht nicht allzu viel. Ich rechne eher damit, daß doppelte Arbeit und Redundanz der Fall sein werden.

Ich sage das auch, weil ein Widerspruch in den internationalen Beziehungen mein Erstaunen auslöst. Auf der einen Seite sagt die NATO, daß sie politischer wird, obgleich die meisten Diskussionen seit Jahren nur über die militärische Seite der NATO geführt werden. Während der Zeit des kalten Krieges war es paradoxerweise genau umgekehrt. Als ich bei der NATO war, sprachen wir nur selten über militärische Dinge; die waren alle klar. Wir widmeten wahrscheinlich 95 Prozent unserer Zeit politischen Fragen. Ich meine, hier sollten wir irgendwie das Gleichgewicht wiederherstellen.

Für mich ist und wird die NATO sehr bedeutsam bleiben vor allem als ein Forum für politische Konsultationen, in welchem die Nordamerikaner ihre Rolle spielen. Natürlich sind die Amerikaner "the biggest boy" - um Herrn Ellemann-Jensen zu zitieren. Aber auch ein big boy kann mitunter beeinflußt werden, und ich meine, die NATO-Konsultationen könnten dabei eine wichtige Rolle spielen. Sie bieten eine Gelegenheit, auf die amerikanische Politik Einfluß zu nehmen.

Doch abgesehen davon: Was ist unser eigentliches Ziel? Ob es die NATO, die Europäische Union, die Westeuropäische Union oder die OSZE ist: Unser gemeinsames Ziel - und ich denke auch ein russisches Ziel - besteht darin, daß wir Stabilität sichern wollen. Stabilität ist zwar ein genauso schwieriger Begriff wie Status-quo-Macht, beinhaltet für mich jedoch zumindest fünf Faktoren: Das Rechtsstaatsprinzip, Einhaltung der Menschenrechte, pluralistische Demokratie, Marktwirtschaft und gute Nachbarschaft. Ich meine, das sind Ziele, die wir alle teilen. Wenn Sie sich diese fünf Punkte anschauen, wird deutlich, daß die militärische Dimension nicht die wichtigste Seite ausmacht. Jedenfalls habe ich bei diesen fünf keinen militärischen Begriff gebraucht, außer dem der "guten Nachbarschaft", die mit Sicherheitsfragen verbunden ist.

Die nächste Frage ist: Wie fördern wir die Stabilität? Die militärische Dimension spielt eine Rolle, aber ich halte die These aufrecht, daß, vom westlichen Standpunkt her, eher die Europäische Union als die NATO in der Lage sein wird, diese Stabilität zu schaffen und zu erhalten, die wir alle wollen. Ich plädiere daher für eine parallele Entwicklung von NATO-Erweiterung und der Erweiterung der Europäischen Union. Das gilt sowohl in der Sache als auch besonders im Hinblick auf den richtigen Zeitpunkt. Mein Eindruck ist, daß die Debatte über die NATO-Erweiterung bislang isoliert geführt worden ist und sehr viel mehr das große Potential der Europäischen Union gesehen werden sollte, um die Stabilität an sich zu fördern.

Als ich Generalsekretär der WEU war, gebrauchte ich zwei Slogans. Erstens: "Wir sind in der Lage, mehr für jeden zu tun, aber nicht notwendigerweise das gleiche für jeden." Zweitens: "Sicherheit durch Partizipation ist wichtiger als Sicherheit durch irgendwas sonst, einschließlich Garantien." Ich denke, mit der "Partnerschaft für den Frieden" sind wir auf dem richtigen Weg. Dies ist ein Beispiel für Sicherheit durch Partizipation. Jeder ist aktiv beteiligt, auch wenn die Art der Teilnahme unterschiedlich ist. Weiterhin haben wir in der Westeuropäischen Union den Status der "assozierten Partner" für jene Länder geschaffen, die demnächst der Europäischen Union beitreten werden und bereits Vereinbarungen getroffen haben.

Auch vom Standpunkt Rußlands wäre es wichtig, wenn wir diese parallele Entwicklung verdeutlichen würden. Daraus könnte sich dann auch eine Teillösung für das Problem der baltischen Länder ergeben. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die baltischen Staaten bald in die NATO kommen - wenn überhaupt jemals. Ich weiß auch nicht, ob dies notwendig ist und ob es wirklich hilfreich wäre. Ich sehe sie jedoch zukünftig in der Europäischen Union. Ein Land wie Estland ist wirtschaftlich bereits

qualifiziert für den Beitritt. Deshalb sehe ich dort - auch wenn dies keine "Spaghetti-Junction" ist - eine gewisse Arbeitsteilung, wobei die Europäische Union mehr tun könnte, besonders im skandinavischen Bereich, und die NATO eine geringere Rolle spielen sollte.

Abschließend nehme ich den Begriff des Vertrauens auf, der von Herrn Malaschenko und auch von anderen Teilnehmern genannt wurde. Natürlich ist das wichtig; aber es braucht Zeit, Vertrauen zu bilden, und es ist äußerst schwierig, wenn Vertrauen am Beginn eines Prozesses stehen soll. Ich hatte einen Lehrer, der gesagt hat: "Unsere Handlungen werden durch unsere Gefühle bestimmt." Man muß diese ursprünglichen, diese Bauch-Gefühle überwinden, bevor man etwas Sinnvolles tun kann. Aber es gibt Bereiche - gewiß zwischen Rußland und Europa;- , wo wir alle fühlen, daß wir zusammenarbeiten müssen, und wir sollten diese Bereiche ausweiten.

Rogow

Nachdem ich von Herrn Koschokin Unterstützung erfahren habe, möchte ich meine Aussagen von vorhin präzisieren. Die Niederlage im kalten Krieg hat die Sowjetunion und nicht Rußland erlitten; aber die Zinsen für diese Niederlage hat offenbar heute Rußland zu zahlen, und darin sehe ich ein Problem. Mit anderen Worten: Wenn als Resultat des kalten Krieges jetzt ein internationales System in Europa geschaffen wird, an dem Rußland nicht gleichberechtigt beteiligt ist, dann bedeutet das, daß Rußland den Preis für die Niederlage der Sowjetunion bezahlt.

Hier wurde verschiedentlich zu Recht betont, daß es in Zukunft nicht vornehmlich um die militärische Dimension der Sicherheit geht. Vor uns stehen ganz andere Aufgaben. Was die internen russischen Prioritäten betrifft, ist die Wiedergeburt Rußlands eine Aufgabe, die wir zumindest noch in der jetzt lebenden Generation lösen müssen. Fast hätte ich gesagt: Generation "sowjetischer Menschen"; denn in vieler Hinsicht haben wir noch eine sowjetische Mentalität; wir sind schließlich in der Sowjetunion groß geworden.

Aber wie erklärt sich eigentlich, daß es in Rußland einen so breiten Konsens gegen die NATO-Erweiterung gibt? Man könnte dieses Problem doch einfach übergehen und sich den wirklichen Kernproblemen zuwenden. Das geschieht deshalb nicht, weil die Erweiterung der NATO eben für eine europäische Struktur steht, bei der Rußland kein gleichberechtigter Teilnehmer ist.

Herr Höynck sprach über die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. In Rußland treten alle dafür ein, die Rolle dieser Organisation und ihre Entscheidungskompetenzen zu stärken. Das lehnt der Westen ab, indem er anderen Einrichtungen den Vorzug gibt. Niemand in Rußland schlägt Alarm und wendet sich gegen eine Erweiterung der Europäischen Union. Und auch die Westeuropäische Union ruft keine solche negative emotionale Reaktion in Rußland hervor wie die NATO.

Statt dessen hat der Westen damit begonnen, jene Organisation zu erweitern, die heute in Europa eine effektive Militärstruktur besitzt. Und dann halten Sie uns vor, daß wir immer nur von militärischer Sicherheit sprechen, wo es doch viel wichtigere Aufgaben gebe. Aber der Westen selbst hat die Initiative in dieser Hinsicht ergriffen und angefangen, den Ländern Osteuropas nicht nur militärische Sicherheitsgarantien zu gewähren, sondern beabsichtigt, sie auch in die militärische Infrastruktur mit einzubeziehen. Das heißt, die militärische Dimension des Sicherheitsproblems ist, wie Herr van Eekelen gesagt hat, heute gerade im Westen an die erste Stelle gerückt.

Man kann das Problem wie folgt formulieren: Wie lassen sich die legitimen Interessen der Beteiligten in Übereinstimmung bringen? Ich denke, der Westen will mit der NATO-Erweiterung nicht gegen Rußland handeln, sondern vor allem die Koalition zusammenhalten, die im kalten Krieg gesiegt hat. Das heißt, der Westen will verhindern, daß die klassischen innerwestlichen Konflikte und Widersprüche erneut aufbrechen. Die Aufrechterhaltung seiner Koordinationsmechanismen in der Militärpolitik richtet sich also gar nicht gegen Rußland. Osteuropa seinerseits will so schnell wie möglich der westlichen Gemeinschaft beitreten. Auch das ist, so meine ich, nicht gegen Rußland gerichtet.

Ebenso hat aber Rußland legitime Interessen. Zumindest seit den Zeiten Peters des Großen waren wir Teil des europäischen Systems. Manchmal haben wir eine gute, manchmal eine schlechte Rolle gespielt. Was wir jetzt feststellen, ist, daß Sie unser legitimes Interesse offensichtlich als drittartig ansehen. An die erste Stelle setzen Sie den Erhalt der Einheit der westlichen Gemeinschaft und an die zweite Stelle das Integrationsinteresse Osteuropas, während Rußland unter ferner liefen bleibt. Wenn es uns gelingt, eine Lösung zu finden, um die unterschiedlichen legitimen Interessen in Übereinstimmung zu bringen, wird das Problem der NATO-Erweiterung in der Tat nicht mehr die dominierende Rolle spielen.

Ich sehe zwei Aufgaben, die gelöst werden müssen. Zum einen gilt es zu verhindern, daß die NATO-Erweiterung nicht nur zu einer Entfremdung, sondern zu einer Gegnerschaft zwischen Rußland und dem Westen führt. Die damalige Auseinandersetzung um die Raketenstationierung in Europa wurde erwähnt; man könnte auch andere Krisen nennen. Heute stehen wir vor einer sehr ernstern Komplikation unserer Beziehungen, obwohl es dafür keine realen Gründe gibt.

Man kann über konkrete Maßnahmen sprechen, die Rußland zeigen sollen, daß die NATO-Erweiterung das militärische Gleichgewicht nicht zu unseren Ungunsten verschiebt und somit gar keine Bedrohung für Rußland darstellt. Ich kenne in der Tat nicht einen NATO-Funktionär, der die Stationierung von Atomwaffen in Osteuropa planen würde. Aber die NATO selbst hat dies kein einziges Mal klipp und klar verneint und eine entsprechende verbindliche Verpflichtung in diesem Sinne abgegeben.

Der Grund dafür liegt im Artikel 5 des Washingtoner Vertrages. Das heißt, Sie wollen bei sich nicht erneut die Debatte über Nukleargarantien und so weiter beginnen. Aber Rußland stellt Ihnen die berechnete Frage, ob dort Atomwaffen stationiert werden sollen oder nicht. Wenn Sie dies nicht vorhaben, was hindert Sie daran, dies rechtlich verbindlich zu regeln? Das gilt auch für die konventionellen Waffen, und es ist klar, daß viele Grundsätze des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa in Frage gestellt werden. Generell entsteht ein noch ernsthafteres Problem: Kann dieser Vertrag, der das militärische Gleichgewicht in Europa zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt gewährleistet hat, die Grundlage für Stabilität und Sicherheit in Europa im 21. Jahrhundert sein, wenn es zwar die NATO noch gibt, aber der Warschauer Pakt nicht mehr existiert - es sei denn, letzterer steigt wie Graf Dracula aus dem Sarg, was aber eher unwahrscheinlich sein dürfte.

Für die Lösung dieser Probleme gibt es klassische Maßnahmen zur Rüstungskontrolle, die längst überholt schienen. Ich habe hier eine ganz aktuelle Analyse, die eine Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung in Rußland für die kommenden zehn Jahre enthält. Diese Prognose ist bereits stark kritisiert worden, weil sie in ihrer optimistischsten Einschätzung davon ausgeht, daß das Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahre 2005 nur um 19 Prozent wachsen wird. Dabei liegt das heutige russische Bruttoinlandsprodukt verglichen mit dem der Sowjetunion bei lediglich 26 Prozent. Zu den Verteidigungsausgaben wird überhaupt keine Aussage gemacht. Aber ich kenne einige Pläne und Forderungen unseres Verteidigungsministeriums in bezug auf den Haushalt, und das bedeutet konkret für 1997 eine Erhöhung der Rüstungsausgaben um das Anderthalbfache. Das heißt, wir stehen vor einer Situation, in der der klassische Mechanismus bestimmte Gegenmaßnahmen auslöst, so wie das 40 Jahre lang während des kalten Krieges funktionierte.

Ich meine, das dürfen wir nicht zulassen. Wenn unsere westlichen Partner hier beteuern, daß man keinerlei aggressive Absichten gegenüber Rußland hege, dann setzt dies voraus, daß man uns in konkrete Entscheidungen mit einbezieht und nicht einfach sagt: Wir sind gute Menschen, also könnt Ihr uns glauben. Ich denke, der Westen muß uns schon von seinen guten Absichten überzeugen. Wenn Ihnen daran gelegen ist, daß Rußland den Status quo unterstützt, dann sollten Sie darüber nachdenken, ob es Sinn macht, einen Status quo anzuvisieren, der die vitalen Interessen Rußlands nicht ausreichend berücksichtigt.

von Studnitz

Ähnlich wie Herr Moisi erfüllt auch mich dieses Gespräch mit einer gewissen Frustration, weil ich den Eindruck habe, daß wir im Grunde immer noch aneinander vorbeireden, uns zumindest mit unterschiedlichen Perzeptionen begegnen. Das hat sicher viel mit der Frage des gegenseitigen Vertrauens zu tun. Denn Vertrauen bedeutet ja immer eine Vorleistung. Ich kann nicht von dem anderen verlangen: Vertraue du mir, dann vertraue ich dir, sondern jeder muß damit von sich aus beginnen.

Insofern stört mich hier auch nicht die Kategorisierung von Ost und West, von Rußland und dem Westen, weil damit angezeigt ist, daß wir immer noch unterschiedliche Ausgangspunkte haben, auch wenn wir in dem einen oder anderen Falle bereits auf einer gemeinsamen Basis stehen. Aber es bleibt noch viel zu tun, um unser Miteinander auf ein höheres Niveau zu stellen.

Das Gespräch, das wir hier führen, hat im Grunde die Funktion eines Spiegels, den man sich gegenseitig vorhält, um die Vorstellungen und Denkweisen des jeweils anderen wahrzunehmen. Was uns auf westlicher Seite zweifellos beunruhigt, sind Äußerungen unserer russischen Partner wie: "Die östliche Ukraine ist im Grunde Teil Rußlands." Oder: "Ihr müßt euch daran gewöhnen, daß Weißrußland zu uns gehört." Dafür finden Sie bei uns deshalb kein Verständnis, weil wir im Westen nahezu ausschließlich in Status-quo-Kategorien denken, orientiert an den Grenzen, die sich im Jahre

1990 bestätigt haben und wie sie auch in Zukunft Bestand haben sollen. Wenn wir eine Lektion aus der Geschichte gelernt haben, dann diese: Wer in Europa an die bestehenden Grenzen rührt, spielt mit dem Feuer. Möge uns diese Erfahrung im 21. Jahrhundert erspart bleiben!

Das heißt, wenn Sie von der Ostukraine oder von Weißrußland als von Teilen Rußlands sprechen, woran wir uns im Westen zu gewöhnen hätten, werden Sie kaum das Vertrauen auf unserer Seite gewinnen. Wir denken dann nämlich sogleich an die baltischen Staaten, zu denen es auf russischer Seite ähnliche Äußerungen gibt.

Von der russischen Identität war die Rede. Mir ist schwer verständlich, warum Sie diese Frage immer wieder auf den Rahmen der alten Sowjetunion oder auch des Zarenreiches beziehen. Die Russische Föderation in ihrer heutigen Gestalt umfaßt ein so riesengroßes Territorium und hat so gewaltige Aufgaben zu lösen vor sich, daß dies mehr als genug sein müßte, um Rußland als starken Partner im weltpolitischen Rahmen zu etablieren, der es heute aufgrund seiner allen sichtbaren Schwächen nicht sein kann. Mit anderen Worten: Das prospektive Ausgreifen über die eigenen Grenzen hinaus und die Ansprüche auf Gebiete der Nachbarn schafft einen Großteil der Probleme, mit denen wir uns hier auseinandersetzen müssen.

Dabei möchte ich betonen: Der Westen sieht in Rußland einen wirklichen Partner, der durchaus seine eigenen Interessen verfolgt, was aber gerade nicht ausschließt, daß es gemeinsame Anliegen gibt, die partnerschaftlich realisiert werden können.

Baburin

Herr Malaschenko hat zu Recht darauf aufmerksam gemacht, daß hinter all unseren Problemen letztlich die Frage des gegenseitigen Vertrauens steht, das die ganze Menschheitsgeschichte hindurch durch Konflikte und Streitigkeiten leidet.

Herr von Studnitz hat gefragt, warum sich Rußland nicht mit den heutigen Grenzen der Russischen Föderation identifizieren kann. Das hängt in der Tat nicht zuletzt damit zusammen, daß die ethnischen Grenzen nicht mit den administrativen Grenzen übereinstimmen. Hinzu kommt ein anderer Aspekt. Die Grenzen, nach denen die ehemaligen Sowjetrepubliken eingeteilt wurden, waren das Ergebnis bolschewistischer Experimente, die zusammenhängende Territorien und bis dahin einheitliche Staatsgebilde ganz bewußt getrennt haben. Dieses Erbe des Bolschewismus, das Produkt eines totalitären Regimes sollen wir jetzt offenbar als Errungenschaft der Menschheitsgeschichte begreifen. Das ist aber keine Errungenschaft, sondern eine schmerzliche Tragödie. Ich bin beispielsweise in Semipalatinsk geboren, eine Stadt in Südsibirien, in die um die Jahrhundertwende mein Großvater wie viele andere aus Weißrußland kam, um mitzuhelfen, diese Region zu erschließen. Heute ist die Bevölkerung von Nord- und Ostkasachstan überwiegend nicht kasachisch, sondern russisch oder russischsprachig.

Niemand hat je gefordert, die Ostukraine von der Westukraine zu trennen und tut dies auch heute nicht. Als ich kürzlich in Kiew war, habe ich meine ukrainischen Kollegen gefragt, warum sie sich nicht empören, daß die verdammten "Moskau" die Bezeichnung "Russen" usurpiert haben; denn gerade Kiew ist doch historisch das Zentrum der russischen Zivilisation gewesen. Daß die Hauptstadt später nach Moskau und nach St. Petersburg verlagert wurde, ist kein Grund, die gemeinsame Vergangenheit in Zweifel zu ziehen.

Heute bestehen hier in der Tat verschiedene Staaten, deren Grenzen durch internationale Vereinbarungen anerkannt werden müssen, wenn sie weiter Bestand haben sollen. Daraus resultieren viele schwerwiegende und schmerzhaft Probleme, und wir können nur hoffen, aus einer Reihe von Sackgassen durch eine Beschleunigung der Integrationsprozesse herauszukommen, damit Sewastopol oder die Krim die Ukraine und die Russische Föderation nicht voneinander trennen, sondern ihrer Vereinigung dienen.

Ich stimme meinem Kiewer Kollegen, Herrn Kaminskij, durchaus zu, daß der Hauptgrund für die Zuspitzung der Beziehungen zwischen Rußland und der Ukraine in den letzten fünf Jahren die offizielle Position Moskaus war. Die ungeschickten und undurchdachten Maßnahmen der russischen Regierung haben die Emotionen ständig aufgepeitscht. Das gilt sowohl für Beschlüsse der Staatsduma als auch vor allem der russischen Regierung.

In noch höherem Maße ist das bei russisch-weißrussischen Beziehungen der Fall, wobei hier die Regierung Weißrußlands die treibende Kraft für die Integration mit Rußland ist und nicht die Russische Föderation. Ich bin dankbar, daß einige Teilnehmer das betont haben, was ich nur bestätigen kann. Ich werde nicht müde, meine Parlamentskollegen, den Präsidenten und die russische Regierung dafür zu kritisieren, daß sie den Integrationsprozeß mit Weißrußland bremsen.

Ich sehe heute drei neue Gefahren für die Verständigung zwischen dem Westen und Rußland.

Die erste Gefahr ist die NATO-Osterweiterung. Darauf wurde mehrfach hingewiesen. Wie Herr Malaschenko und Herr Karaganow bin auch ich der Ansicht, daß die Osterweiterung der NATO für uns an und für sich keine Tragödie darstellt. Wir verstehen den Wunsch der betreffenden Staaten, sich dafür zu engagieren. Worum es uns geht, ist, ob der Westen glaubt, daß es uns mit gutnachbarlichen Beziehungen ernst ist. Dann wäre nämlich die Erweiterung weder zweckmäßig noch notwendig. Ist der Westen jedoch von unseren friedlichen Absichten nicht überzeugt, dann dienen alle Diskussionen nur dazu, das Vorrücken der westlichen Streitkräfte an die Grenzen Rußlands zu tarnen. Diese Frage ist für uns deshalb so wichtig, weil wir entscheiden müssen, ob wir das Gewicht künftig mehr auf Wirtschafts- und Sozialreformen legen oder unseren Staatshaushalt wieder verstärkt auf die Rüstung ausrichten sollen, um ein Gegengewicht gegen die NATO-Erweiterung zu schaffen. Denn wir werden uns nicht damit abfinden, wenn nicht nur Atomwaffen, sondern auch andere Waffengattungen an unseren Grenzen stationiert werden.

Die beiden anderen Gefahren hängen mit der Situation in Tschetschenien und mit Weißrußland zusammen, die die Beziehungen zwischen Rußland und den europäischen Staaten schon sehr bald behindern könnten. Die Weltgemeinschaft hat in den vergangenen Jahren mehrfach eine Doppelmoral in den internationalen Beziehungen gezeigt. Was sie in Bosnien sah, wollten sie an anderer Stelle nicht bemerken, beispielsweise in Afghanistan. Es ist schon merkwürdig, daß der Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen insgesamt den jahrelangen Bürgerkrieg in Afghanistan total ignorieren und den Terroranschlag auf den früheren Präsidenten Nadschibullah großmütig verziehen haben. Da ist denen, die sonst so einmütig für die Einhaltung der Menschenrechte kämpfen, offenbar einiges entgangen.

Das gleiche gilt für die Vertreibungen der nicht-tschetschenischen Bevölkerung vom tschetschenischen Territorium und die Barbareien, die dort in den Jahren 1991 bis 1993 stattfanden. Erst jetzt fragt man, was denn in Tschetschenien geschieht. Ich will hier keineswegs die Anwendung von Gewalt rechtfertigen, und ich habe immer wieder darauf bestanden, diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die mitschuldig am Tod so vieler Bürger und Soldaten sind, ob es sich dabei um die Anführer krimineller Banden in Tschetschenien oder um die Führer des russischen Staates handelt. Aber ich wende mich gegen die Doppelmoral, bestimmte Menschenrechtsverletzungen zu sehen, andere aber nicht. Menschenrechte kennen keine Grenzen.

Was Weißrußland angeht, möchte ich nur daraufhinweisen, daß Präsident Lukaschenko so umstritten er sein mag - eine Verfassungsreform durchgeführt hat und ihn die Mehrheit der Wähler in seinem Bestreben nach einer Integration mit Rußland tatsächlich unterstützt. Auch in Rußland - dessen bin ich mir sicher - ist die Mehrheit der Bevölkerung für die Integration mit Weißrußland. Darüber werden wir entsprechend unserer Verfassung bestimmen. Es wäre also vorschnell, wenn man jetzt Verstöße gegen die Bürgerrechte in Weißrußland beklagt, welche die legitimierte Entscheidung des Präsidenten und des Parlaments in Frage stellen.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur an die Vorgänge in Kasachstan erinnern, als Präsident Nasarbajew ohne eine wirkliche Wahl eine zweite Amtszeit durchsetzte, ohne daß irgend jemand das Fehlen jeglichen demokratischen Verfahrens beklagt hat.

Und vieles von dem, was man Präsident Lukaschenko vorwirft, sieht man anderen Präsidenten wie Jelzin, Karinow und wem sonst noch großzügig nach. Ich wünschte mir jedenfalls, daß man da nicht mit zweierlei Maß messen würde. Wenn es um den Schutz der Menschenrechte geht, sollte man niemanden mit Nachsicht behandeln. Vielmehr sollte Europa - und nicht nur Europa - in diesen elementaren Fragen einen einheitlichen Maßstab anlegen.

Andréani

Es ist viel darüber gesprochen worden, wieviel Vertrauen wir gegenseitig verdienen. Die Antwort darauf ist einfach. Man muß sich nur an die Fakten halten und sich anschauen, wie wir in den letzten fünf Jahren miteinander umgegangen sind. Ich finde, daß die Bilanz für beide Seiten sehr gut ausfällt.

Auf russischer Seite wurde vielleicht mitunter etwas unbedacht geredet, und es gab manche unglückliche Entschließung der Duma, doch es war kein Versuch erkennbar, die früheren Mitgliedsländer der Sowjetunion gegen ihren Willen zu reintegrieren; es gab also keine neoimperialistischen Vorgehensweisen. Auf der anderen Seite gibt es entschiedene Anstrengungen in Richtung Marktwirtschaft, die unumkehrbar ist.

Auf unserer Seite fällt die Bilanz ebenfalls äußerst positiv aus. Ich kann nicht zustimmen, daß wir versucht hätten, Rußland zu isolieren. Die Führung im Westen hat viel getan, um die Reformen und

die Demokratie in Rußland zu unterstützen. Vielleicht ist sie etwas zu weit gegangen, die offizielle russische Führung zu stützen, die für sie aber die Reformen verkörperte. Unterstützung wurde gegeben, beispielsweise politische und finanzielle Hilfe. Ich erwähne nur die beiden Umschuldungsvereinbarungen, die in diesem Jahr mit dem Pariser und Londoner Club abgeschlossen wurden und die wohl zu den günstigsten Vereinbarungen zählen, die jemals mit einem zahlungsfähigen Land getroffen wurden; denn Rußland ist im wesentlichen ein solventes Land.

Mein zweiter Punkt zielt darauf, daß wir alles tun sollten, um die NATO-Erweiterung realistisch anzugehen. Eine kürzliche Meinungsumfrage in den Vereinigten Staaten hatte zum Ergebnis, daß 70 Prozent der amerikanischen Öffentlichkeit für eine Erweiterung der NATO sind, während 65 Prozent dabei Rußland miteinschließen. Und bei der Frage, ob Rußland bereits Mitglied der NATO sei, würde die Mehrheit der amerikanischen Öffentlichkeit das wohl mit ja beantworten.

Damit will ich nicht die politische Bedeutung der NATO-Erweiterung abtun, sondern möchte nur unterstreichen, daß selbst die stärksten Befürworter der NATO-Erweiterung nicht von feindlichen oder reservierten Einstellungen gegenüber Rußland bestimmt sind. Unsere Motivation ist vielmehr, den mitteleuropäischen Ländern ein Gefühl der Zugehörigkeit und Selbstachtung zu vermitteln, das sie verdienen. Wir wissen, daß ein solcher Schritt Verstimmung seitens Rußlands provoziert, und wir sollten alles versuchen, um diese Verstimmung zu besänftigen.

Ich stimme nun denen zu, die gesagt haben, worauf es eigentlich ankommt, betrifft die Wirtschaft. Wie können wir Rußland in das Weltwirtschaftssystem integrieren? Das ist die entscheidende Frage. Die Sicherheitsprobleme, die es noch gibt, sind ganz neuer Natur und beziehen sich auf globale Probleme, auf die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, auf Terrorismus, darauf, wie wir gemeinsam weltweiten Herausforderungen begegnen können, und auch auf einige regionale Probleme in Europa, im Kaukasus etwa, auf dem Balkan oder auch was die Stabilität der baltischen Region angeht und so weiter. Wir sollten uns schnellstens mit den Problemen dieser neuen Agenda befassen und uns nicht zu sehr durch die Frage der NATO-Erweiterung ablenken lassen.

Schließlich möchte ich auf die von Sir Rodric gestellte Frage eingehen, ob unser institutioneller Rahmen ausreicht, entsprechend voranzugehen. Ich bin davon überzeugt und möchte dafür einige Beispiele nennen. Es wird eine Charta zwischen der NATO und Rußland geben, die aber kaum den notwendigen Rahmen schaffen wird, um neue Probleme anzugehen, insbesondere im Hinblick auf Sicherheitsfragen. Ich glaube nicht, daß die NATO viel mehr für die Stabilisierung des Balkans tun kann, als was sie gegenwärtig mit dem IFOR-Einsatz unternimmt. Im Kaukasus oder in den baltischen Staaten wird sie nicht viel bewirken können, aber sie kann durch sinnvolle Konsultationen die Russen beruhigen. Dazu können Konsultationen durchaus beitragen, soweit man dabei Rußland nicht mit festgelegten Positionen gegenübertritt, sondern es Teil eines Prozesses wird, in dem es seine Position deutlich machen kann, bevor Entscheidungen getroffen werden. Dabei werden sie eine gewandelte NATO erleben, die hoffentlich europäischer und gleichgewichtiger sein wird.

Darüber hinaus haben wir aber bereits einige institutionelle Rahmen, mit denen wir arbeiten können. Einer davon ist die OSZE. Beide Seiten sind dafür verantwortlich, daß die OSZE nicht genügend genutzt wird, um einige Probleme zu lösen. Viele regionale Fragen in Europa können angemessen nur im Rahmen der OSZE behandelt werden.

Wir haben weiterhin die Institution des Partnerschaftsabkommens zwischen der EU und Rußland, das auch einen Rahmen für politische Zusammenarbeit bietet und keinesfalls nur substantielle Handelszugeständnisse enthält. Daraus sollten wir mehr Nutzen ziehen. Auf wirtschaftlichem Gebiet gibt es Anträge aus Rußland, der OECD und der Welthandelsorganisation beizutreten. Wie die meisten europäischen Länder unterstützt Frankreich diese Anfragen prinzipiell, und meiner Auffassung nach wird Rußland eher früher als später diesen beiden entscheidenden Institutionen beitreten, um sich in die Weltwirtschaft zu integrieren.

Weisser

Herr Segbers warnte vor den hohen Kosten, welche die Aufnahme Polens und anderer Länder in die NATO nach sich ziehen würden. Darf ich daran erinnern: Als Spanien 1982 Mitglied der NATO wurde - nachdem sich das Franco-Regime verabschiedet hatte;- , war man in Europa allgemein der Auffassung, daß eine Mitgliedschaft im Bündnis, die gleichzeitig den Weg für den späteren Beitritt zur Europäischen Union öffnet, den demokratischen Prozeß in diesem Lande stabilisieren würde. Damals hat kein Mensch über die Kosten eines NATO-Beitritts für Spanien gesprochen, sondern über den politischen Prozeß. Dies trifft in ähnlicher Weise heute für Länder wie Polen und andere zu. Wenn der politische Prozeß gelingt und zugleich mit Rußland eine Kooperation und Partnerschaft zustande kommt, die diesen Namen verdient, dann besteht auch kein Grund für steigende Verteidigungskosten.

Was die russischen Befürchtungen angeht, daß diese Kooperation und Partnerschaft nicht genügend Substanz haben werden, stimme ich Herrn Koschokin zu, wenn er sagt, daß eine Konsultation post factum unzureichend ist. Im Falle von Krisen und Instabilität in Europa müssen Analyse, Planung und Durchführung dann in der Tat von Anfang an gemeinsam angegangen werden. Das kann nicht so aussehen, daß Rußland erst konsultiert wird, wenn die Entscheidung bereits gefallen ist.

Des weiteren kann ich hier versichern, daß aufseilen der NATO weder die Notwendigkeit gesehen wird noch die Absicht besteht, unser Nukleardispositiv auch nur einen Zentimeter nach Osten zu verlagern, wenn ein neues Mitglied aufgenommen wird. Dänemark würde auch nicht auf die Idee kommen, danach zu fragen, wann endlich Nuklearwaffen auf dänischem Boden stationiert werden, um sich als vollberechtigtes Mitglied des Bündnisses fühlen zu können. Derartige Überlegungen sind also bar jeder Realität. Diese Punkte würden im übrigen in einem Kooperationsabkommen mit Rußland eindeutig festgelegt werden. In dieser Hinsicht stimme ich Herrn Rogow völlig zu.

Lebed

Wir haben den ganzen Tag über so gut gearbeitet, daß ich nur ungern den Teelöffel in unseren gemeinsamen Honigtopf hineinstecke.

Meiner Ansicht nach haben wir uns von unserem vorgegebenen Thema weit entfernt. Die Vertreter der NATO-Mitgliedsländer und der Länder, die in die NATO aufgenommen werden wollen, haben die NATO gelobt. Die russische Seite hat höflich über die NATO geschimpft. Auch die OSZE hat sich gelobt, und Frau Leni Fischer hat es nicht geschafft, sich zu loben, weil die zahlreichen Gentlemen sie nicht zu Wort kommen ließen.

Wir haben sodann die Besonderheiten der italienischen Nationalküche erörtert und uns über die Geographie gestritten: Ist Rußland Europa oder nicht? Auf unserer Tagesordnung steht die Frage: Was bewegt Rußland? Ich bin eigentlich kein Pessimist. Für mich gibt es auch keine ausweglosen Situationen und unlösbaren Aufgaben. Wenn der entsprechende Wille vorhanden ist, kann alles gelöst und getan werden.

Dennoch werde ich jetzt einmal zum Pessimisten, wenn ich sage: Rußland wird heute von Verzweiflung bewegt. Als vor fünf Jahren das durch und durch morsche Regime auseinanderbrach, war der Enthusiasmus sehr groß. Aber von Anfang an liefen die Veränderungen und Reformen den Erwartungen und Hoffnungen der Menschen zuwider, und die Hoffnungen schwanden zusehends. Heute leben ungefähr 80 Prozent der Bevölkerung an der Armutsgrenze, viele sind bereits darunter abgerutscht. Wir sind mit allen möglichen Krisen konfrontiert. Vielen Atomkraftwerken fehlt es an technischer Wartung und entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen. Aber ich will Sie nicht mit einer Negativliste behelligen, sondern nur betonen, daß in Rußland die Hoffnung fast gestorben und, was ich außerordentlich bedaure, das Wort "Demokratie" zu einem Schimpfwort geworden ist. Das Schlimmste ist, wenn die Hoffnung stirbt. Das hat, -zumindest in Rußland, meist zur Folge, in sinnlosen und erbarmungslosen Revolten zu explodieren. Ich hoffe sehr, dies wird nicht geschehen.

Der Westen sucht einen Partner, lautet der zweite Satz unserer Agenda. Immer wieder habe ich hier den Ruf nach einem Partner gehört. Rußland ist ein Partner. Wir haben hundertmal "Halva" gesagt, aber süßer ist es dadurch im Munde nicht geworden. Wenn ich es richtig sehe - aber vielleicht verstehe ich das ja falsch;- , müssen wir die gegenseitigen partnerschaftlichen Beziehungen in unserer konkreten gemeinsamen Arbeit definieren. Nur durch gemeinsame Arbeit lernen wir einander besser kennen und erhöhen das gegenseitige Vertrauen. Das potentiell sehr reiche Rußland, das geographisch die Hälfte Europas einnimmt, kann ein wichtiger und verlässlicher Partner werden. Wenn aber Rußland zerfällt, dann wird das die andere Hälfte Europas bitter zu spüren bekommen. Ich meine, darüber sollten wir ernsthaft nachdenken, um in der weiteren Diskussion die beiden Sätze einander anzunähern: "Was bewegt Rußland?" und "Welchen Partner sucht der Westen in Rußland?"

von Weizsäcker

Als das Treffen der NATO im Dezember 1990 in Paris stattfand, war zwar von Sicherheit in Europa, nicht dagegen von Erweiterung der NATO die Rede, und zwar von keiner Seite. Danach kam die Forderung nach Erweiterung der NATO, vorzugsweise aus Warschau, Prag und Budapest, ohne daß darauf zunächst eine Resonanz erfolgte, auch aus Amerika nicht. Das heißt, diese Appelle blieben im Westen weitgehend unwidersprochen, verfestigten sich jedoch in Polen, Tschechien und Ungarn. Als dann aus Moskau Widerspruch laut wurde, hieß es von selten des Westens: Ein Vetorecht gegen die Aufnahme neuer Mitglieder könne nicht akzeptiert werden. So richtig diese Feststellung einerseits war, bedeutete sie andererseits keine Lösung des Problems.

Nun hat die NATO seit ihrer Gründung im Jahre 1955 aus meiner Sicht zweifellos sehr viel Positives bewirkt. So hat sie beispielsweise der alten Bundesrepublik Deutschland Sicherheit verschafft, auf die wir Deutsche dringend angewiesen waren. Besonders hervorheben möchte ich jedoch die sogenannte Marmel-Doktrin, die Ende der sechziger Jahre beschlossen wurde und die eine Doppelstrategie beinhaltete. Auf der einen Seite eine Sicherheitsgarantie für alle NATO-Mitglieder, auf der anderen Seite das Angebot einer gemeinsamen Entspannungspolitik mit dem Ostblock. Die gesamte Ostpolitik, die vorzugsweise von der Bundesrepublik betrieben wurde und in deren Gefolge der Moskauer Vertrag und dann auch der KSZE-Gipfel 1975 in Helsinki zustande kamen, beruhte auf eben diesem zweiten Teil der Harmel-Doktrin. Das heißt, bereits Ende der sechziger Jahre herrschte im Westen die Überzeugung vor, daß Sicherheit allein ohne gleichzeitiges Entspannungsangebot keinen Sinn machte.

Dieser doppelte strategische Ansatz behält auch für die Zukunft, so meine ich, seine Gültigkeit. Mit anderen Worten: Rußland muß erkennen können, daß die Absichten der neuen NATO, gegebenenfalls auch mit einem erweiterten Mitgliederkreis, in seinem eigenen Interesse liegt. Und dem Westen muß klar sein, daß Sicherheit letztlich nicht gegen, sondern nur zusammen mit Rußland zu gewinnen ist. Wir sitzen also in vieler Hinsicht in einem Boot. Das sollten wir bei der ganzen Erweiterungsdiskussion nicht aus den Augen verlieren.

Wenn wir im Westen in der NATO auch in Zukunft einen Eckpfeiler unserer Sicherheit sehen, was ich für zutreffend halte, dann würden wir gegen unsere eigenen Interessen handeln, wenn wir meinten, die gegenwärtige Schwäche Rußlands ausnutzen zu können und eine NATO-Erweiterung gegen den Willen der Russen durchzusetzen. Herr Rogow hat hier ja sehr deutlich gesagt, und darin stimme ich ihm zu: Wenn die NATO unsere derzeitige Schwäche ausnutzt, dann muß sie längerfristig um so sicherer mit entsprechenden russischen Gegenreaktionen rechnen - was wiederum unserem westlichen Eigeninteresse zuwiderlaufen würde. Insofern kann ich auch nicht akzeptieren, wenn immer wieder die Rede davon ist, die NATO stehe in bezug auf die Erweiterung unter Zeitdruck. Diesen Druck erzeugen wir doch selber - und erklären dann, wir befänden uns in einer Zwangslage.

Wir alle wissen, daß die Außenpolitik in den USA in den letzten vier Jahren im wesentlichen innenpolitisch motiviert war - bis hin zur Wahlrede Clintons in Detroit kurz vor der letzten Wahl. Sicher, jede Außenpolitik reflektiert immer auch die innenpolitische Situation eines Landes; aber es bleibt zu hoffen, daß sich die amerikanische Außenpolitik nach der Wiederwahl Clintons jetzt erneut den internationalen Problemen sui generis zuwendet, was in unser aller - auch im amerikanischen - Interesse wäre. Ich meine, es ist unter Freunden erlaubt, die Amerikaner an ihre Mitverantwortung und internationalen Verpflichtungen zu erinnern.

In dem Zusammenhang erwähne ich auch die amerikanische Haltung gegenüber den Vereinten Nationen. Die Amerikaner haben die UNO mehr als einmal für ihre eigenen Ziele benutzt, um nicht zu sagen, instrumentalisiert - was ich ihnen nicht vorwerfe. Mir ist dagegen unverständlich, daß das reichste Land der Welt seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber der UNO nicht nachkommt, was einmal mehr zeigt, daß die USA die Vereinten Nationen und ihre Unterorganisationen entsprechend ihrer Mitverantwortung für die weltweiten Entwicklungen nicht adäquat nutzen. Das gilt im übrigen auch für die OSZE, die ja eine regionale Vereinbarung der Vereinten Nationen ist und auf einem relativ begrenzten Territorium eine wichtige Rolle spielt. Die Vereinten Nationen haben in den letzten 50 Jahren zweifellos vieles erreicht, nicht zuletzt auf den Gebieten des Völkerrechts, der Menschenrechte, des Minderheitenschutzes. Und auch die Arbeit im Europarat wäre ohne die Vereinten Nationen nicht denkbar gewesen.

Von daher meine ich, daß wir auch die OSZE in Zukunft erheblich stärken sollten - nicht nur durch die Verkündung hehrer Prinzipien, sondern durch konkrete Maßnahmen, wozu im übrigen die notwendigen institutionellen Vorkehrungen gehören, etwa die Schaffung eines Sicherheitsrates im Rahmen der OSZE. Ich möchte also unterstreichen: Die UNO und auch die OSZE sind wertvoller, als ihre gegenwärtige Behandlung, nicht zuletzt durch die Amerikaner, erkennen läßt.

Ein Wort will ich noch an unsere polnischen Freunde adressieren. Als die alte Bundesrepublik seinerzeit im Rahmen der Ostpolitik der NATO nachhaltig aktiv wurde, war sie für ihre westlichen Bündnispartner vor allem deswegen so wichtig, weil sie die Beziehungen gegenüber der Sowjetunion und den Mitgliedern des Warschauer Paktes normalisierte und dafür eine besondere Kompetenz entwickelte, die dem Westen insgesamt zugute kam. Polen in der NATO kann ich mir durchaus vorstellen. Ich würde dies aber für um so nützlicher halten, wenn die Polen in der NATO nicht in erster Linie Schutz gegen die Russen suchten, sondern wenn es ihnen darum zu tun wäre, das Verständnis im Westen für die Russen zu erweitern und zu vertiefen und damit die Gespräche und Verhandlungen mit der russischen Seite erleichterten.

Mit anderen Worten: Je mehr wir eine in diesem Sinne aktive Ostpolitik der Polen erleben, desto überzeugender wäre eine NATO-Mitgliedschaft Polens zum Nutzen für ganz Europa und auch für die Russen eher einsehbar. Ich könnte mir denken, daß dies in Polen im Prinzip ähnlich gesehen wird; es wäre nur wünschenswert, wenn es in der gegebenen Situation noch deutlicher zum Ausdruck kommen würde.

Reiter

Ich möchte den Appell von Herrn von Weizsäcker an Polen nicht unbeantwortet lassen.

Zunächst die Frage, ob Polen in der NATO Schutz gegen die Russen sucht. Ich habe bereits gesagt, daß dies nach meiner Meinung nicht die richtige Interpretation unserer Bemühungen um NATO-Mitgliedschaft ist. Unsere historische Erfahrung zeigt, daß Sicherheit in Mitteleuropa nur im Verbund mit anderen zu erreichen ist. Und mit wem sonst, wenn nicht mit der NATO, der Allianz von demokratischen Staaten. Ich meine, wir brauchen dabei kein schlechtes Gewissen zu haben. Die NATO ist aus dem kalten Krieg moralisch intakt hervorgegangen. Sie muß sich nichts vorhalten lassen, schon gar nicht antirussische Absichten.

Aber selbst wenn die Hypothese zuträfe, daß wir bei der NATO Schutz vor Rußland suchten: Wen könnte das eigentlich wundern? Ist es wirklich ein kollektiver Anfall von Hysterie, wenn so viele Länder des früheren Ostblocks in die NATO wollen? Oder ist dies möglicherweise aus der Geschichte verständlich? Auch wenn es eine irrationale Haltung wäre: Was hat die Großmacht Rußland in den vergangenen Jahren getan, um diese Länder davon zu überzeugen, daß ihr Mißtrauen unberechtigt ist? Die oft unerträgliche, arrogante Großmachtattitüde in der russischen Politik ist jedenfalls nicht geeignet, Vertrauen zu schaffen. Eine aktive polnische Rußland-Politik wird erst möglich, wenn auch Rußland sie will. Bisher habe ich die Bereitschaft dazu nicht erkennen können.

Wie wird sich unsere NATO-Mitgliedschaft auf diese Beziehungen auswirken? Ich meine, positiv. Der Gedanke, daß die ostmitteleuropäischen Länder keine Verfügungsmasse, sondern gleichberechtigte Partner sind, wird sich allmählich durchsetzen. Insofern wird die NATO-Erweiterung tatsächlich zum Nutzen für ganz Europa und eben auch für Rußland sein. Unterhalb der machtpolitischen Ebene können wir möglicherweise eher sinnvolle Verbindungen schaffen. An guten Ansätzen dafür fehlt es zumindest nicht.

Ash

Zunächst will ich kurz auf die Sicherheitsfrage zurückkommen. Metaphern sind in internationalen Beziehungen immer heikel. Sir Rodrics "Spaghetti-Junction" ist bereits mehrfach auseinandergenommen worden, und ich würde hinzufügen: Der Sinn einer Spaghetti-Junction besteht darin, für Leute, die aus verschiedenen Richtungen kommen und sich in unterschiedliche Richtungen fortbewegen wollen, eine Regelung zu finden, damit sie nicht zusammenstoßen. Ich bin mir nicht sicher, ob wir das eigentlich für Europa wollen.

Ich habe zeitweilig das Gefühl, daß unsere Diskussion selbst eine Art von Spaghetti-Junction ist. Das heißt, wir waren ganz dicht beieinander, nur wenige Meter voneinander entfernt, während wir über die gleichen Themen sprachen; aber wir befanden uns auf verschiedenen Ebenen, bewegten uns in verschiedene Richtungen. Das gilt insbesondere für das Gebiet der Sicherheit.

Ich fand es frustrierend, wieviel Zeit unsere russischen Kollegen aufgewandt haben, um vor jeder NATO-Erweiterung zu warnen. Worum geht es denn in Wirklichkeit? Wahrscheinlich werden drei mitteleuropäische Demokratien jenem defensiven und zunehmend politischen Bündnis beitreten, von dem Uffe Ellemann-Jensen so beredt gesprochen hat. Sie werden keine Atomwaffen auf ihrem Gebiet stationieren. Das Bündnis wird prinzipiell für weitere künftige Mitglieder offen sein. Das ist für die nächsten drei Jahre zu erwarten.

Wenn Rußland keine Bedrohung für diese Länder darstellt - dem stimme ich zu;- , ist dies doch gewiß auch keine Bedrohung für Rußland, und zwar in keiner denkbaren Weise. Während ich als Historiker die Tiefe und Leidenschaft der russischen Besorgnisse gerade noch verstehen kann, finde ich diesen Dialog deshalb so frustrierend, weil nach allem, was ich hier gehört habe - und was auch ich selbst so empfinde;- , wir im Westen äußerst interessiert sind an einer soliden Sicherheitsbeziehung mit einem Rußland, das eine Großmacht in diesem Raum bleibt.

Ich frage mich daher, wie weit wir kommen könnten, wenn wir Tacheles reden, also über den tatsächlichen Inhalt eines Vertrages zwischen der NATO und Rußland und den Parallelvertrag zwischen der NATO und der Ukraine sprechen würden. Oder darüber, was die OSZE getan hat und in Zukunft tun könnte auf all den wichtigen Gebieten möglicher Zusammenarbeit im Hinblick auf die

Ordnung nach dem kalten Krieg in Europa, in Asien und der weiteren Welt, wie dies mit großer Eloquenz und "romantischem" Realismus in der Studie von Karl Kaiser, Sergej Karaganow und Graham Allison dargelegt worden ist. Von daher muß ich sagen, daß der kritisierte Titel "Auf der Suche nach einem Partner" recht gut zu unserer Diskussion paßt.

Der erste Teil dieses Gesprächs hätte fast einer der großen Bergedorfer Gesprächskreise von vor zehn oder zwanzig Jahren sein können, als wir bei den Ost-West-Beziehungen fast ausschließlich über die Sicherheitsdimensionen geredet haben. Dagegen spielt sich alles, was gegenwärtig höchst aufregend im Hinblick auf Rußland ist, in den zwei anderen Machtdimensionen ab, der Wirtschaft und insbesondere in der dritten Machtdimension, auf der Ebene der soft power, also der sozialen, der kulturellen und der Bildungsebene. Ich würde das "Status of Liberty" nennen: Wie viele Menschen wollen ein Land verlassen im Verhältnis zu der Anzahl von Menschen, die in ein Land hinein wollen. Das ist ein entscheidender Maßstab für die dritte Dimension der Macht, der beispielsweise in den Vereinigten Staaten so wirkungsvoll zum Tragen kommt.

Ich war immer der Auffassung, daß die Ungarn die unbestrittenen Weltmeister im Pessimismus sind. Doch nach der bisherigen Diskussion muß ich sagen, daß den Russen jetzt wahrscheinlich die Goldmedaille im Pessimismus gebührt. Als Sergej Karaganow jene berühmte Stichelei aufnahm, die seinerzeit Helmut Schmidt zugeschrieben wurde, daß die Sowjetunion ein Obervolta mit Raketen sei, und meinte, er habe heute mitunter den Eindruck, Rußland sei ein Obervolta ohne Raketen, dachte ich: Er hat die Goldmedaille verdient. Ich weiß, daß es leichter ist, optimistisch zu sein, wenn man von außen blickt. George Orwell hat einmal gesagt, von innen sähe alles viel schlimmer aus. Doch ich sehe von außen große Bereiche, die zu Optimismus Anlaß geben, sowohl was die Wirtschaft als auch was die wichtige dritte Dimension des gesellschaftlichen Wandels angeht.

Ich sehe in der Tat für Rußland das erstmal seit Beginn des 20. Jahrhunderts die Chance, nicht eine eindimensionale Großmacht zu sein, wie es die Sowjetunion war, sondern eine dreidimensionale Großmacht zu werden. Und mein Eindruck ist, daß der Westen ein großes Interesse an dieser Transformation hat. Wir sollten über die konkreten Schritte sprechen, mit denen der Westen diesen Prozeß unterstützen kann.

Karaganow

Ich stimme Timothy Garton Ash zu, daß wir zu viel über die Sicherheit reden. Aber das ist leider nicht nur ein russischer Charakterzug. Unsere westlichen Freunde zwingen uns diese Diskussion fortwährend auf, obwohl sich, um es zu wiederholen, die Sicherheitsproblematik grundlegend verändert hat. Zu viele Leute beschäftigen sich mit Sicherheitsfragen, und zu viele denken in den alten Kategorien. Und wenn Rußland fordert, daß auf dem Territorium der zentral- und mitteleuropäischen Länder keine Nuklearwaffen oder zusätzliche Truppen stationiert werden, dann sollte der Westen diesem Verlangen entsprechen, zumal er eine solche Stationierung ohnehin nicht beabsichtigt; denn jeder Versuch in dieser Richtung würde die NATO innerhalb eines halben Jahres auseinanderfallen lassen.

Was mich unter Sicherheitsgesichtspunkten viel mehr beunruhigt, sind Überlegungen, die NATO in einem zweiten Schritt auch auf das Baltikum auszuweiten. Ein solcher Schritt würde in der Tat eine ernsthafte Krise provozieren und kann unsere Beziehungen auf Jahre hin vergiften.

Meyer-Landrut

Lassen Sie mich eine kurze Zwischenbilanz zu drei Punkten unserer Diskussion ziehen.

Zunächst zur Diskussion über die NATO, die leider doch einen sehr großen Raum beansprucht hat. Wenn von seilen des Westens argumentiert wird, die russische Öffentlichkeit müsse besser darüber informiert werden, daß ihre Bedenken und Befürchtungen unbegründet seien, dann halte ich das für die falsche Vorgehensweise. Herr Weisser sagt, wir werden die Russen auf jeden Fall vorher informieren über das, was wir vorhaben. Ich meine, wir müssen statt dessen darüber reden, wie die von Herrn Schmidt erwähnte Charta konkret aussehen soll, damit sich die Russen darauf einstellen können. Ein paar vage Andeutungen reichen da nicht aus.

Was zweitens die Frage der Reintegration von Weißrußland oder der Ukraine angeht, verweise ich auf völkerrechtliche Abmachungen und internationale Verträge und auch auf den Prinzipienkatalog der KSZE-Schlußakte, in der es unter anderem um die Unverletzlichkeit der Grenzen ging. Hier hat man sich seitens des Westens seinerzeit nachdrücklich dafür eingesetzt, daß friedliche Grenzänderungen respektive -aufhebungen möglich sein sollen - "peaceful change" hieß die damalige Formel. Von ausgeglichenem Lebensstandard und ähnlichen Dingen, wie sie hier anklingen, war jedenfalls

nirgendwo die Rede. Peaceful change sollte ohne irgendwelche Einschränkungen möglich sein und entsprechend von der Völkergemeinschaft akzeptiert werden. Ob das nun in einem Gebiet wie Moldawien zu Rumänien der Fall ist, wo General Lebed einen Bürgerkrieg beendet hat, oder wo sonst.

Drittens eine Bemerkung zur Situation in Estland. Sicherlich haben die Esten gegenüber dem russischen Bevölkerungsanteil in ihrem Land eine Menge Unfug gemacht - immerhin leben dort 450.000 Russen zusammen mit einer Million Esten. Daß dort aber eine regelrechte Hexenjagd auf Russen veranstaltet wird, wie Herr Rogosin hier behauptet hat, trifft keineswegs zu. So stellen die Russen in den beiden größten Städten, in Tallinn und Narwa, den Bürgermeister, und die russische Bevölkerung kann sowohl passiv als aktiv an Kommunalwahlen teilnehmen. Außerdem hat sie die Möglichkeit, für die estnische Staatsangehörigkeit zu optieren. Um all diese Fragen kümmert sich eine OSZE-Kommission in den baltischen Ländern.

Ich habe allerdings wenig Verständnis dafür, daß beispielsweise die orthodoxe Kirche in Estland aufgrund eines Antrages der Regierung durch Gerichtsbeschuß der Exilkirche in Schweden zugeschlagen wurde, obgleich sie seit eh und je dem russischen Patriarchat angehört hat. Mit solchen Maßnahmen wird viel böses Blut geschaffen. Dennoch würde ich vor Überaktionen auf russischer Seite warnen.

Fischer

Die Situation in den baltischen Staaten, die ja ebenfalls Mitglieder im Europarat sind, ist uns natürlich wohlbekannt, und darüber wird auch eingehend gesprochen.

Aber wie steht es um Rußland, das dem Europarat - dem Hüter der Menschenrechte, wie es immer heißt - seit Februar dieses Jahres angehört? Es wurde in unseren Reihen ja ausgiebig darüber diskutiert, ob Rußland in den Europarat aufgenommen werden sollte. Demokratie und Marktwirtschaft hätten dort, so hieß es, auf Dauer, jedenfalls über viele Generationen, keine Chance. Ich war und bin in dieser Hinsicht dezidiert anderer Auffassung. Rußland hat immer die europäische Geschichte beeinflusst, und es gehört zu Europa, auch wenn es weithin eigene Interessen verfolgt.

Ich verkenne nicht die Apathie, die hier in weiten Teilen herrscht, und von einer Aufbruchstimmung, die von der Mehrheit der russischen Bevölkerung getragen wird, kann sicher bisher keine Rede sein. Ich bezweifle jedoch, ob es möglich und sinnvoll ist, das, was uns selbstverständlich ist, beispielsweise im wirtschaftlichen Bereich, einfach auf Rußland zu übertragen. Dafür fehlt es in diesem Land noch an vielen Voraussetzungen, etwa was die Rechtsprechung und das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge angeht.

Auf der anderen Seite wird in Gesprächen mit russischen Abgeordneten, sei es in Moskau oder in Straßburg, immer wieder deutlich, wieviel Übereinstimmung es mit uns bereits in wichtigen Punkten gibt, und zwar quer durch alle Fraktionen. Dazu gehören etwa der Streit um die Schwarzmeerflotte oder auch der russische Einfluß im Baltikum. Rußlands Bekenntnis zu Europa ist eindeutig - diese Feststellung möchte ich aus Sicht des Europarates unterstreichen. Und ich halte es für wichtig, daß Rußland Mitglied in diesem Gremium geworden ist, das dadurch in vieler Hinsicht vielleicht ernster genommen wird, als es den Anschein hat, wenn man mitunter den routinierten Stellungnahmen alter Gründungsmitglieder so zuhört.

Daß Rußland in Sachen Demokratie und Menschenrechte noch erhebliche Defizite aufweist, bestreiten auch die meisten Russen nicht, die der russischen Delegation in Straßburg angehören. Aber sie bekennen sich zur europäischen Werteordnung, und zwar Vertreter aller Fraktionen der Staatsduma. Zugleich bietet ihnen die Mitgliedschaft Gelegenheit, russische Interessen dort zu Gehör zu bringen. Von daher freue ich mich, daß der zweite Gipfel des Europarates, der für Ende 1997 geplant ist, die völlige Zustimmung der russischen Seite gefunden hat.

Natürlich weiß ich, daß die großen strategischen Fragen der nächsten zwei, drei Jahre nicht im Europarat entschieden werden, der aber vielleicht durch seine internen Diskussionen dazu beitragen kann, mögliche Zwistigkeiten gering zu halten. Das gilt auch für die Fragen der NATO- und der EU-Erweiterung, und zwar durch das Bemühen um gemeinsame Konzepte auf anderen Gebieten.

Der Europarat kann sicher einen Beitrag zum Aufbau ziviler Gesellschaften in sämtlichen ehemaligen Ostblockstaaten leisten. Ich denke etwa an die Bekämpfung von Korruption und Kriminalität, die den Menschen in allen diesen Ländern auf den Nägeln brennen. Das gilt weiter für Themen wie Umweltpolitik, Rechtsreform, den Aufbau von tragfähigen

Systemen sozialer Sicherheit oder den Bereich lokaler und regionaler Verwaltungen - ein Gebiet, das für die vormals zentralistisch regierten Länder besonders wichtig ist.

Durch seine Mitgliedschaft im Europarat hat sich Rußland natürlich auch verpflichtet, die allseits anerkannten Spielregeln der europäischen Staatenwelt einzuhalten. Diese internationalen Standards gelten auch in der Tschetschenienfrage und betreffen die Minderheiten- und Nationalitätenprobleme Rußlands generell, deren Schwierigkeiten niemand bestreitet. Aber einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung zu führen, ist völlig unakzeptabel. Deshalb begrüßen wir alle die Fortschritte in Tschetschenien, die nicht zuletzt General Lebed zu danken sind, und hoffen auf eine dauerhafte und friedliche Lösung. Auch die russische Politik gegenüber dem sogenannten "nahen Ausland" - dazu gehören Weißrußland und Teile der Ukraine ebenso wie der Transkaukasus, Moldawien oder die baltischen Staaten - bereitet uns einige Sorgen. Desgleichen der russische Einfluß in vielen Staaten Mittel- und Osteuropas.

Ich will einen Punkt nicht unerwähnt lassen, der dem Europarat ebenfalls sehr wichtig ist, das ist die Frage der Todesstrafe. Rußland hat sich hier zu einem Moratorium verpflichtet, und wir werden darauf dringend, daß dieses auch eingehalten wird. Mir ist klar, daß es zum gegenwärtigen Zeitpunkt in vielen Ländern schwer sein wird, die Mehrheit der Bevölkerungen, aber auch der Gesetzgebungsorgane für die Abschaffung der Todesstrafe zu gewinnen. Das ist nicht zuletzt eine Frage fehlender innerer Sicherheit in den früheren Ostblockstaaten.

Dennoch können wir die erschreckend hohe Zahl von Hinrichtungen nicht hinnehmen. So sind in der ersten Hälfte dieses Jahres in Rußland nach unseren Informationen schon mehr Menschen hingerichtet worden als im gesamten vorigen Jahr. Ich bitte unsere russischen Freunde hier, ihren persönlichen Einfluß geltend zu machen, daß in diesem Punkt eine Änderung erfolgt; denn dabei steht auch die Glaubwürdigkeit des Europarates auf dem Spiel. Sie hängt davon ab, und das gilt für sämtliche unserer Mitgliedsländer, daß die Prinzipien des Europarates und die ihm gegenüber eingegangenen Verpflichtungen wirklich geachtet werden.

Niemand wird sich etwas vormachen, daß mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes alle Interessenunterschiede aufgehoben sind. Deshalb ist es wichtig, daß die neuen Mitglieder des Europarates auf dem zweiten Gipfel die Chance erhalten, ihre Vorstellungen mit einzubringen. Das gilt für Rußland ebenso wie für Polen, die baltischen Staaten, Rumänien oder Bulgarien, die alle mit großen eigenen Problemen zu kämpfen haben. Andere Länder wie Armenien, Georgien, Aserbaidschan, Bosnien-Herzegowina stehen noch auf der Warteliste. Das zeigt das Ausmaß der Diskussionen, die den Europarat jetzt und in Zukunft beschäftigen werden.

Wichtig ist, daß bei allen Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen wir uns im Grundsatz einig sind, nämlich Europa zusammenwachsen zu lassen. Alle unsere neuen Mitglieder können in den dreizehn ständigen Ausschüssen mitarbeiten und auf diese Weise darauf hinwirken, daß das gegenseitige Vertrauenskapital wächst.

Kaiser

In unserem Gespräch zeigen sich zum einen nach wie vor bestehende Meinungsverschiedenheiten, zum anderen aber auch große Übereinstimmungen. Meinungsverschiedenheiten wurden sichtbar etwa in der Frage der Reintegration von Gebieten der ehemaligen Sowjetunion und natürlich hinsichtlich der NATO-Erweiterung, die auf russischer Seite einhellig abgelehnt wird und zu der auch auf westlicher Seite sehr unterschiedliche Einschätzungen deutlich wurden - von offenkundiger Ablehnung bis hin zur Befürwortung und einem Moratorium dazwischen.

Wo wird Übereinstimmung sichtbar? Zum einen stellen wir in diesem Kreis Konsens darüber fest, daß Rußland und Westeuropa ihre Beziehungen anders gestalten müssen, und zwar im wesentlichen aus drei Gründen. Erstens stimmen wir darin überein, daß sich die europäische Sicherheit nur zusammen mit Rußland neu organisieren läßt. Die Sicherheitsproblematik ist also durchaus noch vorhanden, auch wenn Sergej Karaganow gesagt hat, wir sollten uns nicht mit Pseudoproblemen beschäftigen; schließlich werde doch von keiner Seite mehr ein großer Angriff befürchtet.

Ich meine aber, wir müssen uns heute mit neuen Formen der Gewaltanwendung auseinandersetzen, für die die alten Spielregeln nicht mehr gelten. Angesichts geöffneter Grenzen und erhöhter internationaler Interdependenzen besteht die Gefahr, daß sich Krisen endemisch ausweiten. Aus diesem Grunde wird Sicherheit immer mehr zu einer Problematik, die Rußland und den Westen gemeinsam betrifft.

Zweitens bedarf es eines neuen Verhältnisses zwischen Rußland und dem Westen, weil jedermann klar ist, daß die Demokratie in Rußland eine weit größere Chance hat, wenn die russische Entwicklung in einer Öffnung nach Westeuropa hin erfolgt.

Drittens schließlich sind wir alle davon überzeugt, daß die Entwicklung einer Marktwirtschaft in Rußland ohne eine Öffnung nach Westeuropa kaum sehr erfolgversprechend ist, insbesondere weil der Aufbau der Marktwirtschaft zugleich in einem globalen Kontext gesehen werden muß. Große Probleme bereitet ja auch Westeuropa und Deutschland die Globalisierung, welche die Gesellschaftspolitik aller unserer Länder vor gewaltige Herausforderungen stellt.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang nur einen Tatbestand erwähnen: Während in Deutschland die Löhne heute im Durchschnitt 45 D-Mark betragen, sind es in Großbritannien 25, in Rußland 8 bis 10, in China und in anderen asiatischen Ländern 6 bis 8 D-Mark. Diese Lohndifferenzen zwischen den verschiedenen internationalen Konkurrenten belasten im Wettbewerb unsere Wirtschaften in erheblichem Maße und müssen von uns gemeinsam angegangen werden.

Wie will Rußland die Herausforderung der Globalisierung bestehen, wenn es nicht alle Anstrengungen unternimmt, sich wirtschaftlich möglichst schnell mit Westeuropa zu verbinden? Aber auch Westeuropa braucht das Potential Osteuropas und Mitteleuropas, wenn es im internationalen Wettbewerb auf Dauer mithalten will. So geht bereits ein wachsender Teil deutscher Investitionen nach Osteuropa, um unsere Produktionskosten zu senken. Hier zeigen sich also gewisse Synergieeffekte zwischen Ost- und Westeuropa, die es in den kommenden Jahren zu mobilisieren gilt.

General Lebed hat in bewegenden Worten daraufhingewiesen, daß in Rußland eine große Katastrophe nicht undenkbar ist. Er erwähnte die steigende Zahl von Menschen, die unter dem Existenzminimum lebt. Eine Katastrophe in Rußland würde in der Tat eine Katastrophe für ganz Europa bedeuten. Sergej Karaganow, Graham Allison und ich haben in einer gemeinsamen Studie deutlich gemacht, daß ein Zusammenbruch Rußlands angesichts der vorhandenen Massenvernichtungswaffen auf russischen Territorien die gesamte Weltpolitik destabilisieren könnte. Natürlich ist hier in erster Linie Rußland selbst gefordert, eine solche Entwicklung zu verhindern. Dennoch muß sich der Westen fragen, wie wir die Russen dabei unterstützen können.

Hier sehe ich zwei Möglichkeiten. Die eine besteht in der konkreten Ausarbeitung einer gemeinsamen Charta zwischen Rußland und dem Westen, die besonders Bundeskanzler Schmidt gefordert hat. Dazu brauchen wir, wie Herr Rogow zu Recht festgestellt hat, erstens eine gemeinsame Interessendefinition; zweitens die Entwicklung eines gemeinsamen Entscheidungsprozesses und drittens die gemeinsame Umsetzung von Beschlüssen.

Die andere Möglichkeit ist die gemeinsame Inangriffnahme einiger Großprojekte, für die es gilt, die Politik und auch die materiellen Mittel zu mobilisieren. Ich nenne als Beispiele: den Abbau des nuklearen Erbes der Ex-Sowjetunion; den Aufbau von gesamteuropäischen Verkehrsnetzen - ein Vorhaben, das gewaltige Ressourcen mobilisieren, vielen Menschen Beschäftigung verschaffen und das Verbindende statt das Trennende zwischen uns stärken würde. Des weiteren erwähne ich die Wiederbelebung der europäischen Energiecharta; gemeinsame Bemühungen um ein Transportsystem für die Nutzung der Energieressourcen der GUS, vor allem in den Westen; den Aufbau von Telekommunikationsnetzen und viele andere Dinge, die zugleich der Entwicklung von Demokratie und Wirtschaft in diesem Lande zugute kämen.

Worauf es meiner Meinung nach entscheidend ankommt, ist, daß wir uns gemeinsam um ein qualitativ anderes Denken bemühen, das sich nicht länger an der Vergangenheit orientiert, sondern den Blick für die zukünftigen Entwicklungen öffnet. Davon sind wir noch weit entfernt.

Herr Meyer-Landrut verwies zu Beginn darauf, wie gering bisher die westlichen Investitionen in Rußland sind. Von den 50 Milliarden D-Mark an Kapitalexporten der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1995 sind ganze 100 Millionen nach Rußland geflossen. Hier könnten gemeinsame Projekte, wie ich sie erwähnt habe, eine positive Änderung bewirken. Der Anstoß müßte von den Regierungen kommen, aber die Durchführung läge in den Händen großer privater Konsortien. Das Potential ist im Westen durchaus vorhanden und müßte entsprechend mobilisiert werden.

Meyer-Landrut

Die von Herrn Kaiser angesprochenen Themen sollten wir in der Tat noch vertiefen. Frau von Knoop wird sich in diesem Zusammenhang sicher eingehender zu den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen und Botschafter Hahn zu den Möglichkeiten eines erweiterten Engagements der Europäischen Union äußern. Und vielleicht kann Herr Viermetz auf die internationalen Finanzoperationen näher eingehen. Zunächst aber bitte ich Herrn Kudrin, den Stellvertreter von Antolij Tschubais, uns die wirtschaftliche Lage aus russischer Sicht darzustellen.

Kudrin

Ich will mich zu den wirtschaftlichen Problemen äußern und auch einige Worte zur Finanzsituation unseres Landes sagen. Dabei vertrete ich hier offiziell die Präsidentschaftsadministration und nicht die Wirtschaftspolitik der Regierung. Ich betone dies, obwohl Präsidentschaftsverwaltung und Regierung die wirtschaftliche Situation und die Wege zur Überwindung der Krise in der Regel ähnlich einschätzen. Jedenfalls kann ich denen nicht zustimmen, die da meinen, es gebe bei uns praktisch zwei Regierungen, die sich gegenseitig bekämpfen.

In den letzten ein oder eineinhalb Jahren haben wir eine Senkung der Inflation erreicht. Schätzungen zufolge wird der Preisanstieg bis zum Ende dieses Jahres 22 Prozent betragen; das ist sechsmal weniger als im vergangenen Jahr.

In den außenwirtschaftlichen Beziehungen findet eine Liberalisierung statt. Sämtliche außenwirtschaftlichen Privilegien wurden abgeschafft, die unsere Wirtschaft so sehr behinderten. Die letzten Exportzölle wurden aufgehoben, und weitere Maßnahmen werden in diesem Bereich durchgeführt. Die reale soziale Situation der Bevölkerung hat sich positiv verändert und wird sich durch die weiteren Reformmaßnahmen weiter verbessern. So hat sich, offiziellen Angaben zufolge, die Zahl der unter dem Existenzminimum lebenden Menschen in diesem Jahr verringert. Während zu Beginn des Jahres 1995 nach unseren Berechnungen 33 Prozent der Bevölkerung dazu zählten, sind es im Oktober 1996 nur noch 19 Prozent, ohne daß man sagen kann, die Situation habe sich schon von Grund auf verbessert. Vermutlich hat sie sich lediglich nicht weiter verschlechtert, so wie das noch bis zum Ende des letzten Jahres der Fall war.

Die Arbeitslosigkeit bleibt auf einem recht niedrigen Niveau, nämlich bei 3,6 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Doch die Zahl der Arbeitsuchenden - nicht alle lassen sich als Arbeitslose registrieren - liegt bei 9,2 Prozent. Viele arbeiten illegal und erhalten auf diese Weise zusätzliche Einkommen.

Leider ist die Produktion in diesem Jahr weiter zurückgegangen, und zwar stärker als prognostiziert wurde. Bis zum Ende des Jahres werden das Bruttoinlandsprodukt und die Industrieproduktion um etwa fünf Prozent zurückgehen, mehr als im Jahre 1995. Die gegenseitige Verschuldung der Unternehmen hat sich erhöht und macht heute 27 Prozent des BIP aus, im Vergleich zu 15 Prozent im letzten Jahr. Auch die Einnahmen des Föderationshaushaltes sind zurückgegangen. Soweit Zahlen zu der allgemeinen wirtschaftlichen Situation.

Vor einem halben Jahr habe ich meine Tätigkeit als Vizebürgermeister der Stadt St. Petersburg beendet. Während der letzten fünf Jahre habe ich fünf Haushalte vorbereitet und zur Durchführung gebracht. Es gab keine Rückstände bei den Lohnzahlungen an die Beschäftigten in den städtischen Einrichtungen, zu denen das gesamte Gesundheits-, Bildungs-, Wohnungs- und Transportwesen gehören, die sämtlich aus den städtischen Budgets finanziert werden.

Zu den vorrangigen Wirtschaftsproblemen gehört natürlich auch die erdrückende Steuerlast, die aber im wesentlichen dadurch verursacht wird, daß der Staat nicht bereit ist, sich von erheblichen Ausgaben zu befreien und entsprechend institutionelle Reformen in allen Bereichen zügig durchzuführen. Diese Reformen verzögern sich jedoch. So steht uns in diesem Winter eine schwere Energiekrise ins Haus. Einige Regionen sind gegenwärtig nicht in der Lage, eine ausreichende Energie- und Wärmeversorgung zu gewährleisten. Im Auftrage des Präsidenten habe ich die Situation von Primorskij Kraj überprüft, wo sich die Krise besonders zugespitzt hatte und die durch Probleme verursacht wurde, die bei den Reformen nicht berücksichtigt wurden. Aufgrund der Finanzierungsmodalitäten wird die Industrie heute für Elektroenergie, Wasser und Gas mit bis zu zweimal höheren Gebühren belastet, als sie eigentlich zahlen müßte. Die Bevölkerung selbst genießt alle früheren Privilegien und zahlt kaum etwas. Die Hauptlast muß in den Betrieben erbracht werden. Dazu sind sie aber überhaupt nicht in der Lage, bedingt durch den restriktiven Finanzkurs der Regierung. Die Kosten für Warmwasser, Heizung und Wohnraum werden aus regionalen Budgets finanziert.

Nimmt man sämtliche regionalen Haushalte zusammen, so belaufen sich die Zuschüsse für den Bereich der Kommunen und der Wohnraumbewirtschaftung auf 103 Trillionen Rubel. Aus diesen Mitteln müssen bestimmte Infrastrukturmaßnahmen und Sozialausgaben finanziert werden. Die Regierung hat sich nun zum Ziel gesetzt, die kommunalwirtschaftlichen Zuschüsse schrittweise abzubauen und das staatliche Monopol für die Wohnraumbewirtschaftung abzuschaffen und zu privatisieren, was sich aber leider verzögert.

Die Gouverneure und die Leiter der Ministerien haben oft Bedenken, die öffentlichen Haushalte zu entlasten, weil der niedrige Lebensstandard es nicht erlaubt, der Bevölkerung höhere Kosten aufzuerlegen. Mitunter sind diese Sorgen aber auch unbegründet. Das heutige System in Rußland

legt fest, daß die Zahlungen einer Familie für sämtliche kommunalen Dienstleistungen und für die Wohnung 10 bis 15 Prozent ihres Einkommens nicht übersteigen. Was darüber hinausgeht, wird durch Zuschüsse kompensiert. Doch die meisten Familien zahlen heute bedeutend weniger, lediglich 5 bis 10 Prozent, und nur sehr wenige beantragen staatliche Zuschüsse, selbst bei erheblichen Erhöhungen für Gebühren und Wohnungsmieten. Das heißt, selbst in diesem Bereich gibt es beträchtliche Reserven, die nicht genutzt werden. Deshalb brauchen wir hier umfangreiche Reformen.

Das gleiche gilt für das Gesundheitswesen. In Rußland gab es immer schon eine kostenlose medizinische Versorgung, und dieses Programm ist heute derart konturlos, daß jeder Bürger, unabhängig von seiner materiellen Lage, Anspruch auf eine Vielzahl von medizinischen Leistungen hat, was den Staatshaushalt erheblich belastet. Die kostenlose Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten führt zu Kostensteigerungen in diesem Bereich und zu Versorgungsengpässen, was der Korruption Vorschub leistet.

Entsprechende Beispiele lassen sich aus anderen Bereichen anführen. So erhielten in St. Petersburg im Jahre 1987 etwa 50 000 Menschen Fahrvergünstigungen; heute sind es rund 1,5 Millionen, was die finanzielle Grundlage der Stadt im Verkehrsbereich praktisch untergraben hat. Infolgedessen gehen Verkehrsleistungen zurück.

Das soziale System von Zuschüssen und Beihilfen wurde in seinen Konturen aus der Sowjetzeit beibehalten. Das heißt, diese Leistungen werden unabhängig von der Höhe des Einkommens gewährt. Daran haben auch die Diskussionen über personenbezogene Sozialhilfe kaum etwas geändert. Wer heute über ein Vermögen verfügt und sich eine große Wohnung von 100 bis 200 m² leisten kann, erhält die entsprechend hohen Zuschüsse; wer dazu nicht in der Lage ist, geht leer aus. Dazu gehört auch die Entscheidung der Staatsduma, die Bestattungskosten generell aus Sozialversicherungsfonds und den lokalen Budgets zu finanzieren. Die Anhäufung weitgehender sozialer Vergünstigungen ohne Einkommensbindung überfordert sämtliche föderalen und lokalen Budgets. Die Regionen werden mit Entscheidungen "von oben" konfrontiert, ohne daß dies vorher abgesprochen wurde. Dafür müssen dann neue Finanzierungsquellen gesucht werden. Die Folge ist, daß die Bevölkerung den "bösen" Gouverneuren vorwirft, sie wollten diese "guten Gesetze" boykottieren.

Ich meine, wir müssen uns über die sozialen und finanziellen Konsequenzen der Reformen mehr Gedanken machen, wenn wir die öffentlichen Budgets von unnötigen Ausgaben entlasten wollen. Hier liegen durchaus ungenutzte Haushaltsreserven.

Zu den Steuern im umfassenden Sinne zählen heute auch die Zahlungen in die sogenannten nicht-budgetären Beschäftigungs-, Sozialversicherungs- und Krankenversicherungsfonds sowie in die Rentenkasse. Diese Kosten, die in den westlichen Ländern im wesentlichen auf einkommensbezogenen Versicherungsbeiträgen der Bevölkerung basieren, werden bei uns von den Unternehmen und der Industrie getragen, die von solchen Zahlungen durchaus entlastet werden könnten.

Derartige Systemveränderungen können natürlich nicht auf einen Schlag durchgeführt werden, sondern das geht nur allmählich über einen Zeitraum von, sagen wir, zehn Jahren. Aber damit wurde erst ansatzweise begonnen. Wir schaffen es nicht, der Industrie die notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten einzuräumen. Entsprechende Forderungen stehen im übrigen in dem Abkommen, das wir mit den Internationalen Währungsfonds getroffen haben. Sie sind durchaus vernünftig, auch was die Zeitvorstellungen angeht. Aber auch viele Gouverneure, die an sich die Notwendigkeit dieser Maßnahmen einsehen, sind nicht bereit, sie umzusetzen, weil sie sich angesichts bevorstehender Wahlen vor unpopulären Entscheidungen fürchten. Auf diese Weise ist das Jahr 1996 für Reformen praktisch ungenutzt verstrichen, bedingt durch die Präsidentschafts- und die jetzigen Gouvernswahlen.

Das System der sozialen Vergünstigungen führt zudem mitunter zu gewissen separatistischen Abgrenzungen der Regionen, die sich der Umverteilung der sozialen Lasten durch die föderale Ebene entziehen wollen. In Tatarstan beispielsweise wurden sämtliche sozialen Zuschüsse einkommensabhängig gemacht und auf diese Weise das System der föderalen Sozialsicherung praktisch abgeschafft. Statt dessen wurde die Minimalentlohnung im Vergleich zur föderalen Ebene um ein Vielfaches erhöht. Im Prinzip sind das vernünftige Maßnahmen, die aber dazu führen, daß sich Tatarstan von den russischen Standards absetzt. In die Beziehungen zwischen der föderalen und der regionalen Ebene muß Ordnung gebracht werden. Als Vertreter der zentralen Machtorgane verstehe ich diese Probleme sehr gut.

Ich möchte abschließend noch einmal betonen, daß wir die institutionellen Reformen allmählich durchführen. Hier hätte ich gern gewußt, wie die soziale Orientierung der Opposition, von Herrn Sjuganow oder Herrn Baburin, eigentlich aussieht. Wollen sie die alte sowjetische Politik der sozialen Vergünstigungen einfach fortführen, oder geht es ihnen um die Durchsetzung ernsthafter Reformen, die Rußland in die Lage versetzen, mit anderen Ländern Schritt zu halten? Dann würden wir beispielsweise die Unternehmen von solchen Zahlungen entlasten, und sie könnten die Löhne und Gehälter entsprechend erhöhen. Das heißt, wir müssen das System ändern. Das ist auch allgemein anerkannt, wie vor kurzem die Regierungskommission, die sich mit der "Reform im sozialen Bereich" beschäftigt, in den Grundzügen, wie ich sie hier vorgetragen habe, bestätigt hat. Die Regierung ist wohl auch in der Lage, schnell entsprechende Schritte zu unternehmen. Die Präsidialverwaltung will jedenfalls ihrerseits dazu beitragen, daß die Maßnahmen rasch umgesetzt werden, um künftigen sozialen Konflikten vorzubeugen.

Karaganow

Mich beunruhigt die Tatsache, daß es im Westen immer noch am politischen Willen fehlt, Rußland in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht zu integrieren. Die Amerikaner tun ein wenig über den Internationalen Währungsfonds, obwohl es da auch große Meinungsverschiedenheiten gibt, inwieweit das effektiv ist. Auf seilen der Europäer sehen wir kaum einen entsprechenden politischen Willen.

Statt dessen klagt man darüber, es sei schwierig, bei uns zu investieren. Dabei ist dies bei uns einfacher als in den Vereinigten Staaten von Amerika. Sie sollten sich bei denen informieren, welche die Verhältnisse hier kennen, bei Frau von Knoop zum Beispiel. Wenn man hier einmal Fuß gefaßt hat, bleibt man in der Regel auch. Geschäftsleute, die hier arbeiten, sagen, daß das unternehmerische Risiko in Rußland unvergleichlich geringer sei als in den Vereinigten Staaten, und zwar aus einem einfachen Grund: Es gibt bei uns wenig Konkurrenz. Ich könnte Ihnen jedenfalls zahllose Beispiele dafür nennen. Deutsche Unternehmen mögen in Amerika leichter Fuß fassen, sie gehen dafür dort aber auch schneller wieder pleite. In unseren Markt kommt man schwerer hinein, aber man überlebt leichter.

Was wir heute benötigen, ist kein Geld, sondern sind klare politische Willensentscheidungen auf unserer und auf westlicher Seite, um Ihre Unternehmer zu ermutigen, sich in Rußland zu engagieren. Dann werden diese feststellen, daß dies ungefährlich und gewinnbringend ist.

Interessanterweise gibt es bisher kaum Investitionen im ehemaligen militärisch-industriellen Komplex, wo die Bereitschaft besteht, praktisch alle Bedingungen zu akzeptieren. Dort gibt es qualifiziertes Personal und zudem absolute Sicherheit. Aber aus unerfindlichen Gründen geht dort so gut wie niemand hin.

Lange Zeit war es inoffizielle Politik des Westens - weniger auf Seiten der Europäer;- , den militärisch-industriellen Komplex überhaupt nicht zu unterstützen, ihn vielmehr vor die Hunde gehen zu lassen. Das war aus unserer Sicht eine nicht eben freundschaftliche Haltung und auch nicht sehr vernünftig. Wenn Rußland Teil des europäischen Wirtschaftsraumes werden soll, wie immer gesagt wird, dann müssen wesentliche Geldmittel dahin fließen, wo sich die besten Leute und auch die besten Technologien befinden, und das ist eben dort der Fall.

Karl Kaiser hat auf einige hoffnungsvolle Projekte hingewiesen. Doch die europäische Energiecharta ist nicht an Rußland gescheitert; sie ist irgendwann schlicht in Vergessenheit geraten. Aber Investitionen im Bereich der Energieeinsparung würden ebenfalls für ganz Europa riesige Energiereserven erschließen. Wir müßten ein gemeinsames Interesse an der Schaffung eines neuen Telekommunikationssystems haben. Der Weg, den Europa hier gegangen ist, nämlich Kabel in die Erde zu verlegen, würde in Rußland überhaupt keine Erfolgsaussichten haben. Wir werden sofort in den Weltraum gehen müssen. Dort sind die Amerikaner heute führend, die ganz Europa demnächst eindecken können und dabei zahlreiche milliardenschwere Unternehmen in Europa in den Konkurs treiben werden. Denn die Europäer haben im Bereich der Weltraumkommunikation praktisch nichts anzubieten. Nicht die Deutsche Telekom, sondern Iridium wird in absehbarer Zeit weit billigere Dienstleistungen den Telefonkunden in Deutschland und Rußland liefern können. Wir tun aber nichts in dieser Hinsicht.

Bei uns begreift man allmählich, in welche Richtung die Entwicklung geht, während die Europäer noch zögern, weil sie auf die Erdkabel gesetzt haben. Aber hier können wir zusammenarbeiten. Wir verfügen über ungeahnte Ressourcen und Technologien, so daß wir gemeinsam vorangehen und uns dabei auch mit den Amerikanern abstimmen könnten. Es geht nicht um eine Konfrontation mit den USA. Wie viele Jahre wollen wir eigentlich noch im Energiebereich gegeneinander kämpfen? Im

Prinzip könnten wir uns schon heute auf eine gemeinsame Energiestrategie verständigen, welche die USA, Europa und Rußland als Teil Europas und auch Asiens einschließen würde.

Eine solche Strategie, die sowohl politisch wie auch wirtschaftlich orientiert sein muß, könnte die gewaltigen Probleme, die auf uns zukommen, lösen helfen und eine neue Energiekrise verhindern, die in zehn, fünfzehn Jahren zu erwarten ist, wenn der Energieverbrauch in China, in Lateinamerika und im Fernen Osten sprunghaft ansteigt. Wir könnten beginnen, das kaspische Öl gemeinsam auszubeuten, was unter den gegebenen Umständen nicht möglich ist. Sie werden nicht darum herumkommen, hier unsere Bedingungen zu akzeptieren. Denn es ist für uns ein leichtes, Investitionen in ein solches Projekt zu verhindern; weit schwieriger, aber durchaus möglich, dürfte es sein, uns zu einigen. Dabei würde ein solches Projekt die Sicherheit in und um Europa wesentlich festigen, weil damit im Transkaukasus und in einem Teil von Mittelasien eine Zone von Stabilität und Wohlstand entstehen würde, wo es heute bereits sehr instabil ist und sich die Stabilität weiter verringert.

Hier geht es weniger um finanzielle Hilfe, sondern um den politischen Willen des Westens, der bisher fast gar nicht vorhanden ist. Was die NATO angeht, ist uns bereits fast alles bekannt. Dafür brauchen wir nicht auch noch eine besondere Charta, zumal diese nicht mit einer umfassenden Strategie verbunden sein wird, die die Integration Rußlands mit Europa und Europas mit Rußland fördert. Das sind allenfalls Ersatzleistungen, die man uns anbietet, so wie man sie auch den Polen offeriert, die als die besten Händler in Europa gelten. Und doch haben sie sich verkalkuliert. Anfangs hatte man ihnen die Mitgliedschaft in der Europäischen Union angeboten und bis zum Jahr 1999 versprochen. Dann fand man heraus, daß diese Mitgliedschaft zu teuer wird, und nun bietet man ihnen die Mitgliedschaft in der NATO an.

Uns bietet man jetzt besondere Beziehungen im Bereich der Sicherheit an, statt über eine Integrationsstrategie nachzudenken, die ich befürworten würde. Die besonderen Beziehungen im Bereich der Sicherheit sollte man den Spezialisten überlassen, die sich da austoben können. Jeder braucht halt seine Spielwiese. Ich wünschte mir wirklich, daß Rußland nicht eindimensional auf den Sicherheitsbereich festgelegt wird, sondern sich zu einem mehrdimensionalen Staat entwickeln kann. Deshalb sollte uns der Westen nicht nur besondere Beziehungen in Sicherheitsfragen anbieten. Ich hätte schon gern ein wenig mehr als das.

von Knoop

"Der Westen auf der Suche nach einem Partner" lautet unser Thema. Nachdem wir bisher vornehmlich von Rußland als politischem Partner geredet haben, möchte ich jetzt über den Wirtschaftspartner Rußland sprechen, da ich die Interessen der deutschen Wirtschaft hier verrete.

Es liegt in der Natur der Sache, daß wir uns vor allem für die konkreten Rahmenbedingungen interessieren, unter denen sich das wirtschaftliche Handeln in diesem Land vollzieht, und wir müssen leider feststellen, daß diese sich 1996 weiter verschlechtert haben. Unter anderem verzeichnen wir einen drastischen Rückgang der inländischen Investitionen, und auch mit den Auslandsinvestitionen ist es nicht weit her, obwohl die russische Seite diese für 1996 positiv bewertet. Aber die russischen Zahlen über Auslandsinvestitionen sind sehr widersprüchlich und vermitteln kaum ein exaktes Bild der tatsächlichen Aktivitäten.

Schaut man sich die Zahlen genauer an, so geht der beinahe spektakuläre Anstieg um 186 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 1995 fast ausschließlich auf das Konto der "sonstigen Investitionen"; das sind Handelskredite, Kredite internationaler Finanzorganisationen sowie Bankeinlagen in Auslandswährung. Die Direktinvestitionen dagegen blieben äußerst bescheiden.

Ein paar Zahlen mögen das belegen. Zum 30. 6.1996 erreichten die akkumulierten ausländischen Investitionen in Rußland insgesamt einen Wert von 9,04 Milliarden Dollar und 2,247 Milliarden Rubel. Davon entfielen 5,28 Milliarden Dollar, nämlich 58 Prozent und 2,065 Milliarden Rubel auf Direktinvestitionen. Größter Investor waren die USA mit 2,717 Milliarden Dollar, vor Großbritannien (882,6 Millionen Dollar), Deutschland (719,3 Millionen Dollar) und der Schweiz (661,9 Millionen Dollar). Diese Zahlen sind eigentlich beschämend niedrig und entsprechen bei weitem nicht den ungeheuren Möglichkeiten, die der Markt hier bietet.

Aber die Gründe für die Zurückhaltung des Auslandes liegen auf der Hand. Dabei spielen die in der westlichen Presse hochgespielte Kriminalität und die Schutzgeldzahlungen keineswegs die wichtigste Rolle. Die Tausende deutscher Firmenvertreter, die in Moskau leben, zittern nicht Tag für Tag vor den Mafiosi, die es auf ihr Leben abgesehen haben. Das sind absolut unangemessene Verzerrungen, insbesondere der deutschen Presse, die bei ihren Lesern den Eindruck erwecken, als drehe sich in

diesem Land alles um dieses Problem - ohne daß ich es verharmlosen will. Die Folge dieser einseitigen Darstellung ist, daß sich besonders mittelständische Betriebe, die sich hier an sich gern engagieren würden, zurückhalten, zumal sich häufig keine Mitarbeiter bereit finden, das angeblich hohe Risiko für Leib und Leben einzugehen.

Die Hauptthemenisse, die deutsche Firmen hier sehen, bestehen in erster Linie in der russischen Steuer- und Zollpolitik, in bürokratischer Willkür und in Finanzierungsproblemen - Fragen, die im übrigen auch die russischen Unternehmen beeinträchtigen. Denn selbst der geduldigste Investor kann es nicht hinnehmen, wenn ohne Vorwarnung und vorherigen Schiedsspruch seitens der örtlichen Steuerbehörde aufsein Bankkonto zurückgegriffen wird, was zudem auch eindeutig den gesetzlichen Vorschriften widerspricht.

Ein anderes konkretes Beispiel: Einer der größten deutschen Investoren in Rußland, die Firma Siemens AG, hat sich inzwischen in eine Landesgesellschaft umgewandelt. Um ihre Büroflächen zu vergrößern, baut sie ein Fertighaus. Das gilt laut den gesetzlichen Bestimmungen als Sacheinlage in das Stammkapital und ist somit von Zöllen und Steuern befreit. Die Moskauer Zollverwaltung argumentiert jedoch: Würde das Fertighaus als Ganzes per Schiff oder Eisenbahn hierher transportiert, unterläge es keinen Abgaben. Da aber das Haus in Einzelteilen hierher verbracht wird - was praktisch gar nicht anders möglich ist;- , stellt es keine Sacheinlage in das Stammkapital dar, so daß der Firma erhebliche zusätzliche Kosten entstehen. Gegen solche absurden Auslegungen müssen wir uns wehren.

Auf der anderen Seite beweisen gerade deutsche Firmen seit vielen Jahren, daß sie verlässliche Partner sind und viel Verständnis für die Situation haben, in der sich Rußland im Augenblick befindet. Es sind auch bereits große Fortschritte erreicht worden, beispielsweise im Wirtschaftsrecht. Deutschland ist seit 1972 der größte Außenwirtschaftspartner Rußlands außerhalb der GUS. Allein in Moskau gibt es 800 deutsche Firmenvertretungen, von denen seit 1994 300 neu hinzugekommen sind, die sich nicht durch die Widrigkeiten haben abschrecken lassen. Die Deutschen stellen hier mit Abstand die größte business community.

Außerdem ist ein zunehmender Trend in die Regionen zu verzeichnen, ebenso wie ein Trend weg vom reinen Handel hin zur Produktion. Mehr und mehr deutsche Firmen gehen dazu über, in Rußland mit russischen Mitarbeitern für den hiesigen Markt zu produzieren. Wichtig ist auch die Feststellung, daß die deutschen Unternehmen - im Gegensatz zu den Firmen anderer westlicher Industrienationen, die erst seit wenigen Jahren hier tätig sind - in der Regel nicht auf die schnelle D-Mark aus sind, sondern an langfristigen Engagements interessiert sind. Sie suchen gemeinsam mit ihren russischen Partnern den konstruktiven Dialog mit der russischen Regierung und unterbreiten Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die beide Seiten befürworten, in der Praxis zu erleichtern. Dazu bedarf es aber eines noch engeren Dialogs mit den politischen Entscheidungsträgern auf beiden Seiten.

Meyer-Landrut

Wenn ich Frau von Knoop kurz ergänzen darf. Die deutsche Wirtschaft findet bei der russischen Regierung viel Verständnis für die Schwierigkeiten, unter denen wir zu arbeiten haben. Dazu tragen ständige Zusammenkünfte etwa mit Minister Jassin bei. Und es trifft auch zu, daß sich zahlreiche deutsche Unternehmen hier langfristig engagieren und gute Arbeit leisten. Auf der anderen Seite stimme ich Herrn Karaganow zu, daß sich viele deutsche Firmen noch ausgesprochen zurückhalten und sich lieber Asien, vor allem China, zuwenden. Ungeachtet der schwierigen hiesigen Rahmenbedingungen gibt es also auch Defizite auf der deutschen Seite.

Lichatschew

Man könnte fast den Eindruck gewinnen, daß wir es gegenwärtig mit einer neuen deutschen Offensive gegenüber Rußland zu tun haben - wenn auch im Rahmen der anerkannten Prinzipien des internationalen Rechts, der Zusammenarbeit, der gemeinsamen Verantwortung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Bereits Anfang November haben wir hier im Präsident Hotel zusammen mit deutschen Kollegen ein Kolloquium zum Thema: "Bürger in der Demokratie" durchgeführt. Unser heutiges Thema ist nicht weniger aktuell, und beides hängt eng miteinander zusammen.

Man wird in Rußland nur schwer über die Perspektiven der Demokratie sprechen können, ohne zu bedenken, in welchen Formen, mit welchen Geschwindigkeiten und mit wessen Unterstützung dieser Prozeß verlaufen wird. Für mich bleibt Deutschland unbedingt ein wichtiger strategischer Partner Rußlands. Auf der anderen Seite ist Rußland für jeden europäischen Prozeß ein beherrschender

Faktor, ob es um Politik oder um die Zusammenarbeit im Bereich von Wissenschaft und Technik geht. Frau Fischer hat in diesem Zusammenhang auf die zunehmende Bedeutung der Regionen in Europa hingewiesen, die für die künftige Zusammenarbeit immer wichtiger werden. Dafür benötigen wir eine optimale internationale Rechtsgrundlage.

Aus der Sicht einer russischen Region bleibt festzuhalten, daß die Vertreter der deutschen Bundesländer sich bereits sehr aktiv auf dem russischen Markt engagiert haben. Von daher teile ich auch nicht den pessimistischen Grundton, auf den unser Gespräch hier weitgehend gestimmt ist. Was wir heute erleben, ist nicht nur ein sehr schwieriger Prozeß der russischen Selbstfindung, ein Prozeß, der überall in Europa stattfindet; sondern darüber hinaus geht es um Selbstbestimmungsprozesse der europäischen und der Weltpolitik. Deshalb sollten wir uns auch nicht an irgendwelchen Extremen orientieren, sondern einen gemeinsamen Nenner zu finden suchen.

Wie sieht gegenwärtig die Zusammenarbeit mit den deutschen Regionen aus russischer Sicht aus? Ich meine, die Perspektiven werden positiv und pragmatisch beurteilt. Dabei leiten uns objektive Tatbestände der Weltwirtschaft und Anforderungen, die sich aus der internationalen Arbeitsteilung ergeben. Der russische Föderationsrat fühlt sich ebenso wie die Staatsduma diesen Prozessen verbunden; beide bemühen sich, optimale politische und rechtliche Voraussetzungen zu schaffen, um die Zusammenarbeit zu erleichtern.

Ich meine, daß wir auf dem Wege der rechtlichen Rahmenbedingungen für die interregionale gesamteuropäische Zusammenarbeit schon ein ganzes Stück vorangekommen sind, und die Zeit scheint reif für eine gemeinsame Deklaration über die Prinzipien der regionalen Zusammenarbeit in Europa. Dies haben wir auch der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und dem Kongreß lokaler regionaler Organe in Europa vorgetragen, und ich denke, Frau Fischer wird mir zustimmen, daß wir zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit der Annahme einer neuen Charta für die europäischen Regionen rechnen können. Dafür bedarf es weiterer praktischer Schritte, um diese Vorstellungen zu realisieren.

Von unseren deutschen Kollegen sind hier verschiedentlich die wirtschaftlichen, psychologischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die russisch-deutsche Zusammenarbeit angesprochen worden, die es bisher nicht erlaubt haben, das vorhandene Potential auszuschöpfen. Interessanterweise zeigt sich in den russischen Regionen, die wirtschaftlich selbständig geworden sind, die Tendenz, Rechtsnormen auszuarbeiten, die diesen Prozeß unterstützen.

Die Republik Tatarstan etwa, die ich im Föderationsrat verrete, pflegt inzwischen weltweit mit über 80 Ländern Handelsbeziehungen. Dabei hat Tatarstan erstmals Verträge auf staatlicher Ebene abgeschlossen, und zwar mit der Türkei, Ungarn, Polen und mit Bulgarien. Weitere Abkommen wurden in diesem Monat mit dem Iran und Aserbaidschan unterzeichnet. Diese Entwicklung verläuft in enger Absprache mit dem Außen- und Außenhandelsministerium der Russischen Föderation. In Kasan, der Hauptstadt Tatarstans, wurde ein Generalkonsulat der Türkischen Republik eröffnet, und angesichts der strategischen Bedeutung dieser Region für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland haben wir mit Botschafter von Studnitz bereits über die Schaffung einer Einrichtung gesprochen, die helfen könnte, die Zusammenarbeit besser zu koordinieren.

Die Republik Tatarstan ist für Investoren in der Tat eine attraktive Region. In diesem Jahr belegt Tatarstan, hinter Moskau und Tjumen, den dritten Platz, was ausländische Investitionen angeht. Natürlich spielt dabei eine große Rolle, daß unsere Republik über erhebliche Ölvorräte verfügt. Im letzten Jahr haben wir 23 Millionen Tonnen Öl gefordert; in diesem Jahr wird diese Menge etwas höher sein. Einige Großbetriebe, wie KAMAS, eine Hubschrauberfabrik, eine Optikfabrik und andere sind bereits in Aktiengesellschaften umgewandelt worden, ein Prozeß, an dem die regionalen Gesetzgeber aktiv beteiligt waren. Das betraf insbesondere Gesetze zum Schutz ausländischer Investitionen. Hinzu kommen einige Verordnungen, die von Präsident Mintimer Schajmijew erlassen wurden. In einigen Bereichen geht die regionale Gesetzgebung weiter als die auf der föderalen Ebene.

Tatarstan hat traditionell gute Beziehungen zu Deutschland, aber wir orientieren uns nicht nur an der Vergangenheit. Wir tun auch viel dafür, daß in Tatarstan das Interesse an deutscher Kultur, deutscher Sprache und für die deutsche Wirtschaft gefördert wird. Am 11. Dezember werden wir in Kasan ein Denkmal für den großen deutschen Mathematiker und Philosophen Fuchs einweihen, der im 19. Jahrhundert lange Zeit an der Universität von Kasan gelehrt hat und drei Jahre lang Rektor dieser Universität war. Eine Kirche wird offiziell eröffnet, und viele Denkmäler, die mit der deutschen Kultur verbunden sind, werden an deutschstämmige Personen übergeben. In Tatarstan leben etwa 1500 Deutsche. In gleicher Weise fördern wir auch die Beziehungen zu anderen europäischen Ländern, zu

Frankreich und Holland beispielsweise. Aber Deutschland bleibt für unsere Region - wie für die Russische Föderation insgesamt - ein besonders wichtiger Partner.

Sicher, wir leben in schwierigen Zeiten, die uns mehr Fragen aufgeben, als wir in unserer Realität Antworten finden. Aber für Rußland war die internationale Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet der Ideenfindung stets ein außerordentlich wichtiger Faktor. Das wird auch in Zukunft so sein. An diese Zusammenarbeit werden aber seitens der russischen Öffentlichkeit bestimmte Forderungen geknüpft, etwa ein ziviler Umgang miteinander, der Wille zur Zusammenarbeit in Anerkennung gegenseitiger Vorteile und auch die Kompromißfähigkeit. Die Erfahrungen, die wir in diesem Jahrhundert gemacht haben, negative wie positive, sollten wir nutzen, um ein gemeinsames europäisches Haus zu schaffen und zu festigen.

Hahn

Ich kann seitens der Europäischen Union nur bestätigen, was Frau von Knoop ausgeführt hat. Von einer Isolierung oder gar Erniedrigung Rußlands kann jedenfalls nicht die Rede sein. Die Fakten sprechen da eine ganz andere Sprache. Es gibt inzwischen ein ganzes Netzwerk von Vereinbarungen zwischen Rußland und der EU, und es sind institutionelle Verbindungen aufgebaut worden, die uns in Zukunft weiterhelfen werden.

Der russische Außenhandel hat sich in den letzten Jahren auf etwa 40 Prozent mit der Europäischen Union eingependelt, übrigens mit einem positiven Saldo für Rußland, nämlich 1994 14 Milliarden Dollar und 1995 immerhin noch 9 Milliarden Dollar. Es gibt zudem eine Fülle von Beispielen effektiver regionaler Zusammenarbeit mit Rußland, etwa im Bereich der Ostseeanrainer zusammen mit anderen Partnerstaaten, im Schwarzen Meer und in der Barentssee. Hier sind also strategische Linien aufgebaut worden, die wir gemeinsam mit Rußland und anderen Partnern verfolgen.

Eine besondere Rolle wird in diesem Zusammenhang das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Rußland spielen, das die Staatsduma und der russische Föderationsrat inzwischen ratifiziert haben, auch wenn es nicht so weit geht wie die Assoziationsabkommen mit den Nachbarstaaten in Mittelosteuropa. Ich hoffe, daß die letzten drei Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, darunter auch Deutschland, das Abkommen in Kürze ratifizieren werden, so daß wir dann auf dieser Grundlage arbeiten können. Aber schon auf der Basis des bisherigen Interimsabkommens zeichnen sich Erfolge in der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit ab. (Anmerkung: Inzwischen haben sämtliche Staaten ratifiziert.)

Wir haben im Rahmen verschiedener Unterstützungsprogramme - wie TACIS zusammen mit den internationalen Finanzierungsinstituten und auch Privatbanken - über 100 Milliarden Dollar an multilateraler und bilateraler Unterstützung für Rußland mobilisieren können. Gleichzeitig lesen wir aber von 300 Milliarden Dollar, die in den letzten Jahren illegal aus Rußland herausgeflossen sind, ein ungeheures Problem, das auf russischer Seite dringend angegangen werden müßte. Im Grunde kann das, was wir Rußland anbieten, nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Das heißt, Rußland muß selbst die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich ein Kapitalmarkt und leistungsfähige Banken entwickeln können, um die riesigen Gelder, die in Rußland vorhanden sind, auf inländische Investitionen umzulenken.

Drei Beispiele der Zusammenarbeit will ich besonders hervorheben. Herr Kaiser erwähnte den Ausbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes, wo wir in der Kooperation der internationalen Geldgeber mit Rußland erheblich weitergekommen sind. Wir haben im Rahmen von TACIS das Projekt Paris - Berlin - Moskau mit Hilfe technischer Studien vorbereitet. Das gleiche gilt für die Verbindung Helsinki - St. Petersburg - Moskau - Kiew. Dafür werden wir als nächsten Schritt die öffentliche und private Finanzierung zu mobilisieren versuchen. Ansätze gibt es bereits.

Für Osteuropa haben wir schon einige erfolgreiche Beispiele für die "public private partnership" zu verzeichnen, etwa in Polen beim Ausbau des Warschauer Flughafens. Das dortige Modell einer gemeinschaftlichen öffentlichen und privaten Finanzierung könnte sich auch in Rußland bewähren, wenn die Investitionsbedingungen und die rechtlichen Voraussetzungen stimmen. Dabei könnten wir im Rahmen des TACIS-Programms Unterstützung geben.

Zweitens die Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung. Vor kurzem waren Edith Cresson, die EU-Kommissarin für Forschung und Entwicklung, und Neal Kinnock, der Kommissar für das Transportwesen, in Moskau, um über konkrete Projekte zu verhandeln, welche die EU auch finanziell unterstützen will. Dazu gehört etwa die von Herrn Karaganow erwähnte Umwandlung von militärisch-technischen Komplexen, die für die zivile Produktion nutzbar gemacht werden sollen. Das gilt insbesondere im Bereich des Verkehrswesens, das sich für eine derartige Zusammenarbeit geradezu

anbietet. Ich denke beispielsweise an den von russischer Seite vorgeschlagenen gemeinsamen Bau des Transrapsids, der für die Zukunft eine große Perspektive bieten könnte. Oder die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des internationalen Satellitensystems.

Was die Energiecharta angeht, Herr Kaiser, sind wir doch ein wenig enttäuscht, daß die Duma die große Konferenz, die wir in der kommenden Woche zusammen mit dem Sekretariat der Energiecharta in Moskau durchführen wollten, um die Energiecharta zu ratifizieren, wieder abgesagt hat. Hier hat also nicht der Westen die kalte Schulter gezeigt, sondern die Staatsduma hat unser Angebot nicht wahrgenommen. Ich hoffe, das läßt sich im Januar 1997 nachholen. (Anmerkung: Das Hearing hat im Februar 1997 stattgefunden.)

Schließlich drittens die Zusammenarbeit im Energiebereich, die Herrn Karaganow sehr am Herzen liegt. Wir fordern im Rahmen des TACIS-Programms die Zusammenarbeit zwischen Rußland und einigen Nachbarstaaten im Öl- und Gasbereich. Es wurde vor kurzem in Brüssel mit allen Beteiligten über gemeinsame Strategien beraten, wobei die russische Seite leider nicht sehr hochrangig vertreten war. Mitunter hat es den Anschein, als würde sich Rußland eher selbst isolieren. Ich meine, die russische Seite müßte auch konstruktiver auf unsere Angebote eingehen.

Viermetz

Als in New York lebender Deutscher und einfacher Banker ist es für mich faszinierend, unseren russischen Freunden zuzuhören. Ich war natürlich überrascht, wie weitgehend die bisherige Diskussion sich auf die NATO-Erweiterung konzentriert hat, und ich bin mit Garton Ash einig, daß der Bereich der Wirtschaft und die Möglichkeit, Rußland in das Weltwirtschaftssystem einzubinden, wahrscheinlich wichtiger ist als die Debatte über die militärische und politische Integration. Deshalb möchte ich mich stärker mit der wirtschaftlichen Entwicklung befassen.

Was mich überrascht hat, ist, daß unsere russischen Freunde die Situation in ihrem Land so negativ gezeichnet haben. In gewisser Weise ist es sicher verständlich, daß man sich auf die negativen Konsequenzen eines ungeheuren Anpassungsprozesses konzentriert; doch wenn man die Dinge nüchtern betrachtet, dann hat Rußland wirtschaftlich gewaltige Fortschritte gemacht und die Bereitschaft gezeigt, dessen Bürden zu tragen. Insofern sollte man es für die vier oder fünf Jahre praktizierter Wirtschaftsreform beglückwünschen.

Erinnern wir uns der Ausgangslage. Im Januar 1992 hatte Rußland eine Inflationsrate von 245 Prozent pro Monat. Das bedeutete eine jährliche Inflationsrate von 2650 Prozent. Gegenwärtig, im Oktober 1996, beträgt die Inflationsrate pro Monat rund 15 Prozent. 1992 gab es den Zusammenbruch der Rubelwährung, die die Unzulänglichkeit der früheren Wirtschaftsführung des Landes widerspiegelte. Es ist somit nur natürlich, daß wir jetzt eine erhebliche Reduzierung des Bruttoinlandsprodukts erleben, das sich um 35 Prozent verringerte. Das kann man in jeder Hinsicht als Depression in einem Land bezeichnen. Jetzt sehen wir Licht am Ende eines sehr schwarzen Tunnels; denn nach meiner Auffassung wird es 1997 Wachstum geben.

Ähnlich sieht es bei der Entwicklung der öffentlichen Verschuldung aus. Sie ist jetzt unter weit besserer Kontrolle als vor fünf Jahren. Die Finanzpolitik hat sich konsolidiert, auch wenn noch mehr getan werden muß, etwa bei der Steuereintreibung. Die Reformen haben jedoch die Preise freigegeben, die Staatswirtschaft privatisiert und anderes mehr. Das wirtschaftliche Stabilisierungsprogramm, zu dem wir auf dem Weg sind, tritt an die Stelle der völlig untragbaren Finanzdefizite - wie wir sie in der DDR in den späten 80er Jahren gesehen haben - bei der Staatsverschuldung, bei absurden Wechselkursen und einer Geldpolitik, die nur dazu diente, das Haushaltsdefizit zu stützen.

Womit haben wir es jetzt zu tun? Es gibt Ausgabenkürzungen, und es war sehr eindrucksvoll, von Alexej Kudrin zu erfahren, wie er die Probleme der Sozialausgaben behandelt hat und was im Lande noch zu tun bleibt. Die Finanzpolitik ist somit in Angriff genommen worden und trägt dazu bei, daß die Ausgaben der öffentlichen Hand von 74 auf 40 Prozent gesenkt worden sind. Auch auf anderen Gebieten, zum Beispiel in der Geld- und Wechselkurspolitik, hat Rußland inzwischen den Anschluß an die weltpolitischen Standards gefunden. Die Zentralbank ist unabhängig. Sie hat gerade die neue Rubelpolitik für 1997 verlautbart. Alles dies macht viel Sinn.

Das Schuldenmanagement ist gut unter Kontrolle. Dabei sollten wir nicht vergessen, daß die Russische Föderation die Gesamtschulden der früheren Sowjetunion, also die Schulden auch der anderen Länder mitübernommen hat. Deshalb mußte sie um einen Aufschub bei den Kapitalrückzahlungen bitten, der vom Londoner oder Pariser Club auch gewährt wurde. Seit 1992 hat sich Rußland nur mit 20 Milliarden Dollar gegenüber dem Ausland verschuldet. Zusammen mit den 80

Milliarden, die es von den vorherigen Regierungen übernahm, umfaßt die Gesamtschuld des Landes somit 100 Milliarden Dollar, mit Tilgungsplänen, die sich ganz gut bewältigen lassen.

Was die Entwicklung des Handels angeht, so beläuft sich der Handelsüberschuß auf 22 Milliarden Dollar. Es gibt einen Leistungsbilanzüberschuß von 12 Milliarden Dollar. Weder Deutschland noch die Vereinigten Staaten können derartiges vorweisen. Die Grundlagen der Wirtschafts-, Geld- und Außenhandelspolitik gehen hier also in die richtige Richtung. Wir sind am Ende des Tunnels angelangt und sehen Licht. Wir sind jedoch natürlich weiterhin besorgt über die weitere Entwicklung des Landes.

Es ist keine Frage, daß ausländische Investoren einen klaren, bestimmten Rahmen für ihre Investitionen brauchen. So fehlt beispielsweise ein Vertragsrecht. Es gibt unberechenbare und manchmal exorbitante Steuern auf Provinzebene, sowie besonders ärgerliche Änderungen der Gesetzgebung, die ausländische Investoren betreffen. Dieses sind die Gründe, warum Geld und Kapital zur Zeit nicht in dieses Land kommen. Deswegen sind auch nur zwei Milliarden Dollar hier investiert worden. Aber all das erklärt nicht, warum die größte Investition in Rußland bislang von Philip Morris vorgenommen worden ist, die eine Zigarettenfabrik errichtet haben. Das Geld und Kapital, die in dieses Land fließen müßten, sollten die Erdöl- und Erdgas-Exploration unterstützen. Der gesamte Bereich der Bodenschätze braucht die Unterstützung der internationalen Wirtschaft, und ich kann Ihnen versichern, daß das Geld vorhanden ist.

1995 flossen 200 Milliarden Dollar aus den OECD-Ländern in die sogenannten aufstrebenden Märkte. 100 Milliarden waren Wertpapieranlagen, aber die übrigen 100 Milliarden Dollar gingen als Direktinvestitionen in diese Märkte. Ungefähr die Hälfte, 40 Milliarden Dollar, gingen nach China, während in die Russische Föderation nur eine Milliarde geflossen ist. Wenn man den Wohlstand und die Zukunft dieses Landes sichern will, muß man es ausländischen Investoren ermöglichen, herzukommen und hier zu investieren. Ich appelliere an unsere russischen Freunde, darauf hinzuwirken, dann werden zukünftig 40 Milliarden Dollar nach Rußland gehen, so wie sie jetzt nach China gegangen sind.

Von meiner eigenen Bank weiß ich, daß mögliche Projekte bei Erdgas, Erdöl, Gold, Nickel sich auf circa 50 Milliarden Dollar summieren würden, die sich in den nächsten fünf Jahren realisieren ließen. Auf diesem Weg sollte Rußland weiter vorangehen. Dann werden auch Investoren in die Telekommunikation und dergleichen kommen.

Bundeskanzler Schmidt würde ich insofern etwas widersprechen: Unter den heutigen Bedingungen ist Rußland sicher keine Weltmacht, aber es hat erhebliches Gewicht und sollte eine entsprechende Rolle spielen. Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklungen hat es gute Chancen, in die Weltwirtschaft integriert zu werden, und zwar über ausländische Investitionen.

Als Beobachter aus New York möchte ich noch einmal auf die Ausweitung der NATO zurückkommen. Es hieß hier, dies sei bereits eine ausgemachte Sache. Dem kann ich so nicht zustimmen. In der International Herald Tribune beispielsweise standen vor zwei Tagen mehrere Artikel, die sich sehr kritisch mit der beabsichtigten Ausweitung der NATO nach Osten auseinandersetzten. Es wird in Washington sicher weiter über die Pros und Kontras diskutiert werden. Ich kann unseren russischen Freunden aber versichern, daß alle dabei helfen möchten, dieses Land in die Weltgemeinschaft und die Weltwirtschaft zu integrieren.

Schmidt

Es scheint mir ein weit verbreiteter Irrtum von Politikern und Diplomaten zu sein zu glauben, der weltweite Wirtschaftsaustausch könne durch Regierungen und ihre Bürokratien betrieben und gefördert werden. Ein kardinaler Irrtum. Tatsächlich pflegen Regierungen den Wirtschaftsaustausch immer nur zu behindern. Es gibt Ausnahmen von dieser Erfahrung, Mao Zedongs China etwa, aber auch positive Beispiele in ehemaligen Comecon-Staaten. Die totale staatliche ökonomische Lenkung in all jenen Ländern, in denen die Regierungen die Handels- und Investitionskontrakte betrieben, führte dazu, daß die Ergebnisse im Vergleich zu marktwirtschaftlich orientierten Ländern weit hinter den ökonomischen und sozialen Standards zurückblieben.

Die Klagen, die wir von unseren russischen Freunden hier über zu geringe ausländische Investitionen in Rußland gehört haben, beruhen auf unzureichenden, ja falschen Vorstellungen von den westlichen Wirtschaftsverfassungen. Bei uns sind es nicht die Regierungen und nicht die Diplomaten, die über Investitionen entscheiden. Ob Weltfirmen wie Siemens oder Daimler-Benz oder eine Spezialmaschinenbaufirma wie die Körber Aktiengesellschaft in Hamburg - die diesen Bergedorfer Gesprächskreis durch eine Stiftung finanziert - im Ausland investieren und wo sie dies tun und mit

welcher Zielsetzung, das entscheiden allein diese Firmen selbst und kein Botschafter oder Minister. Es unterliegt fast überhaupt keinem Einfluß der Politiker in den westlichen Ländern, allenfalls in Frankreich ein wenig. Ebenso wenig entscheiden die Banken darüber - auch so ein Irrtum, der weit verbreitet ist. Die Banken müssen zwar mitwirken, und bisweilen ist ihnen das Risiko zu groß, so daß sie die Finanzierung ablehnen. Aber die Initiative für eine Investition liegt niemals bei einer Bank, sondern darüber entscheiden bei uns ausschließlich die Unternehmen.

Wenn Sie deshalb in Rußland ein höheres ökonomisches Engagement des Auslandes wünschen, müssen Sie den Unternehmen Möglichkeiten öffnen und Sicherheiten bieten. Dafür eignen sich keine Staatsbesuche oder der Austausch großer Wirtschaftsdelegationen, sondern das geschieht in erster Linie im privaten Gespräch. Und da müssen Sie bereit sein, genau hinzuhören, wenn sich ausländische Unternehmen zum Beispiel über Unsicherheiten der hiesigen Steuergesetzgebung oder über bürokratische Willkürmaßnahmen beklagen, die monatelange Verzögerungen nach sich ziehen können, weil sich irgendein Verwaltungschef nicht entscheiden kann oder die Verantwortung nicht übernehmen möchte. Sie müssen zuhören bei Klagen über langwierige Genehmigungsverfahren und dann aktiv werden, um die Weichen bei der Gesetzgebung und der staatlichen Verwaltung richtig zu stellen.

Ich habe schon verstanden, warum dies alles für das große Rußland und aufgrund welcher Erblasten es so schwierig ist. Aber haben Sie sich einmal das chinesische Beispiel der Sonderwirtschaftszonen genauer angesehen - Herr Viermetz hat zu Recht auf China hingewiesen. Ich verkenne nicht die unterschiedlichen Voraussetzungen, die in der ehemaligen Sowjetunion und im ehemaligen China Mao Zedongs herrschten, aber in einem Punkt waren sie beide gleich: totale staatliche Lenkung und Kontrolle. China hat es vermocht, quasi über Nacht für einzelne Städte und küstennahe Regionen Tausende von Vorschriften abzuschaffen und im Laufe der letzten zwölf Jahre eine ungeheure wirtschaftliche Entwicklung in Gang zu setzen. Wenn Sie heute nach Shanghai kommen, meinen Sie, die Silhouette von Chicago oder Detroit vor sich zu sehen.

Die ehemaligen Sonderwirtschaftszonen haben sich erheblich ausgeweitet. Von dort hat sich inzwischen ein erfolgreiches privates Unternehmertum entwickelt und in das weitere Umfeld ausgedehnt. Durch diese Sonderwirtschaftszonen sind geradezu magnetartig ungeheure ausländische Investitionen angezogen worden. Ich frage mich, warum Sie hier in Rußland ein solches Experiment nicht zumindest diskutieren. Dafür bieten sich St. Petersburg und Wladiwostok an, vielleicht auch Kaliningrad, obwohl es da Schwierigkeiten geben könnte, etwa wegen der Nachbarschaft zu Polen. Gesetzgebung und Verwaltungen müßten in diesen Sonderwirtschaftszonen jede Art von Erleichterung gewähren. Außerdem steuerliche Vereinfachungen, möglichst nur eine unkomplizierte Einkommens- oder Körperschaftssteuer und eine simple Umsatzsteuer. Dazu würden dann natürlich Niederlassungsfreiheit für ausländische Unternehmungen und Banken und so weiter gehören.

In solchen Sonderwirtschaftszonen würden Sie nicht nur eine schnelle Anhebung von Beschäftigung und Lebensstandard erleben, sondern Sie würden vor allem Erfahrungen sammeln, die dann für die zentrale Gesetzgebung, Wirtschafts- und Steuerpolitik genutzt werden könnten. Für solche Dinge müssen Sie den Boden bereiten. Es nützt Ihnen nichts, wenn Sie sich immer nur über die fehlende Risikobereitschaft ausländischer Firmen beklagen, aber auf Ihrer Seite nicht die entsprechenden Voraussetzungen schaffen. Daß erfolgreiche Experimente dieser Art den Neid der Nichtprivilegierten in den übrigen Bereichen hervorruft, ist ein Risiko, auf das Sie sich einlassen müssen.

von Studnitz

Ich kann nur unterstreichen, was Bundeskanzler Schmidt, Frau von Knoop und Herr Hahn hier ausgeführt haben, worin sie die Haupthindernisse für die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Land sehen. Im Deutschen heißt es so schön: Kapital ist ein scheues Reh; es geht nur dorthin, wo die Bedingungen gewährleisten, daß es sich wohl fühlt. Wie anders ist es wohl zu verstehen, daß auch das russische Kapital Zuflucht im Ausland sucht, statt im Lande zu verbleiben, um hier den Aufschwung voranzubringen. Das Kapital fühlt sich hier gegenwärtig nicht wohl, und daran können nur die politisch Verantwortlichen in Rußland selbst etwas ändern.

Ich teile nicht die Zuversicht, die Herr Viermetz für die Entwicklung hier schon im nächsten Jahr prognostiziert hat. Ich fürchte, so schnell wird es nicht gehen. Wir werden uns statt dessen auf längere Zeiträume einstellen müssen. Die makroökonomischen Indikatoren, die Sie angesprochen haben, mögen stimmen, was Sie aber nicht unterschätzen dürfen, ist der soziale Aspekt. Die bisherige Entwicklung hat enorme soziale Kosten verursacht, und meine Sorge ist, daß hier an der Grenze des Erträglichen operiert wird. Dies wird schon im kommenden Winter erhebliche Probleme aufwerfen -

General Lebed, Herr Lichatschew und Herr Kudrin haben sich dazu geäußert. Wie schnell also der wirtschaftliche Aufschwung kommen wird, ist auch vor diesem Hintergrund zu sehen.

Der soziale Faktor spielt aus zwei Gründen eine Rolle. Zum einen ist die Belastungsfähigkeit der Menschen hier fast bis zum Äußersten angespannt. Zum anderen - und das sehe ich positiv - haben wir bei der Präsidentenwahl und bei den Duma-Wahlen im vergangenen Jahr erlebt, daß die Wahlbeteiligung nach 70 Jahren kommunistischer Herrschaft weit höher lag, als dies jemals in Amerika der Fall war, nämlich zwischen 65 und 70 Prozent. Die Menschen haben zum Ausdruck gebracht, daß sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und darüber mitbestimmen wollen, wie es weitergehen soll. Sie sind nicht länger bereit, einfach hinzunehmen, was auf sie zukommt. Das ist ein Faktor, mit dem die Politik in diesem Lande jetzt rechnen muß, und deshalb muß sie darauf achten, daß die sozialen Dinge hier nicht aus dem Ruder laufen.

In der längerfristigen Perspektive sehe ich eine große Aufgabe darin, den individuellen Faktor, die soziale und politische Eigenverantwortung in Rußland zu stärken. Denn vieles von dem, was hier über bürokratische Unzulänglichkeiten und andere Erschwernisse gesagt wurde, ist nicht zuletzt eine Folge der Verantwortungsscheu und Entschlußunfähigkeit des einzelnen. Dies zu ändern, ist sicher ein langfristiger Prozeß, der aber jetzt beginnen muß. Im übrigen erleben wir ja heute auch in Deutschland und anderen westlichen Ländern eine Tendenz, Verantwortung nach oben zu delegieren und Entscheidungen zu verschieben.

In der Tat ist es vielfach der Staat, wie Herr Schmidt sagte, der verhindert, daß es in der Wirtschaft vorangeht.

Adam

Ich teile die Auffassung, daß wir in Wirtschaftsfragen meist zu stark etatistisch denken. Nicht Partnerschaft, gegenseitige Hilfe, Kooperation sind Schlüsselbegriffe der Marktwirtschaft, sondern Wettbewerb und Markterschließung. Das heißt, wir sollten nicht außer acht lassen, daß es auf der Ebene der Wirtschaft - aber auch der Politik - nicht zuletzt um Konkurrenz und Friktionen geht. Das erleben wir im transatlantischen Verhältnis genauso wie in den Beziehungen zwischen den USA und Japan.

Des weiteren laufen wir Gefahr, uns zu sehr mit Formalitäten zu begnügen. Wenn es heißt, Rußland solle in die Weltwirtschaft integriert werden, bleibt die Frage offen: Mit welchem wirtschaftlichen und industriellen Profil ist Rußland zu integrieren? Rußland in die G 7 aufnehmen, ohne daß eines der Strukturprobleme in diesem Land gelöst wird, wie soll das gehen? Wenn ich in Deutschland einen Daunenanzug kaufe, weiß ich, daß er normalerweise aus China kommt. Wenn ich einen Plattenspieler kaufe, ist er in der Regel aus Japan; Parfüm kommt aus Frankreich, ein gutes Auto nach wie vor aus Deutschland - ich hoffe, das bleibt so;- und wenn ich einen Computer kaufe, dann habe ich in der Regel ein Produkt aus Taiwan mit einem Prozessor und einer Software aus Amerika. Wo aber sind die Produkte, die Rußland in den nächsten fünf oder zehn Jahren auf den Weltmarkt bringen, mit denen es sich Märkte erschließen kann, die zum tragfähigen Rückgrat einer zivilen Industrie werden können?

Ich bin kein Wirtschaftsexperte; deshalb möchte ich nur einige Fragen stellen. Meines Wissens hat die sowjetische Industrie und Wirtschaft durchaus einige Spitzenleistungen hervorgebracht, etwa im Flugzeugbau, in der Weltraumfahrt, bei neuen Werkstoffen. Bekanntlich ist in den letzten zehn Jahren eine leistungsfähige amerikanische Firma wie Lockheed aus dem Weltmarkt für Zivilflugzeuge verdrängt worden, und zwar von den beiden Anbietern, die derzeit den Weltmarkt beherrschen, nämlich Airbus und Boeing. Gibt es da Chancen für die russische Flugzeugindustrie? Heute importiert Rußland 30 Prozent seiner Flugzeuge aus dem Ausland. Bei verarbeiteten Nahrungsmitteln, etwa Joghurt in Dosen, liegt der Anteil noch wesentlich höher - ich habe Zahlen bis zu 80 Prozent gehört. Ich frage mich: Kann ein Land mit einer Bevölkerung von 150 Millionen Menschen es sich leisten, seine Grundversorgung so stark von Importen abhängig zu halten?

Wie sollen also auf russischer Seite die richtigen Akzente gesetzt werden? Sergej Karaganow verwies zu Recht darauf, daß man sich aus einigen Gebieten zurückziehen müsse, um andere Dinge voranbringen zu können. Insofern möchte ich auch das, was Bundeskanzler Schmidt sagte, ein wenig modifizieren: Regierungen können in der Wirtschaft vieles behindern, dennoch üben sie dort auch einen sehr bedeutsamen Einfluß aus. Marktzugang ist auch eine Frage der Politik. Von daher dürfte das Verhältnis von Europäischer Union und Rußland mittelfristig auch ein durchaus problematisches Feld sein, wenn ich an all die bekannten Probleme des Marktzuganges denke, die sich vermutlich noch verschärfen werden.

Timothy Garton Ash hat dankenswerterweise die dritte Dimension der Macht erwähnt, die sogenannte soft power. Ich halte dies für einen zentralen Punkt. Rußland, heißt es, sei ein reiches Land; es verfüge über Rohstoffe aller Art. Das ist sicher nicht falsch. Worauf es aber entscheidend ankommt, ist beispielsweise ein gutes Bildungssystem, das in diesem Land in der Tat beachtlich war und eine hervorragende technische Intelligenz hervorgebracht hat. Wie sieht es damit heute aus? Was können wir von westlicher Seite tun, um das russische Bildungssystem zu stützen? Wie steht es um Stipendien für russische Absolventen? Gibt es Möglichkeiten, Hochschulprofessoren zu fördern?

Aber auch in Rußland selbst kann etwas unternommen werden, damit dieser wichtige dritte Bereich nicht Not leidet. Es gibt inzwischen so viele Neureiche in diesem Land. Sollte man sich da nicht eingehender Gedanken darüber machen, wie sich eine Kultur privaten Stiftertums erwecken läßt? Daß wir heute hier versammelt sind, verdanken wir schließlich auch der Initiative eines privaten Stifters. Wo bleibt also der John Harvard, der in Rußland eine Universität gründet oder zumindest ein wissenschaftliches Institut fördert? Im Gegensatz zum russischen Staat ist im privaten Bereich offenbar genügend Geld vorhanden. Hier braucht es Anstöße und Initiativen, damit in diesem wichtigen Sektor die Dinge vorankommen.

Meyer-Landrut

Was Sie sagen, Herr Adam, ist sicher alles bedenkenswert, aber so einfach lassen sich die Dinge, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, nicht handhaben. Rußland ist in der Tat reich an Rohstoffen und versucht auch, einigermaßen vernünftig damit umzugehen. Auch das Bildungssystem befindet sich Gott sei Dank nach wie vor auf einem hohen Niveau. In mancher Hinsicht könnte der Westen mehr tun; aber es gibt auch bereits umfangreiche Unterstützungsprogramme, insbesondere für die Atomwissenschaft und die Hochtechnologie, die durchaus greifen.

Akinci

Wenn hier darauf hingewiesen wurde, daß es für ausländische Firmen in Rußland nicht leicht ist, so trifft dies zu. Aber es gibt Möglichkeiten, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Das Gesamtvolumen des türkischen Außenhandels mit der Sowjetunion betrug ungefähr 250 Millionen Dollar. Inzwischen nähert es sich 4,5 Milliarden Dollar, trotz der erwähnten Schwierigkeiten. Die Türkei hat allein in Rußland für ungefähr sechs Milliarden Dollar Geschäfte im Baubereich getätigt.

Lassen Sie mich zwei Beispiele für solche Schwierigkeiten anführen und wie man sie überwinden kann. Eine unserer Firmen war dabei, einen Wohnkomplex irgendwo in Rußland zu errichten. Nach einiger Zeit lud der örtliche Bürgermeister den Bauleiter in sein Büro ein und forderte von ihm eine Million DM. Der Manager fragte nach den Gründen und erfuhr, das sei für die Grundsteuer; denn er habe eine Straße von der Stadt zur Baustelle bauen lassen und dabei das Land des Bürgermeisters benutzt. Diese enge bürokratische Mentalität herrscht noch immer in Rußland, und sie stellt das größte Hindernis dar, wenn es darum geht, die russischen Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern zu entwickeln.

Diese Mentalität unterstellt einem Ausländer, der nach Rußland kommt, von vornherein hinterhältige Motive: er komme, um zu rauben. Siebzig Jahre sozialistischer Herrschaft haben dieses Vorurteil gefestigt, das aber bereits vorher vorhanden war. Doch wir können diese Mentalität überwinden und mitunter überspielen. Das vorerwähnte Problem mit der Grundsteuer wurde übrigens durch Intervention der Zentralbehörden gelöst.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, das Vertrauen der örtlichen Bevölkerung zu gewinnen. Ein anderes türkisches Unternehmen baute in Rußland eine Wohnanlage für die Armee. Einige Offiziere kamen zum Bauleiter und sagten, in einer anderen Anlage sei das Heizungssystem sehr schlecht. Sie baten ihn, dort das gleiche Heizkraftwerk zu bauen, wie es in der neuen Anlage errichtet werde. Obgleich dafür keine zusätzliche Zahlung erfolgte, stimmte das Unternehmen zu und baute es. Auf diese Weise gewann man das Vertrauen der örtlichen Bevölkerung.

Aber die alte Mentalität stört zweifellos die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen. Herr Karaganow sagt, das Erdöl aus dem Kaspischen Meer solle nicht exportiert, sondern unter dem Meeresboden bleiben. Wenn man dies unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten sieht, würde die wachsende Kaufkraft der Regionen auch dem russischen Handel helfen. Rußland wäre in der Lage, mehr zu verkaufen. Überdies ist das Öl aus dem Kaspischen Meer für andere Märkte bestimmt und stellt keine Konkurrenz zum russischen Öl dar. Warum also will man die Förderung dieses Öls stoppen? Warum Konfrontation statt Kooperation? Ich hoffe, diese Mentalität wird mit der Zeit überwunden.

Beim Handel ist die Einstellung der örtlichen Behörden sehr wichtig, nicht nur die der Zentralbehörde. Vor einigen Jahren war unser Handelsvolumen mit Tatarstan gleich Null. Jetzt erreicht es 100 Millionen Dollar. Wir hoffen, daß es weiter wachsen wird und wir das gleiche Handelsvolumen mit anderen Regionen Rußlands erzielen, insbesondere mit der Schwarzmeerregion.

Meyer-Landrut

Der Wirtschaftsaustausch der Türkei mit Rußland hat sich in der Tat positiv entwickelt, Herr Akinci. Das gilt insbesondere für türkische Baugesellschaften, die mit deutschen Geldern finanzierte Wohnungen für russische Armeeangehörige errichten. Und wenn Sie sich in Moskau umschauchen, werden Sie eine große Anzahl von Mercedes-Bussen sehen inzwischen sind es eintausend;- , die alle in der Türkei hergestellt worden und damit dem Handelsvolumen der Türkei zugute gekommen sind.

Kaminskij

Meine These ist, daß der ehemalige sozialistische Raum im Osten Europas bisher keinen neuen Weg zur Integration gefunden hat, nachdem die frühere Kommandostruktur zerbrochen ist. Das westliche Integrationsmodell nehmen wir zwar vom Gefühl her sehr positiv wahr, sehen für ein solches Modell im postsowjetischen, postsozialistischen Raum heute aber aus einer ganzen Reihe von Gründen keine Chance, insbesondere deshalb nicht, weil hier versucht wird, mehrere Integrationsschritte auf einmal zu bewältigen.

Bekanntlich hat Westeuropa den gegenwärtigen Integrationsstand in der Europäischen Union über verschiedene Etappen erreicht, wobei am Beginn wirtschaftliche und finanzielle Elemente in der Zusammenarbeit vorherrschten. Wenn heute jedoch von Integrationsbemühungen im postsowjetischen Raum die Rede ist, dominiert die politische Einflußnahme vor allem seitens des russischen Staates, wenn es um die Ukraine und um eine Reihe anderer ehemaliger Sowjetrepubliken geht. Die wirtschaftliche Integration wird somit in einen unmittelbaren Zusammenhang mit der politischen und militärischen Integration gestellt und hat die Schaffung eines einheitlichen militärischen Raumes zum Ziel.

Solange in Rußland als der einzigen wirklichen Großmacht im postsowjetischen Raum die politischen Bestrebungen dominieren, sollten wir uns über eine wirtschaftliche Integration in diesem Raum keine Illusionen machen. Ich meine, am Beginn müßte die wirtschaftliche Integration stehen, um uns in die Lage zu versetzen, gemeinsam die schweren wirtschaftlichen Probleme zu lösen, denen sich sowohl die Ukraine als auch Rußland gegenwärtig gegenübersehen. Es gibt sehr viele Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit. Ich denke nur an Probleme wie die Schließung vieler Betriebe, die ausbleibenden Lohnzahlungen, aber auch die Suche nach Märkten im postsowjetischen Raum.

Einer solchen Integration stehen Äußerungen wie die von Herrn Baburin entgegen, daß beispielsweise die Ostukraine im Grunde ein Teil Rußlands ist. Solche Bemerkungen von Politikern, die beanspruchen, ernst genommen zu werden, behindern alle Integrationsbemühungen in diesem Raum und erschweren auch jede gemeinsame Annäherung an Europa. Einzelnen werden wir es aber schwer haben, uns Europa anzunähern; denn Europa braucht einen wirtschaftlich starken einheitlichen postsowjetischen Raum, der sich zumindest auf einer mittleren Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung befindet. Das ist aber nur durch gemeinsame Anstrengungen auf dem Wege der wirtschaftlichen Integration im postsowjetischen Raum zu erreichen.

Wir befinden uns heute in einer Sackgasse, aus der wir nur herausfinden, wenn insbesondere die politische und militärische Dominanz des russischen Staates ausgeschlossen ist. Diese Forderung richtet sich vor allem an die russische Staatsduma in ihrem Verhältnis zu den kleineren Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

Wenn es um die Aufhebung der politischen Dominanz geht, dann tragen Äußerungen und Bestrebungen in Rußland in bezug auf die Krim oder den Donbass in keiner Weise dazu bei, die öffentliche Meinung in der Ukraine für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen unseren Staaten und Völkern zu gewinnen. Führende Politiker der einen oder anderen postsowjetischen Republik drängen mit ihrem unüberlegten Handeln auch die gesellschaftlichen Organisationen und Parteien zu ähnlich unüberlegtem Verhalten.

Der politisch dominierte Versuch im postsowjetischen Raum, sofort eine völlige Integration zu erreichen, steht der wirtschaftlichen Entwicklung und Gesundheit meiner Meinung nach entschieden im Wege. Diese Vorgehensweise hat wenig Aussicht auf Erfolg. Wir werden nur dann mit der Integration vorankommen, wenn die politische und militärische Dominanz aufgegeben wird. Wir sind

heute gleichberechtigte Staaten. Mein Eindruck ist, daß diejenigen, die heute den Kurs der staatlichen Politik bestimmen, den Interessen der Völker entgegenstehen.

Segbers

So sehr ich Gespräche wie diese begrüße, meine ich doch, daß in mancher Hinsicht ein größerer Realismus not täte, was ich an drei Beispielen deutlich machen möchte.

Erstens die geradezu unsägliche NATO-Debatte, mit der jede Konferenz von neuem befrachtet wird. Der Westen bekundet, daß er den Wandel in Osteuropa stabilisieren will. Tatsächlich geht es eher darum, der NATO nach dem Ende des kalten Krieges und des Ost-West-Konfliktes in vieler Hinsicht einen neuen Sinn und Inhalt zu geben. Die Erweiterung soll eher dafür ein Instrument sein als zur Abwendung realer Gefährdungen in Ostmitteleuropa. Und die Russen sind gebeten, dies positiv zu sehen. Wenn man sich in Rußland mit den wichtigen politischen Akteuren, die ständig ihren entschiedenen Widerstand bekunden, eingehender unterhält, gewinnt man nicht den Eindruck, daß diese an der NATO-Thematik so sonderlich interessiert sind. Die Diskussionen hier gehen um ganz andere Themen. Interessant aus russischer Sicht ist offensichtlich der innenpolitische Tauschwert, den dieses Thema bietet, nicht so sehr die Substanz. Beides macht aber auch die Gespräche darüber so schwierig, weil stets etwas anders gemeint ist, als gesagt wird.

Zweitens das Thema Tschetschenien, wo die Dinge ähnlich liegen. Der Westen fordert die Menschenrechte ein, ist aber zugleich und zu Recht daran interessiert, daß die territoriale Integrität Rußlands bewahrt bleibt. Wie beides zusammenpaßt, darüber denkt man bei uns besser nicht so genau nach. In Rußland wiederum haben die wichtigsten Akteure diesen Krieg weder begonnen noch beendet wegen der Situation in Tschetschenien, sondern in erster Linie, weil man sich in beiden Fällen innenpolitische Dividenden davon versprach. Das heißt, auch hier decken sich die Ebenen nicht, auf denen man miteinander redet.

Drittes Beispiel: das Thema Wirtschaft und Investitionen. Auf westlicher Seite heißt es, durchaus verständlich, es müsse mehr wirtschaftliche Stabilität und Sicherheit für Investitionen geben. Nun sind aber Transformationsprozesse gerade dadurch gekennzeichnet, daß Stabilität und Sicherheit nicht vorhanden sind. Und zwar nicht deshalb, weil die Verantwortlichen nicht wollen, sondern weil die Lage objektiv instabil ist und es auf längere Zeit sicher noch bleiben wird. Gewiß, man könnte auf russischer Seite mehr tun, aber es würde nicht ausreichen, um das benötigte westliche Kapital in großem Umfang hierher zu locken.

Auf der anderen Seite ruft man russischerseits nach westlichem Kapital und betont, die Unsicherheiten seien doch gar nicht so groß. Wenn es aber um Projekte geht, die für westliche Unternehmen wirklich interessant sind - beispielsweise auf dem Gebiet der Telekommunikation;- , dann heißt es: die werden für ausländische Investoren nicht freigegeben, sondern bleiben für russische Unternehmen reserviert. Also auch hier geht die offizielle Diskussion an der Realität vorbei.

Mein Fazit ist: Wir sollten sehen, daß in vieler Hinsicht durchaus unterschiedliche Interessenlagen bestehen und nicht alle Partner dasselbe Ziel erreichen wollen. Das hat auch nichts mit Obstruktion oder mangelndem Verständnis zu tun, sondern die Dinge selbst passen nicht zueinander - teilweise schlicht aus Gründen historischer Ungleichzeitigkeit. In fünf oder zehn Jahren mag es ganz anders aussehen; da bin ich ähnlich optimistisch wie andere an diesem Tisch.

Braithwaite

Normalerweise werde ich durch eine solche Konferenz in meinen Vorurteilen eher bestärkt und sehe selten Veranlassung, meine Meinungen zu ändern. Dies ist dieses Mal anders. Ich werde jedenfalls niemals wieder von einer Spaghetti-Junction sprechen, und ich bin auch sehr froh, von Sergej Karaganow zu erfahren, daß wir keine weiteren Diskussionen über die Sicherheit in Europa führen müssen beziehungsweise über die Geschichte, die die Sicherheit der europäischen Länder in der Vergangenheit zu einem Problem gemacht hat.

Ich freue mich, daß wir vorwärts blicken können, statt uns immer wieder mit der Vergangenheit zu beschäftigen, und ich hoffe sehr, daß alle in Rußland und in Osteuropa ähnlich denken. Ich meine, daß die Probleme, die Dominique Moisi, Karl Kaiser und Sergej Karaganow aufgezeigt haben und die in dem mehrfach erwähnten Papier von Allison, Kaiser und Karaganow angesprochen wurden, eben jene Fragen sind, die wir in den Griff bekommen müssen. Das heißt, lassen wir die Frage der Sicherheit möglichst hinter uns und konzentrieren wir uns auf die Chancen der Zusammenarbeit in ganz Europa - geographisch im weitesten Sinne definiert;- , indem wir die vorhandenen Institutionen erweitern und stärken, neue Institutionen entwickeln und vor allem auf konkrete Kontakte setzen,

sowohl in wirtschaftlicher als auch in persönlicher Hinsicht. Ich hoffe, daß Graham Allison, Karl Kaiser und Sergej Karaganow ihre Arbeit weiterführen werden; denn es gibt zur Zeit ein intellektuelles Vakuum in diesem Bereich.

Ich wollte eigentlich nicht darüber sprechen, was die Russen bewegt, weil Ausländer dies allzu häufig tun. Da jedoch alle anderen darüber geredet haben, sehe ich keinen Grund, warum ich dies nicht auch tun sollte. Timothy Garton Ash zeigte sich überrascht, daß die Russen noch pessimistischer seien als die Ungarn. Das wundert wiederum mich. Ich kann mir niemanden vorstellen, der pessimistischer über sich selbst denkt als nahezu alle Russen, mit denen ich gesprochen habe. Ich habe während der gesamten Zeit, die ich hier gelebt habe, versucht, die Russen von der Nutzlosigkeit des Pessimismus zu überzeugen; denn Pessimismus ist nur eine Ausrede dafür, nichts zu tun, weil sowieso alles schief läuft. Es macht nur Sinn, optimistisch zu sein.

Wenn ich mich in Rußland umsehe, dessen Entwicklung ich über die letzten 33 Jahre verfolgt habe, sehe ich in der Tat viele Gründe für Optimismus. Vor allem die Tatsache, daß dieses Land jetzt in einer Weise offen ist, wie es das in seiner Geschichte nie zuvor war. Krizanic, Politikwissenschaftler und Ratgeber der russischen Regierung im 17. Jahrhundert, hat einmal gesagt: "Das einzige, was in Rußland noch besser ist als unsere Autokratie, ist unsere Politik der Grenzschließung, so daß die Russen nicht ins Ausland gehen und unerwünschte neue Ideen kennenlernen, und Ausländer können nicht hineinkommen, um uns aufzuhetzen." Diese Politik ist tot und kann nicht wiedererweckt werden. Schon allein dies ist ein wichtiger Grund für Optimismus.

Ein weiterer wichtiger Grund, der optimistisch stimmt, sind die jungen Leute, denen man in diesem Land begegnet, zwischen achtzehn und vierzig, die ein erstaunliches Format haben, sehr gut informiert und geistig außerordentlich offen sind und eine große Lernfähigkeit besitzen.

Ich bin ebenfalls optimistisch, was die Qualität der Führungskräfte in der Wirtschaft angeht. Damit meine ich weniger die "Jungtürken" in der Zentralregierung, sondern die vielgescholtenen Fabrikdirektoren, die sogenannten "roten Direktoren", die ich getroffen habe. Einige von ihnen hängen natürlich noch sehr am alten System; aber ich war beeindruckt von der hohen Einsatzbereitschaft und der Art, in der viele von ihnen versuchen, ihre Fabriken zu leiten in einer Situation, die eine gute Betriebsführung selbst den besten Managern fast unmöglich macht.

Wenn Sie herumreisen, können Sie diese Veränderungen mit bloßem Auge erkennen. Ich spreche nicht nur von Moskau. Es ist offensichtlich, daß Moskau boomt und bereits eine der größten Hauptstädte der Welt geworden ist. Ich meine die Provinzstädte das gilt selbst für sehr kleine Städte;- , wo man Läden findet, in denen man angemessen bedient wird und die ohne Mittagspause von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends geöffnet haben. Dort kann man nicht nur ausländische Waren kaufen, sondern zunehmend dies hat sich in den letzten Jahren geändert - auch Lebensmittel, die aus Rußland stammen.

Die mikroökonomischen Probleme, die Herr Kudrin erwähnt hat, sind in der Tat sehr ernst zu nehmen. Der bisherige Mißerfolg, Lösungen auf der makroökonomischen Ebene auszumachen und mit Lösungen im mikroökonomischen Bereich zu verbinden - so wie Unternehmen beispielsweise Investitionsmittel besorgen müssen, oder auch die Frage der sozialen Sicherheit;- , darin besteht eine erhebliche Schwäche in der gegenwärtigen Situation.

Ich möchte noch etwas zu den ausländischen Investitionen sagen: Als ich zu sowjetischer Zeit hier war, haben offizielle britische Delegationen in Gesprächen mit sowjetischen Offiziellen folgendes zu hören bekommen: "Unser Land ist großartig, es ist riesig, und es ist sehr reich, und wenn Sie sich sehr gut aufführen, werden wir Ihnen erlauben, hier zu investieren." Diese Haltung ist auch in der post-sowjetischen Ära immer noch vorhanden. Es gibt in der Tat keinen Grund, wie Bundeskanzler Schmidt sagte, warum jemand mit viel Geld dies unter den gegebenen Umständen in Rußland investieren sollte und nicht in China.

Sergej Karaganow sprach von Wettbewerb. Nun, das letzte glänzende Beispiel für Wettbewerb ist das, was Svyaz-Invest und ROS-Telecom passiert ist, wo eine Gruppe inländischer potentieller Investoren es für ausländische Investoren unmöglich gemacht hat, zu vernünftigen Bedingungen zu investieren - zum Vorteil für die russische Wirtschaft und für die russischen Konsumenten.

Die schlechten Nachrichten zum Schluß. General Lebed zitierte Puschkin: "Russische Rebellion, geistlos und rücksichtslos." Darüber haben die Leute geredet, seit ich 1988 hierher gekommen war. In jedem Herbst hieß es: Wenn wir den Winter überleben, ist es gut. Herr Sjuganow, ist mir gesagt worden, hat die Strategie von General Kutusow übernommen. Mit anderen Worten: Er zieht sich immer weiter zurück, wartet auf den Winter und hofft auf seine Chance, wenn soziale Unruhen

ausbrechen. Natürlich kann das geschehen. Die legendäre Geduld der russischen Menschen ist nicht grenzenlos, wie wir an der russischen Geschichte sehen können.

Es besteht des weiteren das Problem, daß der Veränderungsprozeß in diesem Land so immens und tiefgreifend ist. Er findet nicht nur im institutionellen, strukturellen und wirtschaftlichen Bereich statt, sondern auch auf dem kulturellen Gebiet - Timothy Garton Ash sprach von "soft power", was eben die Kultur meint. Was hier vor sich geht, ist eine ungeheure kulturelle Revolution, die sich von der chinesischen Kulturrevolution wesentlich unterscheidet, da sie aus freiem Willen und ohne Gewalt erfolgt. Die Frage ist, ob die Menschen lange genug warten können, bis diese Revolution vollendet ist.

Wenn ich meinen russischen Freunden gesagt habe, sie sollten optimistisch sein, die Verhältnisse würden sich bessern und in zwei oder drei Generationen alle diese Probleme weitgehend gelöst sein, pflügten sie zu sagen: "Vielen herzlichen Dank, aber ich bin schon 55 Jahre alt, und eine Zeit von zwei Generationen ist für mich uninteressant."

Meyer-Landrut

Dieser 108. Bergedorfer Gesprächskreis hat uns ein eindrucksvolles Bild über die Befindlichkeit Rußlands und die russische und die europäische Perzeption, was die internationale Rolle des neuen, postkommunistischen Rußland angeht, vermittelt. Ob in der Diskussion die alten konfrontativen Denkmuster in Ost-West-Kategorien überbetont wurden, wie einige Teilnehmer unterstellt haben, oder die gegebene Zustandsanalyse im wesentlichen realistisch war, möchte ich dahingestellt sein lassen. Wichtig bleibt, daß auch der Westen gefordert ist, sich Gedanken über die weltpolitische Position und Rolle Rußlands zu machen.

Bemerkenswert erscheint mir, wie sich hier das politische Denken in Rußland hinsichtlich der innen- und wirtschaftspolitischen Entwicklungen in einer Weise kontrovers dargestellt hat, wie wir es früher nicht gekannt haben. Neben viel Unsicherheit waren aber auch durchaus selbstbewußte großrussische Töne zu vernehmen. Bedeutsam erscheint mir auch, daß nicht alles, was wohlgemeint und gelegentlich gönnerhaft aus dem Westen nach Rußland hinüberklingt, hier dankbar akzeptiert wird. So wie ein Teilnehmer es formulierte: Wir brauchen eine neue Ethik und dürfen nicht nur den Westen nachäffen. Freilich war auch spürbar, wie der Verlust des imperialen Selbstverständnisses in nationalistische Kompensation umschlägt. Das NATO-Thema, das die außenpolitische Diskussion dominierte, ist meines Erachtens von einigen Teilnehmern zu Recht als maßlos hochgespielt bezeichnet worden.

So endet denn dieser Gesprächskreis mit einer Fülle von Informationen, Anregungen und für viele von uns sicher auch neuen Erkenntnissen, die wir mit nach Hause nehmen können. Allen Teilnehmern sei gedankt. Der Bergedorfer Gesprächskreis hat sich wieder einmal bewährt; denn das "Ende der Geschichte" ist keineswegs erreicht, und zur Überwindung von Denk- und Verständnisklischees bedarf es nach wie vor der Diskussion. Daß diese in Rußland in einer so offenen, fruchtbaren Weise geführt werden konnte, ist für jemanden wie mich, der ich diese Treffen seit vielen Jahren begleitet habe, eine große Ermutigung im Hinblick auf ein friedliches, prosperierendes Europa, in dem Rußland seinen Platz und seine Rolle hat.